schwarzer FADEN



ANARCHISTISCHE VIERTELJAHRES-SCHRIFT

NR 6 3 DM

HEROIN / POLEN
UTOPIE / SPARTACUS
ASYLANTEN
STARTBAHN
CNT-RUNDREISE
FRIEDENSBEWEGUNG

EDITORIAL

Es spinnt sich ein SCHWARZER Faden durch die Geschichte der Menschheit: die Geschichte der kompromißlosen Kämpfe um und für die Freiheit. Wo dieser Faden heute "ist", wo an ihm anzuknüpfen, wie er weiterzuspinnen ist, um das herauszufinden, machen wir seit Mai 1980 diese Zeitschrift. Wir halten es für notwendig, die Geschichte und Gegenwart der Unterdrückung, wie der (bisher meist erfolglosen) Befreiungskämpfe kritisch aufzuarbeiten – wir sind der Auffassung, daß diese Aufarbeitung zu unterlassen bedeutet, sich der Geschichtslosigkeit preiszugeben und sich von den wichtigsten Erfahrungen abzuschneiden; denn ohne bewußt aufgearbeitete Erfahrung kann es nur eine fortschrittliche Praxis geben, die fortwährend am Nullpunkt beginnt. In der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Veränderungen und Bewegungen versuchen wir brauchbare Ansätze unter antistaatlichen Gesichtspunkten zu erarbeiten, auf die von aktiven Lesern – kritisch – eingegangen werden kann und soll.



REDAKTIONSKOLLEKTIV DIESER NUMMER:
Horst Blume, Wolfgang Haug, Friederike Kamann, Brita Rahf, Herbert Wieder

V.i.S.d.P.: Wolfgang Haug

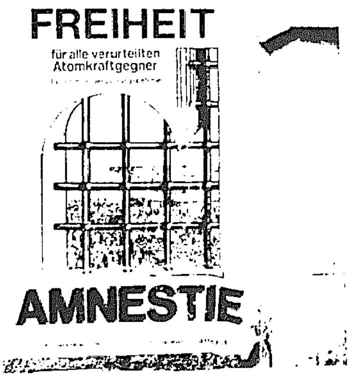
Druck: Winddruck, Anzhausenerstr.41, 5901 Anzhausen

Namentlich gezeichnete Artikel stehen unter der Verantwortung der Verfasser und geben nicht die Meinung der Redaktion oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Redaktionsanschrift: SCHWARZER FADEN, OBERE WEIBERMARKTSTR.3, 7410 Reutlingen, Tel. 07121/370494

AUFLAGE: 1300

REDAKTIONSSCHLUß: 15.3.82



Die Mehrheit der Photos stammt von Welf. Die Raster von Berni Weiss

Titelbild
Arbeiterfotografie
Gruppe Darmstadt

Kontakt: R. Eichhorn, Rhönring 1o3
61 Darmstadt



I N H A L T:

DAS SIND VIER SEITEN MEHR ALS SONST!!!



HEROIN

DIE STAATLICH VORPROGRAMMIERTEN TOTEN UND SÜCHTIGEN

von Winfried Reebs

Knast&Knüppel haben Zuwachs bekommen!
Was durch Räumungen und andere Übergriffe nicht geschafft wurde:
-die Zerschlagung der Bewegung-
soll jetzt durch das Einschleusen von Heroin erreicht werden.
Wir lassen uns unser Leben nicht rausknüppeln und schon lange nicht wegdrücken!!

Anlaß zu diesem Artikel sind die jüngsten Beispiele der Anwendung von Heroin als politisches Instrument gegen die Bewegung. So geschehen in Italien (Padua), bei der Schließung des Autonomen Jugendzentrums (AJZ) in Zürich, als auch in Basel und nun in Berlin Kreuzberg, wo Heroin zur Zeit verstärkt und verbilligt auftaucht.

Bei den meisten unserer Diskussionen über Heroin rückt die wirtschaftliche und politische Dimension in den Hintergrund, bzw. taucht erst gar nicht auf, sondern geht in der - ohne Zweifel wichtigen - realen Auseinandersetzung des Umgangs mit Junkies unter.

Im Folgenden möchte ich an Hand einiger ausgesuchter Beispiele zu verdeutlichen versuchen, daß Heroin nicht nur eine Droge an sich ist, sondern daß hinter ihr knallharte brutale wirtschaftliche und politische Interessen stehen.

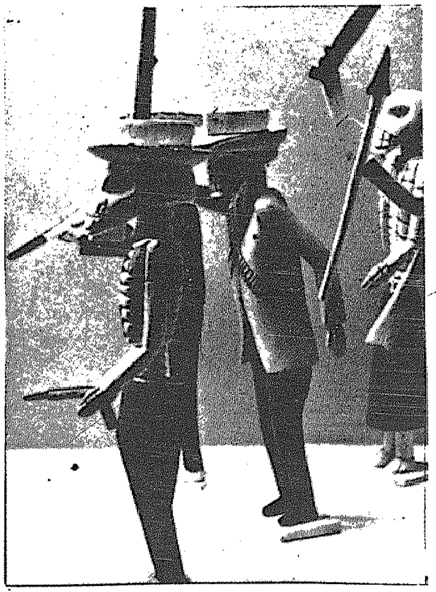
So existieren z.B. unter der Schutzherrschaft der pakistanischen Armee Laboratorien, in denen mit Hilfe deutscher Chemikalien (Hoechst:Essiganhydrid, Merck:Aktivkohle) reines Heroin produziert wird. Da die pakistanische Regierung inzwischen verschärft den Import dieser Chemikalien kontrolliert, werden sie von Hoechst in Pakistan selbst hergestellt. In diesen quasi versteckten Staatsbetrieben wird ein Reingewinn von 335 Millionen DM erwirtschaftet. Dieses Geld wird von Pakistan benötigt, um auf dem internationalen Weltmarkt Einkäufe zu tätigen, die aus politischen Gründen nicht offiziell über die Weltbank abgewickelt werden können. So wurde u.a. für 14 Millionen DM technisches Gerät zur Herstellung von Atombomben in der BRD eingekauft, nachdem die USA die Entwicklungshilfe gesperrt hatten. (aus:K.Behr:Weltmacht Droge)

Bei einem Herointransport an die pakistanische Südküste wurde dieses gegen fabrikneue G-3 Gewehre samt Walter-Munition aus der BRD eingetauscht. Wer's noch nicht weiß, die G-3 ist das Standartgewehr der Bundeswehr. Zur Wahrung eines legalen Anscheins wurden die Waffen "von einer Hamburger Firma ordentlich an eine Mailänder verkauft (...), die sie an die Firma Samy El-Khoury im Libanon weiterschob. Von dort kamen sie an eine in Kuwait, die sie nach Pakistans Südküste weiterverschifften und dafür Heroin in Empfang nahm." (aus: K.Behr, Weltmacht Droge)

Samy El Khoury ist keine unbekannte Größe. 1966 wurde er wegen Morphinschmuggels zu fünf Jahren Knast verknackt, und es ist bekannt, daß er der wichtigste Rohstofflieferant für die Laboratorien in Marseille zur Zeit der French Connection war.

Jüngstes Beispiel einer Personalunion zwischen Drogenmafia und staatlichen Organen ist Bolivien. Hier stützt die gesamte Junta Boliviens, die im Juli 80 geputscht hatte - bekannt als Kokainputsch, - ihre Macht über die bolivianische Bevölkerung auf professionellen Kokainschmuggel.

"Schon Anfang der 70er Jahre fingen Offiziere wie zivile Unternehmer an, die Pflanze auf ihren weitläufigen Haciendas in der östlichen Tiefebene Boliviens für den Export anzubauen." (aus: DER SPIEGEL, Nr.20 v. 2.5.81)



Nach einem Bericht von E.Schuhmacher (New York Times Service vom 2.9.81) erhielt General Garcia Millionen Dollars aus dem Drogenschmuggel. Ebenso der Innenminister des Landes Col. Luis Arce Gomez, der aufgrund internationalen Drucks daraufhin zurücktreten mußte. Auch General Waldo Bernal von der bolivianischen Luftwaffe "erhielt regelmäßige Zahlungen bis zur Höhe von 100 000 Dollars wöchentlich, für den Transport von Kokapflanzen in Militärmaschinen aus Bolivien heraus." (New York Times, 2.9.81)

Offizielle amerikanische Stellen sprechen von 1,5 Milliarden Dollars Gewinn für Bolivien. Das ist weit mehr als die öffentlichen Einnahmen des Landes.

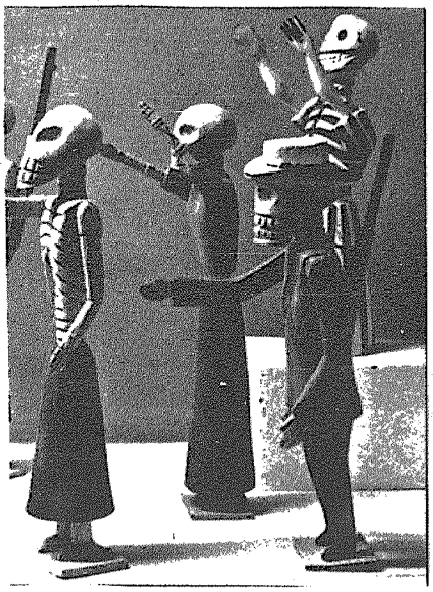
An dieser Stelle ließen sich bestimmt noch unzählige Beispiele aufführen; ich glaube, daß die drei genannten für ein grobes Gesamtbild der politisch- internationalen Bedeutung der Drogen ausreichen.

Es stellt sich aber immer noch die Frage, wo und, wie die Geheimdienste in diese Machenschaften verwickelt sind. Inzwischen dürfte ja bekannt sein, daß Geheimdienste inoffiziell an Waffengeschäften als auch an Waffenexportfirmen direkt und indirekt beteiligt sind. So ist natürlich auch der BND (Bundesnachrichtendienst) an allen möglichen und unmöglichen Waffengeschäften beteiligt. Beamte des CIA schätzen die Einkünfte des BND auf jährlich 500 Millionen DM, - während laut Bundeskanzleramt der BND jährlich nur 135 Millionen DM kostet.

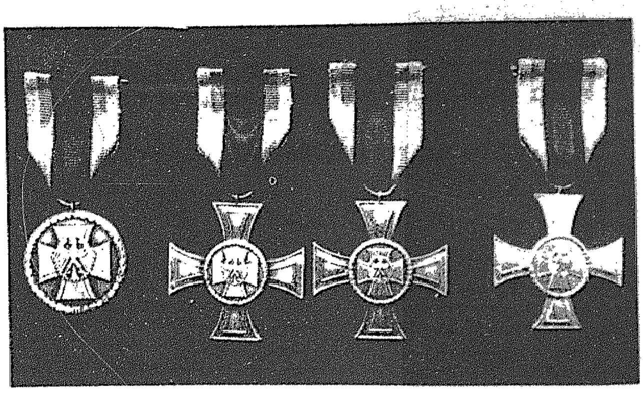
Ein ehemaliger Kontaktoffizier des US-Drug Enforcement brachte das Ganze auf den Punkt, als er sagte:

"Wenn Sie jemanden mit Waffen beliefern und der mit Heroin bezahlt, müssen Sie entscheiden, was für Sie wichtiger ist: der politische Gewinn, den Sie dabei machen, oder das Rauschgiftproblem, das Sie sich damit einhandeln. Die Verhältnisse sind klar. Manche Geheimdienste haben sich da der Jllusion hingegeben, dieser Kelch würde an Ihnen vorübergehen und das Heroin ließe sich in anderen Ländern absetzen. Das mag vor zehn Jahren der Fall gewesen sein, aber die Welt ist auch in dieser Beziehung sehr klein geworden. Spätestens seit Vietnam beobachten alle wichtigen Geheimdienste sehr genau auch alle größeren Bewegungen auf dem Drogenmarkt. Kein Land möchte den P R E I S für die Geschäfte eines anderen bezahlen. Und so landet das Heroin in der Regel dort, wo das Geschäft gemacht wurde." (aus: K.Behr: Weltmacht Droge)

UM ES NOCH EINMAL ZU VERDEUTLICHEN! DER OBEN ERWÄHNTE P R E I S DES KONTAKTOFFIZIERS IST NICHTS ANDERES ALS DAS "D R O G E N P R O B L E M".

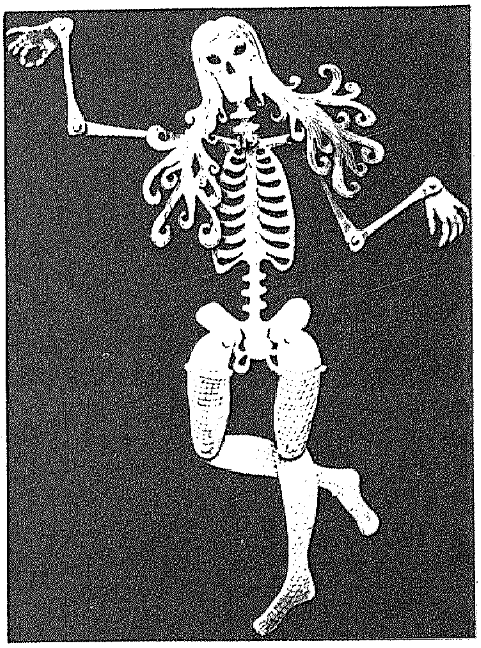


In der BRD werden jährlich 30-40 Tonnen Heroin umgesetzt. Eine interne Studie des Bundesgesundheitsministeriums von 1979 geht von 160 000 Heroinabhängigen in der BRD aus. Dasselbe Ministerium spricht in seinen Veröffentlichungen,- um das wahre Ausmaß zu verschweigen,- von nur 45 000 Abhängigen. Bleiben wir bei der bis hier verfolgten Logik, so scheinen die Waffenlieferungen etc. der BRD-Dienste zu florieren.



In die gleiche Kerbe der Unterdrückung des wahren Ausmaßes von Heroinabhängigen durch das Bundesministerium paßt auch, daß trotz propagandistisch aufgemachten Heroingroßfahndungen nur etwa 1% des Stoffes sichergestellt werden.

Nach einem Bericht der Fernsehzeitschrift TV (Nr.48/1979) "unterstützen amerikanische Geheimagenten die deutsche Polizei im Kampf gegen die Rauschgiftmaffia." Unter Schlagzeilen wie:
"SIE TRAGEN DIE BESTEN WAFFEN"
"SIE FAHREN DIE SCHNELLSTEN WAGEN"
"SIE ARBEITEN WIE JAMES BOND"
wird durch Herstellung einer Pseudowirklichkeit versucht, die Effizienz deutscher Großfahndung zu untermauern. Hierbei werden dann in großer Erfolgspose 1,5 Kilo Heroin sichergestellt. Gemessen an 30-40 Tonnen einfach lächerlich. Es entbehrt natürlich auch nicht einer gewissen Logik, daß der BND u.a. sich nicht die eigenen Verdienstquellen zerschlagen, denn das Heroin muß ja endlich mal zu Geld gemacht werden.
Andersherum ausgedrückt heißt das,
DAß SÜCHTIGE UND TOTE STAATLICH VORPROGRAMMIERT SIND!



Heroin als politische Waffe-

Ich habe versucht bis hier zu zeigen, daß Heroin, wie eingangs gesagt, nicht eine Droge an sich ist, sondern sogar eine international anerkannte Währung.
Durch seinen "illegalen Status", der Kriminalisierungsmöglichkeit und seiner total kommunikationstötenden Wirkung, läßt sich Heroin aber auch ebenso hervorragend als unterschwellige Waffe innerhalb politischer Auseinandersetzungen verwenden. So wurde nachweislich Heroin über den CIA eingesetzt, um der Aufstände von Schwarzen in Haarlem Herr zu werden. Auch die Yippie-Bewegung von Berkley wurde schlagartig mit den harten Drogen in ihren eigenen Reihen konfrontiert. 1979 wurde es gegen die Autonomen in Padua (Italien) eingesetzt und letztes Beispiel einer traurigen Kette, war die Schließung des AJZ in Zürich, in dem in den letzten Wochen bis zu 2 Millionen Franken Heroin umgesetzt wurde, nachdem durch staatlich geschickt ausgeklügelte Manöver die Heroin-Scene ins AJZ geschoben worden war.
Natürlich läßt sich nicht behaupten, daß die jeweiligen Geheimdienste mit der Spritze unterm Arm die Bewegungen anfixen würden. Aber es gibt doch einige Indizien.

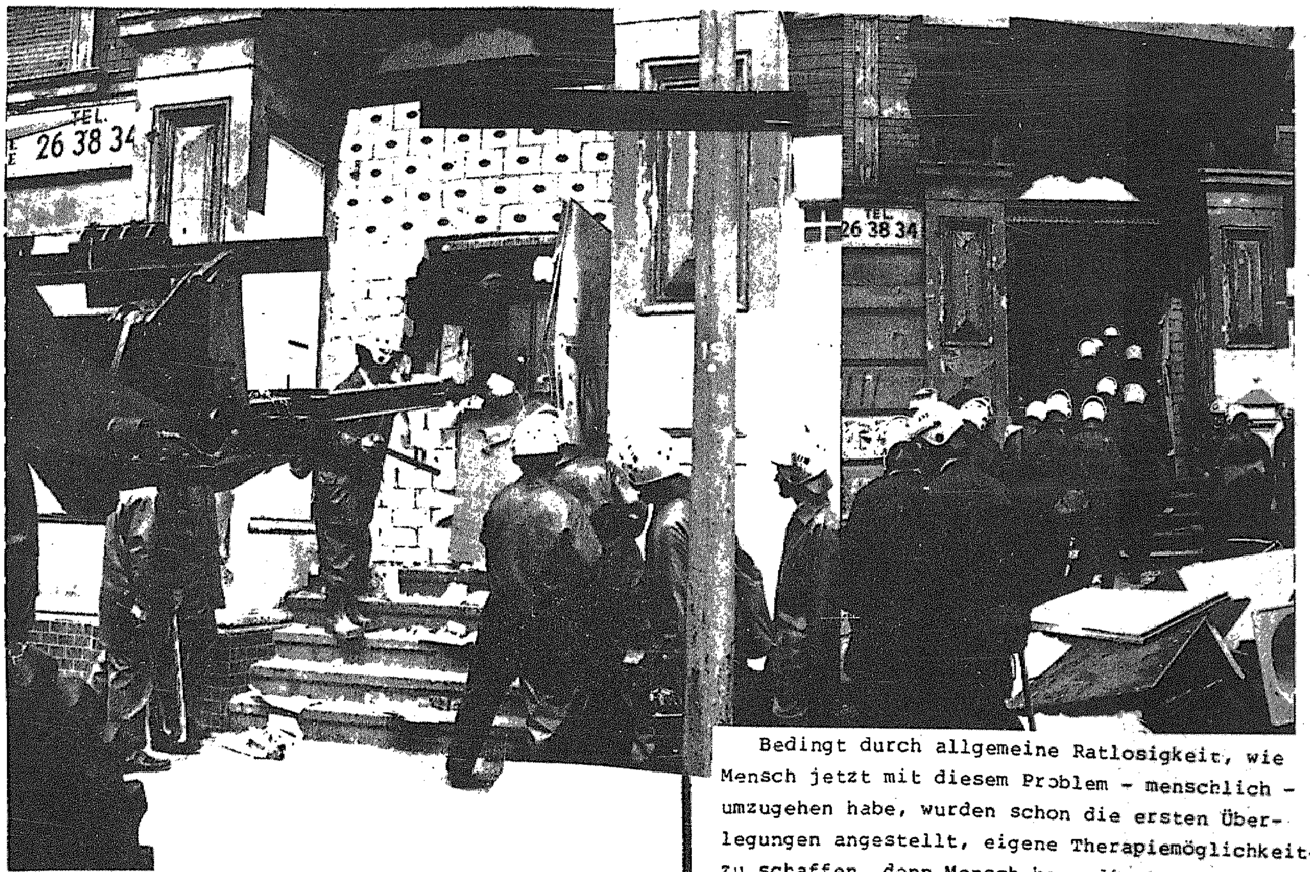
Jüngstes Beispiel scheint augenblicklich Kreuzberg 36 zu sein. Nachdem die H-Szene am Kudamm aufgrund wirtschaftlicher Interessen der Geschäfte vertrieben wurde, etablierte sie sich in der Potsdamer Straße in Berlin-Schöneberg. Hier trat aber das Problem auf, daß die H-Szene sich zu stark mit anderen Gruppen vermischte (Asylanten-Prostitution) und von staatlicher Seite nicht mehr zu kontrollieren war. Der Bezirksbürgermeister von Schöneberg meinte dazu: "Um die Kontrolle über die Gruppen (Asylanten, H-Szene, Prostitution) zu erlangen, müssen wir die H-Szene von den anderen trennen. Wir können das Heroinproblem nicht lösen, aber die Szene in andere Bereiche drängen."

Es müßte an dieser Stelle wohl besser heißen, wir wollen das Heroin-Problem nicht lösen, denn wir brauchen ja unsere überschaubare H-Szene um endlich das Heroin in Geld umsetzen zu können. So wurde dann - parallel zur öffentlichen Hetze über den "Skandal der Potsdamer Straße" - mit verstärkten Razzien begonnen, und gleichzeitig andere in Frage kommenden Plätze im Voraus durch Bullen besetzt gehalten.



Gleichzeitig aber zog sich das Rauschgiftdezernat teilweise aus Kreuzberg 36 zurück, bzw. hielt hält sich stark zurück. Erst durch einen solchen Schritt, der passiven Begünstigung, der natürlich von Profidealern klar erkannt wird, wird es möglich die H-Szene nach Kreuzberg zu verlagern, wo inzwischen schon nachweislich billigerer Stoff aufgetaucht ist, und die ersten türkischen Dealer in Kneipen beginnen ihr Terrain zu sondieren.
Um aber gleich jeden Nährboden für einen eventuellen Rassismus gegen die Türken zu unterbinden, muß klargestellt werden, daß sie sich aufgrund ihrer beschissenen, sozialen und materiellen Situation sehr gut benutzen lassen. Die ersten Sprüche wie "diese Scheißkanaken" werden in diesem Zusammenhang nämlich schon laut.

Aber nicht nur die Möglichkeiten einer "unpolitischen" Räumungswelle bergen große Gefahr, sondern ebenso gefährlich ist die kommunikationstötende Wirkung unter uns. Denn unsere momentane Versumpftheit (Kneipenrumhängerei, wenig Kommunikation untereinander) läßt auch einen Teil von uns, - der Scene -, als potentielle Käufer in Betracht kommen.
Ich kann an dieser Stelle auch nicht mehr sagen, als daß es für uns höllisch wichtig ist, sich in Gesprächen in Häusern, auf den Besetzerräten etc. über die Ursachen unserer Anfälligkeit, Perspektivlosigkeit, überhaupt dieses 'no future-Gefühl' auseinanderzusetzen, damit es uns gelingt, das Heroin in den eigenen Reihen in den Griff zu bekommen.



Warum aber gerade Kreuzberg?
Durch Hausbesetzungen, dem Aufbau von Blockstrukturen, den Cafes, Läden, Betrieben etc. wurde bis heute eine Betonsanierung a la Märkisches Viertel verhindert. Selbst durch massive Kriminalisierung, ständige Räumungsdrohung, Massenverhaftungen und Einknastung der Hausbesetzer ist es bis jetzt nicht gelungen die Bewegung vollständig zu zerschlagen.
Durch den Aufbau einer Heroin-Szene vor unserer Haustür wäre es ein leichtes die Häuser zu räumen; denn Hausräumungen, die wegen Heroin geführt werden, brauchen politisch nicht begründet zu werden, und die Haftstrafen sind dreimal so hoch.

Bedingt durch allgemeine Ratlosigkeit, wie Mensch jetzt mit diesem Problem - menschlich - umzugehen habe, wurden schon die ersten Überlegungen angestellt, eigene Therapiemöglichkeiten zu schaffen, denn Mensch kann die Junkies ja nicht der Straße überlassen.
Ich möchte hierbei aber nochmal darauf hinweisen, daß wenn wir ein solches Vorhaben angehen würden, "SIE" (Staat) uns genau so weit haben wie es staatlicher Vorstellung entspricht. Wir würden dann noch die Funktion aufgesetzt bekommen, die Auswirkungen brutaler staatlicher Mißwirtschaft zu therapieren.
Stattdessen muß es uns darum gehen, die Machenschaften staatlich begünstigter Großdealer etc. aufzudecken und bekannt zu machen.

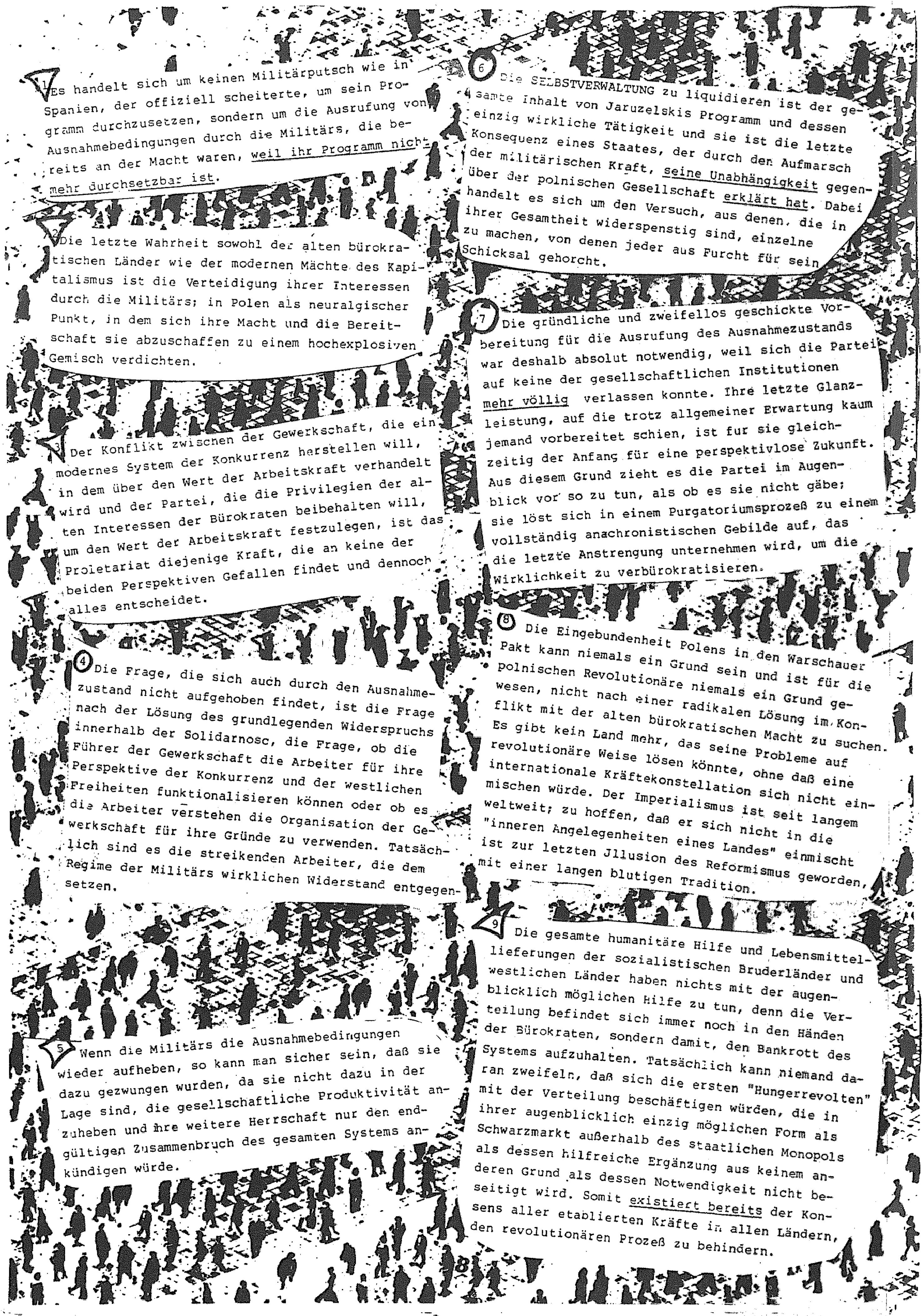
UNSERE MÖGLICHKEITEN SIND WIE UNSERE PHANTASIE: VIELFÄLTIG!

THESEN ZU SOLIDARNOŚĆ POLEN



von Les Refractaires/Edition Tiamat

Niemand der Radikalen, der sich Gedanken zur Entwicklung der herrschenden Kräfte und ihrer Zerstörung macht, kann die Ereignisse in Polen ignorieren und dennoch kann man feststellen, daß dem wirklich revolutionären Prozeß keine Beachtung geschenkt wird. Man überläßt es dem unüberschaubaren Feld der bürgerlichen Gesellschaften, ihren rechten wie linken Flügeln, den Schatten einer Solidarität zu werfen, in dem sich die Polen trotz des Lichtes spektakulärer Publizität tatsächlich befinden. Die Abwesenheit eines wirklichen Proletariats in den meisten europäischen Ländern, das nach seiner Aufhebung strebt, führt die meisten Radikalen nicht nur zu der Schlußfolgerung, daß dieses Proletariat nicht mehr existiert, sondern auch dazu, daß dieses Proletariat dort, wo es den Beweis seiner Existenz führt, hilflos bestaunt oder verachtet wird. Der erste Ansatz einer wirklichen Solidarität muß darin bestehen, analytisch die Interessen im Konflikt zwischen den alten bürokratischen Mächten und den modernen Kräften der kapitalistischen Länder zu benennen als Ausgangspunkt für eine offensive Solidarität.



1 Es handelt sich um keinen Militärputsch wie in
Spanien, der offiziell scheiterte, um sein Pro-
gramm durchzusetzen, sondern um die Ausrufung von
Ausnahmebedingungen durch die Militärs, die be-
reits an der Macht waren, weil ihr Programm nicht
mehr durchsetzbar ist.

2 Die letzte Wahrheit sowohl der alten bürokra-
tischen Länder wie der modernen Mächte des Kapi-
talismus ist die Verteidigung ihrer Interessen
durch die Militärs; in Polen als neuralgischer
Punkt, in dem sich ihre Macht und die Bereit-
schaft sie abzuschaffen zu einem hochexplosiven
Gemisch verdichten.

3 Der Konflikt zwischen der Gewerkschaft, die ein
modernes System der Konkurrenz herstellen will,
in dem über den Wert der Arbeitskraft verhandelt
wird und der Partei, die die Privilegien der al-
ten Interessen der Bürokraten beibehalten will,
um den Wert der Arbeitskraft festzulegen, ist das
Proletariat diejenige Kraft, die an keine der
beiden Perspektiven Gefallen findet und dennoch
alles entscheidet.

4 Die Frage, die sich auch durch den Ausnahme-
zustand nicht aufgehoben findet, ist die Frage
nach der Lösung des grundlegenden Widerspruchs
innerhalb der Solidarnosc, die Frage, ob die
Führer der Gewerkschaft die Arbeiter für ihre
Perspektive der Konkurrenz und der westlichen
Freiheiten funktionalisieren können oder ob es
die Arbeiter verstehen die Organisation der Ge-
werkschaft für ihre Gründe zu verwenden. Tatsäch-
lich sind es die streikenden Arbeiter, die dem
Regime der Militärs wirklichen Widerstand entgegen-
setzen.

5 Wenn die Militärs die Ausnahmebedingungen
wieder aufheben, so kann man sicher sein, daß sie
dazu gezwungen wurden, da sie nicht dazu in der
Lage sind, die gesellschaftliche Produktivität an-
zuheben und ihre weitere Herrschaft nur den end-
gültigen Zusammenbruch des gesamten Systems an-
kündigen würde.

6 Die SELBSTVERWALTUNG zu liquidieren ist der ge-
samte Inhalt von Jaruzelskis Programm und dessen
einzig wirkliche Tätigkeit und sie ist die letzte
Konsequenz eines Staates, der durch den Aufmarsch
der militärischen Kraft, seine Unabhängigkeit gegen-
über der polnischen Gesellschaft erklärt hat. Dabei
handelt es sich um den Versuch, aus denen, die in
ihrer Gesamtheit widerspenstig sind, einzelne
zu machen, von denen jeder aus Furcht für sein
Schicksal gehorcht.

7 Die gründliche und zweifellos geschickte Vor-
bereitung für die Ausrufung des Ausnahmezustands
war deshalb absolut notwendig, weil sich die Partei
auf keine der gesellschaftlichen Institutionen
mehr völlig verlassen konnte. Ihre letzte Glanz-
leistung, auf die trotz allgemeiner Erwartung kaum
jemand vorbereitet schien, ist fur sie gleich-
zeitig der Anfang für eine perspektivlose Zukunft.
Aus diesem Grund zieht es die Partei im Augen-
blick vor so zu tun, als ob es sie nicht gäbe;
sie löst sich in einem Purgatoriumsprozeß zu einem
vollständig anachronistischen Gebilde auf, das
die letzte Anstrengung unternehmen wird, um die
Wirklichkeit zu verbürokratisieren.

8 Die Eingebundenheit Polens in den Warschauer
Pakt kann niemals ein Grund sein und ist für die
polnischen Revolutionäre niemals ein Grund ge-
wesen, nicht nach einer radikalen Lösung im Kon-
flikt mit der alten bürokratischen Macht zu suchen.
Es gibt kein Land mehr, das seine Probleme auf
revolutionäre Weise lösen könnte, ohne daß eine
internationale Kräftekonstellation sich nicht ein-
mischen würde. Der Imperialismus ist seit langem
weltweit; zu hoffen, daß er sich nicht in die
"inneren Angelegenheiten eines Landes" einmischt
ist zur letzten Jllusion des Reformismus geworden,
mit einer langen blutigen Tradition.

9 Die gesamte humanitäre Hilfe und Lebensmittel-
lieferungen der sozialistischen Bruderländer und
westlichen Länder haben nichts mit der augen-
blicklich möglichen Hilfe zu tun, denn die Ver-
teilung befindet sich immer noch in den Händen
der Bürokraten, sondern damit, den Bankrott des
Systems aufzuhalten. Tatsächlich kann niemand da-
ran zweifeln, daß sich die ersten "Hungerrevolten"
mit der Verteilung beschäftigen würden, die in
ihrer augenblicklich einzig möglichen Form als
Schwarzmarkt außerhalb des staatlichen Monopols
als dessen hilfreiche Ergänzung aus keinem an-
deren Grund als dessen Notwendigkeit nicht be-
seitigt wird. Somit existiert bereits der Kon-
sens aller etablierten Kräfte in allen Ländern,
den revolutionären Prozeß zu behindern.

(10) Das Scheitern einer polnischen Revolution wird nicht nur durch die Zusammenarbeit aller herrschenden Mächte auf internationaler Ebene bewirkt werden, sondern vor allem durch die Abwesenheit jeden revolutionären Prozesses in einem anderen europäischen Land. Die polnische Gesellschaft kann tatsächlich nur durch den "Bürgerkrieg im eigenen Land" unterstützt werden, von dem die Polen selbst das beste Beispiel geben. (Begin hat dieses Prinzip in Hinsicht auf die eigenen reaktionären und okkupierenden Interessen gut verstanden, als er im Schatten der Polenkrise die Golanhöhen annektieren ließ.)

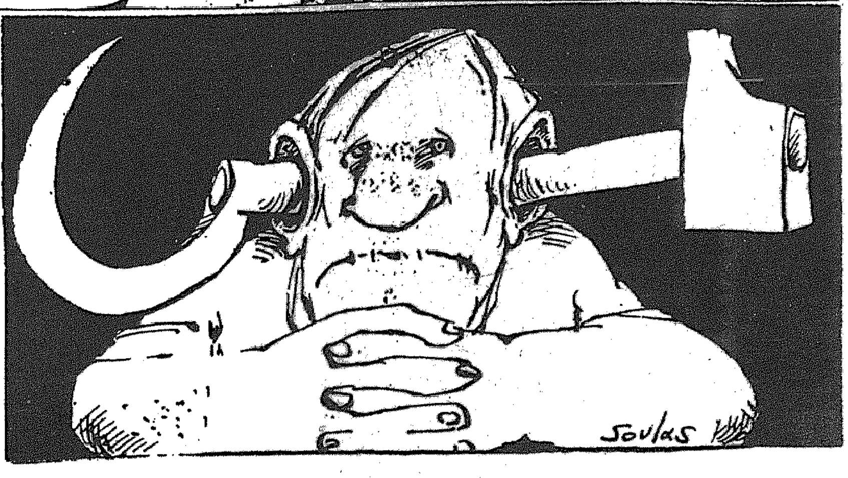
(11) Wenn die Militärs die Kirche weitgehend von den Ausnahmebedingungen bewahren, so heißt das nur, daß die Militärs nicht zusätzlich diejenigen gegen sich aufbringen wollen, auf deren Haltung der Ruhe und Unterordnung sie bei ihren Operationen angewiesen sind. Die Kirche wird darüber hinaus gezwungen, die für sie einzig mögliche Rolle zu spielen, die darin besteht, den Aufständischen und Streikenden Unterstützungshilfe zu leisten, da ihre Aufrufe zur Ruhe nicht nur größtenteils ungehört bleiben, sondern auch ihren Ruf schädigen.

(12) In der <u>wirklich verkehrten</u> Welt ist das Wahre ein Moment des Falschen. Die Bürokraten werden mit jeder Lüge gezwungen, die Wahrheit ihres Bankrotts zu verkünden. Die Kapitalisten erklären mit allen Wahrheiten, die sie aufdecken ihr System der Lüge immer präziser und besser.

Wenn Strauß klassenkämpferische Äußerungen kund tut, Schmidt die polnischen Arbeiter liebt und der CIA revolutionäre Reden verfaßt, dann wird dies nie eine beeindruckende Lächerlichkeit für diejenigen verlieren, die mit der Handlungsweise ihrer eigenen Regierung vertraut sind. Sie vertreten radikale Meinungen, weil sie diese endlich ohne Gefahr vertreten dürfen. Dennoch lassen sie keinen Zweifel daran, daß es auch in ihrem Interesse ist, das System der alten bürokratischen Macht aufrechtzuerhalten, wenn es nur etwas besser funktioniert und zwar gerade so gut, um die gewährten wirtschaftlichen <u>Kredite und Zinsen zurückzuerhalten.</u> Während ihre Radikalität rein plakativ ist, weisen sie viel ernstzunehmender darauf hin, daß die polnische "ednowa" (Erneuerung) von der Solidarnosc zu schnell und umfangreich in Angriff genommen wurde, mit zu wenig Rücksicht auf die Partei, die zu sehr in die Enge getrieben wurde, um damit die Schuld am Gespenst des Bürgerkriegs und den Ereignissen selbst in Bezug auf ihre eigenen wirklichen Interessen nach Stabilität festschreiben zu können.

(13) Indem dabei nicht versäumt wird auf eine drohende, aber noch nicht stattgefundene russische Intervention hinzuweisen, versteht man es geschickt, die Tatsache zu verschweigen, daß diese <u>Intervention bereits stattgefunden hat.</u> Die polnischen Uniformen wurden nicht zu Ausstellungszwecken nach Rußland exportiert und Kulikow stattete keinen Repräsentationsbesuch in Polen während der Vorbereitungszeit ab. Die Verluste in Ungarn 56 und der Tschechoslowakei 68 bedeuten ihnen zwar nicht so viel, um zukünftig auf eine offene Intervention zu verzichten, aber sie wissen auch durch eine verdeckte Intervention, die nicht weniger offensichtlich ist, eine bessere Effektivität der Unterdrückung zu erreichen.

(14) Wegen ihres bloßen Vorhandenseins bedroht die SELBSTVERWALTUNG jede hierarchische Gesellschaftsorganisation. Sie muß jede äußerliche Kontrolle zerstören, da alle äußerlichen Kontrollkräfte niemals Frieden mit ihr als lebendige Wirklichkeit schließen werden, sondern höchstens mit ihrem <u>Namen und ihrer einbalsamierten Leiche</u>. Dort, wo SELBSTVERWALTUNG ist, können weder Armee, Polizei noch Staat sein.





DIE ABSCHAFFUNG DES ASYLRECHTS

von Brita Rahf



Die Frage des Asylrechts ist in der BRD immer abhängig gewesen von den jeweiligen sozialen und politischen Verhältnissen. Als nach dem 2. Weltkrieg im Grundgesetz verankert wurde, daß politisch Verfolgte Asylrecht genießen, was in kaum einem Staat der Welt in der Verfassung verankert ist, galt das als eine Art "moralischer Widergutmachung", als ein Ausdruck der Wende in der Politik der BRD, der sich propagandistisch gut benutzen ließ in einer Zeit, in der die Trennung der beiden deutschen Staaten sich abzuzeichnen begann.
In den 50-er und 60-er Jahren waren dann auch die Flüchtlinge aus Ländern des Warschauer Pakts gern gesehene Beispiele für Unterdrückung und Unfreiheit jenseits der Mauer. Die Flucht vor dem "Kommunismus" reichte aus,um Politiker und Wohlfahrtsverbände zu öffentlichkeitswirksamen Hilfsaktionen zu bringen.
Die Zahl der Asylbewerber blieb bis Mitte der 70-er Jahre relativ konstant. Erst dann begannen immer mehr Menschen aus Ländern der 3. Welt Asylanträge zu stellen, aus Ländern, deren politisches und wirtschaftliches System durchaus im Interesse einer exportorientierten Wirtschaftsmacht liegen. (West- und Südafrika, Pakistan, Türkei)
Die Verzehnfachung der Asylanträge von ca 5ooo im Jahr 72 auf über 5o ooo im Jahr 8o zwang die Regierung zu Maßnahmen, die einerseits das Image als Staat mit liberalem Asylrecht aufrechterhielten, andrerseits aber die Zahl der aufgenommenen Asylanten so gering hielt, daß sie ohne besonderen finanziellen und technischen Aufwand zu verwalten waren.
Bis Anfang der 70-er Jahre war es möglich, die die in der BRD Asylsuchenden in einem zentralen Lager in Zirndorf zu sammeln und die Anträge über eine Schiedsstelle in Ansbachlaufen zu lassen. Dem Asylsuchenden standen mehrere Widerspruchsstellen zur Verfügung, insgesamt konnte die Dauer des Verfahrens bis zu fünf Jahren betragen, in denen den Asylanten eine Arbeitsgenehmigung erteilt wurde. Wenn der Asylantrag dann abgelehnt wurde, konnte der Einzelne noch eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Dieser Weg ließ schon Raum für Willkür und Abschiebung genug, ließ aber dem Asylsuchenden zuviele Möglichkeiten des Widerspruchs, wenn man ihn los sein wollte.
Die Zahl der wieder Abgeschobenen war dann auch relativ gering, schon weil der Großteil aus Warschauer Pakt Staaten kam.
Ab etwa 75 kamen dann immer mehr Menschen aus Ländern der 3. Welt, die sog. "Asylantenschwemme" begann und der Platz im Lager Zirndorf reichte nicht mehr aus. Die Asylanten wurden auf die Bundesländer verteilt, und um eine Ausweitung zu verhindern wurde die Widerspruchsstelle aufgelöst und das Recht auf Berufung bei Ablehnung des Asylantrags abgeschafft.
Die Asylanten waren damit praktisch rechtlos, aber auch das reichte noch nicht aus, um sie von der BRD abzuschrecken. So wurde dann 1979 ein bis Ende 83 befristetes Gesetz erlassen, das bei Ablehnung des Antrags Abschiebung sofort ermöglichte und die Erteilung einer Arbeitserlaubnis von mindestens 1-jährigem Aufenthalt, in einigen Bundesländern erst nach Abschluß des Verfahrens abhängig macht. Hinzu kommt, daß die Grenzbehörden, bei denen der Asylsuchende sich zuerst zu melden hat, zu einer Art Vorinstanz gemacht werden. Die einzelnen Behörden können entscheiden, ob ein Antrag "rechtsmißbräuchlich" ist, und damit jeden schon an der Grenze abweisen.
Um den Zustrom von Menschen aus der 3. Welt aufzuhalten, wurde für einige Länder eine Visapflicht eingeführt, so für Menschen aus Ghana, Äthiopien, Afghanistan und Sri Lanka.
Das Asylrecht ist damit faktisch abgeschafft.
Das durfte jetzt aber nicht für alle Flüchtlinge gelten, der Schein des freiheitlichen Rechtsstaates als Zuflucht für die vom Kommunismus bedrohten, mußte bestehen bleiben. So wurden die Asylanten in 3 Klassen eingeteilt.

Das Videozentrum Tübingen hat einen Film zur Lage der Asylanten am Beispiel des Lagers Thiepval in Tübingen gemacht. Er ist beim Videozentrum Tübingen, Rümelinstr.8 74 Tübingen zu bestellen, und kann als Japan Standard und VHS Kasette geliehen werden.

Flüchtlinge aus Vietnam wurden zu Kontingentflüchtlingen, die ein Recht auf Aufnahme haben und bei denen sich der Staat um Wohnung und Arbeit kümmert. Sie werden so lange als Beispiel für die humanitäre Hilfe benutzt, wie es in unsicherer wirtschaftlicher Lage tragbar erscheint.
Die Flüchtenden aus dem Ostblock können sowieso nicht zurückgeschickt werden, und in ein anderes Land werden sie auch nicht verschoben, sie sind ein gutes moralisches Druckmittel.



Alle übrigen Asylsuchenden, aus der 3. Welt, aus der Türkei und Griechenland fallen unter die Antragsbedingungen, die von vornherein nach Ablehnung aussehen.
Diese Menschen haben selbst als Flüchtende vor dem Kommunismus kaum Chancen, anerkannt zu werden. Dieses Argument gilt für Europäer, Menschen z.B. aus Afghanistan haben keinerlei Rechtsansprüche, schon weil sie erst einmal ein Visum vorzeigen können müssen.
Die Einteilung von Asylanten erfolgt also nicht nur nach politischen und wirtschaftlichen Faktoren, sondern beinhaltet auch noch einen dünn versteckten rassistischen Faktor.
Währenddessen wird die Behandlung der Menschen, die nicht zu den bevorzugten Asylsuchenden gehören, immer menschenunwürdiger.

Die ab 77 in einzelnen Bundesländern eingerichteten Sammellager werden zum Instrument der Abschreckung und Einschüchterung für die Betroffenen. Das Leben hier in Deutschland soll so unerträglich wie möglich gemacht werden.

Die Asylanten verbringen das eine Jahr, bis sie evtl. eine Arbeitserlaubnis erhalten, (manchmal dauert es auch 2 oder 3 Jahre) mit gar nichts. Ihnen sollen nur geringe Deutschkenntnisse beigebracht werden, dafür sollen Volkstanz und Gesang die Verbundenheit mit der alten Heimat aufrecht erhalten. Außerdem sollen einfache "handwerkliche Fähigkeiten" wie etwa Gartenhilfsarbeiten erlernt werden, für den Fall, daß ein Asylantrag durchkommen sollte. Abgesehen davon, daß schon auf Grund des Mangels an Betreuern, unmöglich ist, ist es auch eine Zumutung für Menschen, die meistens in ihren Ländern einen Beruf erlernt haben oder studierten.
Die Grenzen zum Arbeitslager sind in diesen Lagern fließend.Die Bewohner sind zur Mithilfe im Lager gezwungen (putzen, essenverteilen etc.), die Bezahlung dafür liegt zwischen 5o Pf und 1 DM pro Stunde.
Hinzu kommen in einzelnen Lagern tägliche schriftliche Meldefristen und Ausgangsverbote, Hausordnungen die bis zur Aufsteh- und Schlafenszeit alles regeln.
Die Stadt, in der die Asylanten interniert sind, dürfen sie sowieso nicht verlassen.
Das stärkste Repressionsmittel gegenüber den Asylanten ist die Drohung mit Abschiebehaft. Wann dieses Mittel eingestzt wird, liegt in der Hand der Lagerleitung, jeder einfache Widerspruch gegen irgendeine Regel kann genügen. Wenn dann ein Lagerbewohner erst einmal in Abschiebehaft ist, ist es praktisch unmöglich, irgendwelche Informationen über seinen Verbleib zu erhalten. Das Verfahren im Knast dauert oft nur bis die nächste Maschine ins Heimatland des Asylanten abfliegt. Hier erwartete ihn aber oft genug Knast oder Tod.
Die Bedingungen, unter denen in der BRD mit Asylanten umgegangen wird, wie sie zu Mitteln der Politik oder zu Halbmenschen gemacht werden, läßt einen Haufen Parallelen zu anderen Staaten und anderen Zeiten zu.





Der hier abgedruckte Artikel ist das Ergebnis der Diskussion zweier Startbahngegner: der Eine aktives Mitglied der Bürgerinitiative gegen den Flughafenausbau Rhein-Main; der Andere ist Sympathisant. Diese unterschiedlichen Voraussetzungen der beiden Autoren sind der Grund, daß sich in diesem Artikel unbeteiligte Darstellung der Ereignisse und Parteinahme gegen den Flughafenausbau ständig abwechseln.

-Die Redaktion-

Ein häufiges Argument mit dem Startbahngegner konfrontiert werden, lautet:
seit über 15 Jahren werde der Bau dieser Startbahn geplant, doch erst seit drei Jahren (vor drei Jahren wurde die Bürgerinitiative gegründet) entrüsten sich angeblich die Bewohner der Anlieger-Gemeinden dagegen. Die "rechts-staatlichen" Mittel den Bau zu verhindern, seien nicht ausgenutzt worden. Somit fehle dem Widerstand jede Legitimation.

Welche Erfahrungen mußten, entgegen diesem Vorwurf, die Bürger mit "ihrem" Staat machen, bis ihr Interesse für den Startbahn-Bau und ihr Engagement sich, zumindest teilweise, in konkreten Widerstand dagegen verwandelte ? Wie sieht aber die Wahrheit wirklich aus ?

Pläne für den Bau der Startbahn 18 West existieren seit 1964. Ein Mörfelder Gemeindepfarrer gründete bereits 1965 die "Interessengemeinschaft gegen Fluglärm" mit damals 38 Mitgliedern (heute: 35 Mitglieder). Diese Interessengemeinschaft initiierte etliche Einsprüche gegen die Vorhaben der Flughafen Aktien Gesellschaft (FAG). Diese Einsprüche führten zu einer langen Kette von Gerichtsverfahren.

1968 beim ersten Planfeststellungsverfahren widersetzten sich 4.000 Bürger per Einspruch den Erweiterungsplänen der FAG. Verfahrensfehler erforderten damals einen zweiten Planfeststellungsbeschluß, gegen den 1971 bereits 9.000 Bürger Einspruch erhoben.

Bis 1978 wurde um den Flughafenausbau erfolglos prozessiert!

Es war abermals der Mörfelder Gemeindepfarrer Oeser, der nun die Initiative für einige Treffen ergriff, auf denen Möglichkeiten des weiteren Widerstandes gegen den Bau der Startbahn West diskutiert wurden. Im Herbst 1978 wurde dann die "Aktionsgemeinschaft gegen die Flughafenerweiterung" gegründet.
Da zunächst nur auf Mörfelden-Walldorf beschränkt, wurde am 20.1.1979 die regionale Aktionsgemeinschaft gebildet, die sich etwas später in "Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt" umbenannte.

Den ersten Demonstrationsaufrufen der BI im Frühjahr 1979 folgten bereits 3.000 bis 4.000 Menschen. Die Zahl der Aktiven in der BI stieg sehr rasch an, so daß recht bald eine Organisationsstruktur beschlossen wurde, die die BI handlungsfähiger machen sollte. Beschlossen wurde der Aufbau neuer BI-Ortsgruppen. Innerhalb kürzester Zeit entstanden sieben Ortsgruppen, die in regelmäßigem Turnus ihre Sitzungen abhielten. Bis heute stieg die Anzahl der Ortsgruppen auf fast fünfzig.
Einmal monatlich findet seit diesem Beschluß zum Organisationsaufbau ein Plenum der Gesamt - BI statt. Weiterhin wurde ein Leitungsteam gebildet, in das jede Ortsgruppe einen Deligierten entsendet. Diesem Koordinationsausschuß (KO) wurde später ein öffentlich tagendes Deligiertentreffen zur Seite gestellt, welches die Plenen der Gesamt-BI vor- und nachbereiten soll.

Bis Januar 1980 sammelte die BI 30.000 Unterschriften gegen den Bau der Startbahn. Als die Unterschriftenlisten am 2. Februar 1980 durch 500 Startbahngegner der Landesregierung überreicht werden sollten, weigerte diese sich die Listen in Empfang zu nehmen.

Bis ins Frühjahr 1980 hinein beschränkten sich die Maßnahmen der Startbahngegner auf's Petitionieren, Unterschriftensammeln, Informieren und das Abhalten öffentlicher, friedlicher Protestkundgebungen und Demonstrationen.

Am 3. Mai 1980 erfolgte dann ein erster Schritt aktiven Widerstandes im Wald: Mitglieder der Bürgerinitiative bauten eine Widerstandshütte im damaligen Flörsheimer Wald - auf dem Gelände der geplanten Startbahn. Die BI-Hütte war von nun an Treffpunkt und Informationszentrum für die Startbahngegner und ihre Sympathisanten.

Im Juli 1980 ordnete der "Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr" Karry den "sofortigen Vollzug", also den sofortigen Beginn der Bauarbeiten für die Startbahn an. Zu einer Protestkundgebung versammelten sich daraufhin 3.000 Menschen in Mörfelden.
Am 31.August 1980 folgten bereits 10.000 Menschen dem Aufruf der BI zu einer Großkundgebung auf der Düne, südlich des Flughafens.
Am 10. Oktober 1980 genehmigte der Verwaltungsgerichtshof in Kassel den Bau der Startbahn. Am darauffolgenden Sonntag legen ca. 1.000 Fahrradfahrer den Terminalbetrieb auf dem Flughafen für eine Stunde lahm.

Dies war die erste massenhaft durchgeführte Blockadeaktion. Sie verlief friedlich, nicht nur weil sie das spätere Konzept des aktiven und gewaltfreien Widerstandes vorwegnahm, sondern auch weil die Polizei sich noch zurück hielt.
Direkte Aktionen gaben dem Widerstand von nun an eine neue Qualität.

Ab 20. Oktober 1980 begannen Holzfäller im Auftrage der FAG mit ersten Rodungsarbeiten. Die sofortigen Proteste der Hüttenbewohner und der alarmierten Bürger erzwangen jedoch die Einstellung der Arbeiten.
Der Beginn der Bauarbeiten verbreiterte im Nu den Widerstand der Startbahngegner. 3.000 Menschen versammelten sich am 26. Oktober zur Wiederaufforstung der gefallenen 40 Bäume und zur symbolischen Beerdigung der Demokratie im Wald.

Als vorzeitig bekannt wurde, daß im Morgengrauen des 28.10.80 die Rodungsarbeiten unter Polizeischutz fortgeführt werden sollten versammelten sich abermals 3.000 Menschen im Wald, um das zu verhindern.
Die Aktion lief jedoch insofern ins Leere, als das grüne Rodungskommando sich erst um die Mittagszeit zeigte. Da waren aber nur noch ca. 100 Leute anwesend. Die nun über Funk, Telefon und Kirchenglocken alarmierten Start-

DIE ÖKOLOGISCHEN FOLGEN DES BAUES DER STARTBAHN 18 WEST

Im größten geschlossenen Waldgebiet südlich des industriellen Ballungsraumes Frankfurt wird seit Anfang November 1981 eine 4 km lange und 600 m breite Schneise für den Bau der Startbahn 18 West geschlagen. "Die Auswirkungen werden katastrophal sein: riesige Waldverluste, Grundwasserabsenkung, Luftverschmutzung, Lärmbelastung, weitere Verkehrsbauten und der totale Verlust des Naherholungsgebietes werden die Lebensbedingungen der Bevölkerung unerträglich verschlechtern." (Argumente, BI gegen die Flughafenerweiterung Rhein/Main, Mörfelden-Walldorf 1981)

DIE FAKTEN :

- Durch den Bau der Startbahn 18 West werden insgesamt 250 ha Wald unwiederbringlich vernichtet. Hierzu zählt die Fläche der künftigen Startbahn und die Fläche einer Trasse für Hochspannungsleitungen, die wegen des Startbahnbaues verlegt werden muß.

- Durch den künftigen Flugverkehr werden pro Tag die folgenden Mengen Dreck in der Luft freigesetzt:

Kohlenmonoxid	10 Tonnen (t)
Kohlenwasserstoffe	23 t
Stickoxide	3 t
Feststoffe	4 t
Insgesamt	40 t

(Vgl.: Argumente, s.o.,S.4)

- Der Wald dient als natürlicher Luftfilter und Luftbefeuchter.

1 Liter Luft enthält z.B.:

in Frankfurt	350.000 Staubteilchen
in Mörfelden-Walldorf, im Windschatten des Waldgebietes	5.000 Staubteilchen
im Wald	500 Staubteilchen

(Vgl.: Argumente, ebd.)

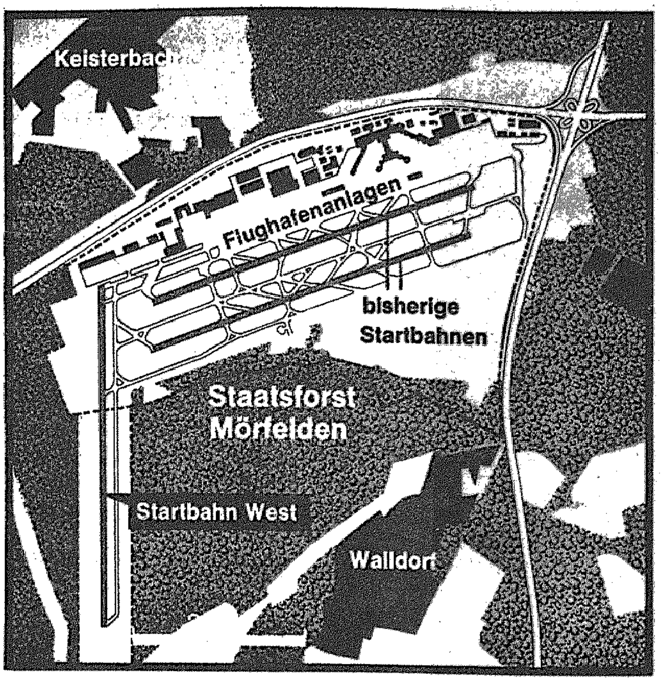
- An ihrem südlichen Ende würde die künftige Startbahn bis in den allerletzten Rest des ehemaligen hessischen Riedes, bis in das Feuchtgebiet Mönchbruch reichen. Damit würde das letzte Reservat für viele selten gewordene Pflanzen und Tiere zerstört, da der Startbahnbau eine Grundwasserabsenkung notwendig macht und darüber hinaus den quer zur Startbahnrichtung verlaufenden Grundwasserstrom behindern wird.

"Nach Feststellungen des TÜV Rheinland hat das Untermaingebiet heute die am meisten mit Giftstoffen angereicherte Luft von allen Regionen der Bundesrepublik." (Vgl.: Argumente, ebd.)

- "Der Anteil der schwerwiegenden Atemwegserkrankungen liegt hier dreimal höher als in anderen Regionen Hessens." (Argumente,ebd.)

- Die Bewohner des Flughafenumlandes leben bereits heute mit einer gesundheitsschädlichen Lärmbelastung. Meßwerte von über 90 dB/A (Dezibel) sind auch nachts keine Seltenheit! (90dB/A entsprechen dem Lärm eines Preßlufthammers.) Die Startbahn West wird zu einer zusätzlichen, konzentrierten Lärmbelastung von 400 - 500 % vor allem im Raum Walldorf/Mörfelden führen.

- Bei weiterem wirtschaftlichen Wachstum, fortschreitender Industrialisierung der Region, immer mehr großtechnischen Anlagen, wie sie z.B. der Flughafen ist, immer dichterer Besiedlung und immer dichterem Verkehr - bei all dem können sich die gesundheitlichen Folgen für die Menschen, die hier leben müssen nur verschlimmern!



bahngegner mußten hinter Stacheldraht den Rodungen zusehen. 7 ha Wald wurden zerstört!



Am Sonntag den 2. November1980 versammelten sich über 15.000 um nach einer Kundgebung am Waldrand von Walldorf zur BI - Hütte und dann zum Zaun zu laufen, der nun das gerodete Gelände begrenzte.
4 Tage später demonstrierten 6.000 Menschen in Wiesbaden, während Ministerprasident Börner die Argumente der Bürgermeister der Anliegergemeinden anhörte. Eine weitere bundesweit organisierte Demonstration fand am 7.12.80 mit etwa 15.000 Teilnehmern in Rüsselsheim statt.

Um diese Zeit fällt auch die Entstehung des Widerstandsdorfes rund um die BI-Hütte. Ein Jahr später bei seiner Zerstörung durch die Bullen wird es ca. 60 Hütten zählen.

Hier ist wohl ein erster Punkt erreicht auf den allmählichen inneren Wandel im Bürgerprotest hinzuweisen. Über Jahre hinweg hatte er sich auf verbale und symbolische Protestgebärden beschränkt. Ernsthafte Bemühungen die Startbahn auf juristischem Wege zu verhindern, können nur der oben erwähnten "Interessengemeinschaft gegen Fluglärm" zugesprochen werden. Der Baubeginn, ja bereits seine Ankündigung erfordern aber bereits einen möglichst breiten - vor allem aber, einen konkreten Widerstand, der über symbolische Willenskundgebungen hinausweist. Schritte hin zu diesem konkreten Widerstand waren dann der Bau der BI - Hütte und des Widerstandsdorfes im Wald mit der Perpektive die Bauarbeiten blockieren zu können. Dann die Flughafenblockade, ein Mittel mit dem die FAG selbst ökonomisch angegriffen wird. Diese Blokkaden werden künftig noch häufig durchgeführt werden.
Die durchgeführten Protestdemonstrationen und Kundgebungen haben für die meisten Startbahngegner aber nach wie vor eine symbolische Bedeutung.
Dies wurde gerade bei jener Demonstration vor dem Bauzaun am 2.November 1980 deutlich. Hier war es zu Rangeleien zwischen Demonstranten aus den umliegenden Großstädten, also aus Wiesbaden und Frankfurt, die nicht bereit waren den Zaun zu akzeptieren, und Demonstranten aus den Anliegergemeinden gekommen.
Letztere schützten den Zaun schließlich selbst durch Kettenbildung vor den militanteren Demonstranten. Die hinter dem Bauzaun postierte Polizei war in der glücklichen Lage die friedlichen Demonstranten loben zu können. Gegen die anderen setzte sie Wasserwerfer ein.

Um ein derartiges Debakel unter den Startbahngegnern künftig zu vermeiden, entschlossen sich Libertäre aus den Großstädten in der BI selbst verstärkt aktiv zu werden. Die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichsten politischen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Strömungen innerhalb der BI gelang nur deshalb, weil wir in der Lage waren die eigene politische Konzeption hintenan zu stellen und in taktischen Fragen Zugeständnisse zu machen. Ziel war es ein Vertrauensverhältnis, trotz all der offensichtlichen Unterschiede durch die ständige Erfahrung gegenseitiger Hilfe, Rücksichtnahme und Verbindlichkeit zu schaffen. Dies ist nur zu einem Teil gelungen. Es konnte nicht verhindert werden, daß auch in der BI sehr viel taktiert und gemauschelt wird, um unliebsame Positionen leichter abbügeln zu können. Bislang herrscht aber bei allen zumindest die Einsicht vor, daß der Widerstand gegen die Startbahn nur gemeinsam möglich ist. So entsteht die Notwendigkeit sich bei jeder Entscheidung erneut zusammenzuraufen.
Entscheidungen zu treffen heißt in der BI immer Kompromisse zu finden, die alle akzeptieren kön-



HAT DER BAU DER STARTBAHN WEST MILITÄRISCHE GRÜNDE ?

– " Im Juni dieses Jahres (1981) wurden Passagen eines internen Bonner Manager-Rundbriefes ("Fuchsbriefe") folgenden Wortlautes bekannt: "Daß die US Air-Force auf diese Kapazitätsausweitung besteht und drängt. (...) Frankfurt sei für die Air-Force - so sagen die Amerikaner - als Drehscheibe und Stützpunkt für den Verkehr mit dem Vorderen und Mittleren Osten unerläßlich. Wenn die geplante Eingreiftruppe für die Ölregion geschaffen ist, sollen Geräte und Ausrüstungen und auch Personal zu einem Teil im Raum Frankfurt stationiert werden". (Umwelt-Express, Walldorf, Oktober 1981)

– "Auf diesem Hintergrund erscheinen die folgenden Informationen amerikanischer Journalisten absolut realistisch, die unter dem Bildschirmtext BTX Mozartturm Nr. 377305529 abgerufen werden können: "Wenn uns zugespielte Informationen stimmen, dann werden die Bürger im gesamten Rhein-Main-Gebiet betrogen. Denn die Startbahn West soll nur zur Verbindungsbahn zu zwei Riesen-Runaways südlich der bestehenden Landebahnen des Frankfurter Flughafens werden. Die Amerikaner wollen ihre dort gelegene US - Air Base gigantisch vergrößern (...)". Diese Information wurde sowohl von einem Angestellten der Air Base als auch von Pfarrer Oeser auf einer SPD Veranstaltung in Darmstadt-Kranichstein am 13.8.1981 bestätigt." (Umwelt Express, Walldorf, September 1981)

– "In den amtlichen Ausschreibungsunterlagen der FAG, die vom Regierungspräsidenten in Darmstadt im Rahmen des wasserrechtlichen Genehmigungsverfahrens ausgelegt wurden, findet sich der Kurze, aber markante Satz: Die Dicke der Betondecke der Startbahn West muß den militärischen Richtlinien der USA genügen, d.h. für solch schwere militärische Transportmaschinen, wie den C-141 Starlifter und die C-5 Galaxy tragfähig sein." (Alexander Schubart in: Die Neue v. 28.11.1981)

nen. Unter Umständen heißt das aber auch Entscheidungen nur aus taktischen Gründen mitzutragen, da sie nach der eigenen Einstellung falsch sind. Nur so konnten bislang alle Spaltungstendenzen vermieden werden.

Hier mag sich der eine Typ oder die andere Frau die Frage stellen, was Anarchisten mit der Mitarbeit in einer Bürgerinitiative eigentlich wollen. Geht es darum berechtigten Bürgerprotest nur vor den Karren der eigenen politischen Ziele zu spannen? Ein Vorwurf, den gewisse Papageien nicht aufhören können nachzuplappern : Hier ist ein ganz entschiedenes NEIN angebracht !

Wir sind durch den Startbahnbau natürlich genauso getroffen, wie jeder andere Bewohner des Rhein-Main-Gebietes auch. Für unser Gefühl und nach unserer Einschätzung ist der Bau der Startbahn West nur der weitere Schritt zur endgültigen Vernichtung unseres unmittelbaren natürlicher Lebensraumes durch ein suicidsüchtiges System, das seinen Gesetzen des Ökonomischen und technologischen Wachstums, der Profitmaximierung und progressiven Kapitalverwertung, der immer weiter fortschreitenden Expansion staatlicher Macht, ihrer bürokratischen Arroganz, ihrer repressiven Fürsorge und ihrer brutalen polizeilichen und militärischen Gewalt - bis zum bitteren Ende folgt.

Wir wissen, daß wir gegenüber der gewalttätigen Logik dieses Systems keine Chance, keine Zukunft haben - no future !

Aber noch haben wir die Kraft zu leben. - Wir setzen dieser Logik unsere diffuse Utopie, eines selbstbestimmten individuellen und kollektiven Lebens entgegen. Unsere politische Perspektive ist ein politisch und ökonomisch autonomes Rhein-Main-Gebiet in einem internationalen Bund selbstbestimmter Regionen.

Wir spannen niemand vor unseren politischen Karren, weil wir nur unsere persönliche politische Einstellung einbringen. Wir sind und wir wollen keinerlei Organisation zur Manipulierung des Widerstandes. Unsere politischen Einstellungen sind nichts anderes als die nüchterne Feststellung der ökologischen und gesellschaftlichen Realität und ihrer notwendigen Alternativen.

Die Starbahn 18 West ist ein technologisch-ökonomisches Großprojekt auf die das herrschende System aber auch aus militärischen Gründen nicht verzichten kann. Der Bau der Startbahn in Frankfurt wird für dieses System zu einer Existenzfrage. Der harte Kurs, den deshalb FAG und Landesregierung gegen die Startbahngegner fahren, wird viele Startbahngegner die Illusionen über die politischen Realitäten rauben. Ziel der Libertären ist es nun den Drang der Startbahngegner (innen) zu handeln, in das Bewußtsein der Notwendigkeit der eigenen direkten Initiative zu verwandeln. Dies kann nur geschehen über die gemeinsamen Erfahrungen des praktischen Widerstandes, als auch über die Diskussion um die aktuellen Maßnahmen und deren politische Einordnung.
Nur so wächst die Bereitschaft - oder besser: kann sie wachsen - anders zu leben und die heutigen politischen, ökonomischen und technischen Systeme ersetzen zu wollen.

Fortsetzung auf S. 34

B U C H B E S P R E C H U N G :

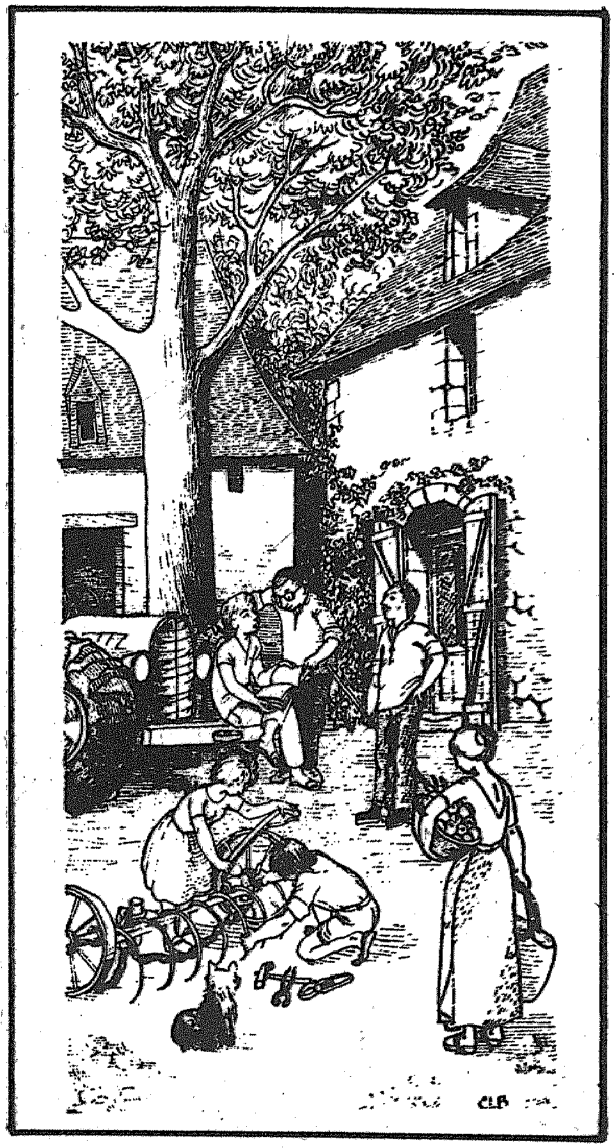
EINE REISE INS REICH DER LÄNDLICHEN UTOPIE

von Horst Blume

Henri Mendras, führender Agrarsoziologe in Frankreich, schlüpft bei seiner Reise in die Haut des "Genossen Alexis", der als Abgesandter der "Volksrepublik Khoragstan" Frankreich besucht.
Er will seinem Land, das zwischen Rußland, China und Indien liegt und nach 30 Jahren Unabhängigkeit vor der Wahl seiner Gesellschaftsordnung steht, von den Erfahrungen des PUR berichten. PUR, das ist das Reich der Ländlichen Utopie (Pays de l'Utopie Rustique), welches sich in Frankreich in den Chevennen, im Massif Central, im Südwesten und in Teilen der Großstädte entwickelt hat.
Da Alexis 1968 schon einmal in Frankreich war, wird er -inzwischen wegen seiner Verdienste mit dem Kropotkinorden erster Klasse ausgezeichnet - im Jahre 2007 vom Zentralkommitee der Arbeiter- und Bauernpartei Khoragstans beauftragt, über seinen Besuch einen Bericht zu schreiben.
In Paris angekommen, wird er in der Folgezeit mit einer solchen Fülle von verschiedenartigen Eindrücken konfrontiert, daß er nur mit Schwierigkeiten herausbekommt, wie das gesellschaftliche System funktioniert.Und dies nicht ohne Grund, denn das Wesen des PUR ist nur unzureichend mit herkömmlichen volkswirtschaftlichen Begriffen und ideologischen Einteilungen zu kennzeichenen. Henri Mendras' ländliche Utopie unterscheidet sich von vielen anderen dadurch, daß Staat, Geld, Polizei und Parlamente nicht kurzum für abgeschafft erklärt werden und man sich folglich mit solchen Problemen einfacherweise gar nicht mehr zu befassen hat. Indem er geschickt an heute bereits existierende alternative Ansätze anknüpft, vermeidet er solche weitumspannenden Sprünge von der Gegenwart in die Zukunft, die bewirken könnten, daß der Leser mit einem Anflug von Resignation sagt: Ist ja doch nur eine Utopie...

1. Die Entwicklung des PUR

Mendras' Utopie baut auf 2 Entwicklungen auf,



die bereits der Vergangenheit angehören: Viele Jugendliche sind von der Stadt aufs Land gezogen und haben meist kurzlebige Gemeinschaften gebildet, die aber bewiesen, daß anders zu leben heute noch möglich ist. Die durch Industrialisierung hervorgerufene rapide Verschlechterung der Nahrungsmittel bewirkte ein Wiederaufleben der direkten

Beziehungen zwischen Konsument und Produzent und, damit verbunden, eine stärkere Verbreiterung des biologischen Landbaus.
Durch eine neue Agrarpolitik (NAP) wurde diese Entwicklung unterstützt, und es kam zu einer immer größeren Produktion und Nachfrage von landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen.
Immer mehr Städter besuchten an den samstäglichen Einkaufstagen die Bauern, und so entstanden schnell Beziehungen zwischen Städtern und Landbewohnern. Viele Leute wollten in der Folgezeit gar nicht mehr weg vom Land und blieben dort, um als landwirtschaftliche Selbstversorger, handwerklich Tätige, Lehrer oder Arbeiter in kleinen Fabriken ihr Auskommen zu finden.
Gleichzeitig fand ein Umdenkungsprozess in der Volkswirtschaft statt: Während man früher die Produktivität durch Investitionen steigerte und trotzdem durch Rationalisierung die Arbeitslosigkeit erhöhte, legte man nun den Schwerpunkt auf den Tertiärsektor. Durch Kultur, Unterricht und Dienstleistungen werden Phantasie und die Fähigkeit, sich selbst zu versorgen und zu bestimmen "produziert". Auf den Dörfern entstand ein enges Netz von Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen, welches das kulturelle Leben und den gegenseitigen wirtschaftlichen Austausch in starkem Maße begünstigte.

2. Duale Gesellschaft

Das PUR entwickelte sich aber nicht überall in Frankreich, sondern hauptsächlich im Süden und Westen, wo ein Teil der ursprünglichen Bauern das Land verlassen hatte und nun die Leute aus der Stadt leben. Die landwirtschaftliche Massenproduktion und die umweltverschmutzende Großindustrie in anderen Teilen des Landes gibt es ebenfalls noch, verlieren jedoch für viele Menschen an Attraktivität.
Den zentralistischen Strukturen und Auswüchsen der industriellen Massengesellschaft sind die schärfsten Zähne gezogen worden, aber trotzdem findet ein andauernder gewitzter und phantasievoller Kampf der PUR-Bevölkerung gegen sie statt: Paradies und Hölle liegen recht nahe beieinander.

3. Bäuerliche Wirtschaftsweise

Die Gemeinden und kleinen Städte des PUR bemühen sich, Großindustrie fernzuhalten und ihren Eigenbedarf selber herzustellen. Das alte Prinzip der bäuerlichen Wirtschaftsweise wurde wiederentdeckt, nämlich der Anbau von Nahrungsmitteln zusammen mit einer handwerklichen Tätigkeit, die Geld einbringt. Der Geldumlauf ist stark eingeschränkt und die Verkaufserlöse müssen lediglich für einige Steuern, Maschinenersatzteile und kleine Wünsche verwendet werden. Die Berufsstruktur für einen typischen PUR-Bezirk mit 28.000 Menschen stellt sich Mendras folgendermaßen vor:

"- 10% der Haushalte leben von 'produktiver' Landwirtschaft
- 25% von handwerklicher Landwirtschaft und Selbstversorgung
- 20% sind Handwerker und Kaufleute
- 15% Arbeiter
- 30% Rentner

Ferner sind
- 20% Beamte und Angestellte verschiedener Behörden.

Schließlich sind
- 30% der Wohnsitze Zweitwohnsitze." (S.114)



Das sind zusammen 150%, denn viele Menschen üben neben ihrem Hauptberuf noch mehrere andere Tätigkeiten aus, was ein Gleichgewicht zwischen körperlicher und geistiger Arbeit begünstigt.

So ist z.B. der Ziegenzüchter eines Dorfes gleichzeitig für einige Stünden in der Woche Lehrer in dem Fach Ethnologie. Durch gute persönliche Beziehungen werden das Auto des Lehrers, der Traktor des Bauern, das Werkzeug des Handwerkers untereinander ausgeliehen und sind letzten Endes Allgemeingut. Die handwerklichen und landwirtschaftlichen Produkte gibt man an Verwandte und Nachbarn weiter, so daß ein Dorf den Großteil der materiellen Bedürfnisse selber befriedigt. Die Produktion entzieht sich auf diese Weise den Eingriffsmöglichkeiten von Verwaltungsbehörden: Die Landwirtschaft ist keine Industrie mehr, sondern zu einer Lebensweise geworden,der man schlecht beikommen kann.
Die Segnungen der Zivilisation werden von den PURen jedoch geschickt genutzt und nicht verworfen. Geradezu euphorisch werden die Vorzüge der Gefriertruhe gelobt, weil sie die bäuerliche Wirtschaftsweise durch diese einfache Art der Haltbarmachung von Nahrungsmitteln überhaupt erst wieder möglich gemacht hat.

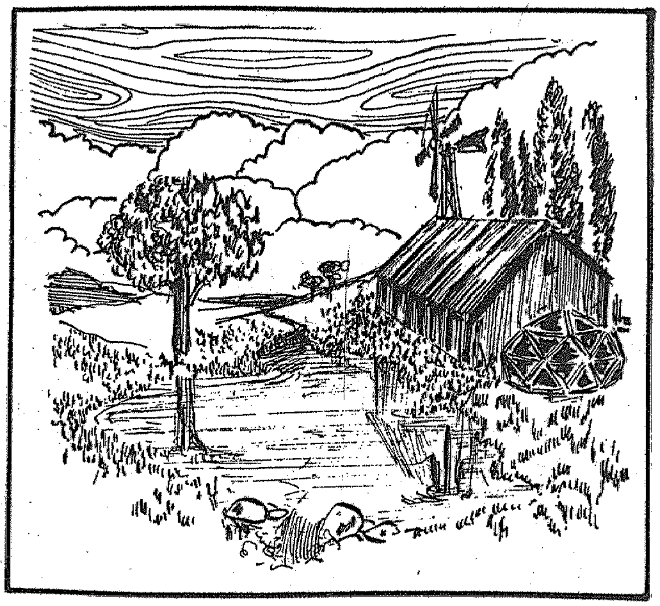
4. Das gesellschaftliche Leben

Zu seinem großen Erstaunen findet der Besucher Alexis nicht diese geistige Enge und den Zwang zur Konformität innerhalb des PUR, wie es bei vielen Gesellschaften auf dem Land der Fall ist. "Wissen Sie, wir haben hier die Stadt auf dem Land", wird ihm erklärt: Bibliotheken, Schallplattensammlungen, Kinos und Ausstellungen befinden sich in jeder Ansiedlung und bieten Gesprächsstoff für zahlreiche Dikussionskreise.



Durch die Abwanderung vieler Lehrer aus den Städten wurde ein unglaublicher intensiver pädagogischer Aufbruch begünstigt. Die Ethnologie (vergleichende Völkerkunde) hat den Geschichtsunterricht ersetzt und alle versuchen, von anderen Kulturen zu lernen.

Es entwickelt sich anlehnend an die Erfahrungen der Kanadier und Rumänen eine Kultur des Waldes, in der neue Lebensdisziplinen - wie der Sinn für Zeit und ästhetische Ausgewogenheit - geprobt werden.



Kinder und Jugendliche leben in eigenen Gruppen ohne Reglementierung durch die Eltern zusammen.Das vorrangige Ziel schulischer Unterweisungen besteht in der Verbindung der traditionellen Wissenschaften mit der alten, der heutigen Zeit angepassten Volkskultur, während die berufliche Ausbildung in Form von Praktika an Ort und Stelle erfolgt.
Bei der Übermittlung von Kultur und Erfahrungen spielen die Großeltern wieder eine besondere Rolle, so daß die angegebenen 30% Rentner keine passive Gruppe darstellen, sondern im Grunde aus nichthauptamtlichen Pädagogen und Ausbildern besteht.

5. Die Fabrik

Etwas zu einfach macht es sich der Agrarsoziologe Mendras, wenn er das Problem der Fabriken und der Arbeiter angeht: Während im kapitalistischen Frankreich die Lohnabhängigen noch industrielle Massenware herstellen, und wegen der schlechten Arbeitsbedingungen oft streiken, gibt es im PUR nur kleine, wenig automatisierte Fabriken in Selbstverwaltung. Da sie hauptsächlich Ersatzteile für Maschinen und Geräte produzieren, die von den kapitalistischen Fabriken nicht mehr hergestellt werden, müssen sie sehr flexibel sein. So werden die alternativen Fabriken zwar durch die Wechselwirkung von Angebot und Nach-

frage vom kapitalistischen System beherrscht, können aber innerhalb der Fabrik ihre Produktion in solidarischer Form organisieren. Obwohl von Mendras zugestanden wird, daß es bei dieser Produktionsweise auch mal "Krach" gibt, so überträgt er doch allzu leichtfertig die Möglichkeiten einer ausgeglichenen ländlichen Gesellschaft auf eine Produktionsweise, die ganz anders ist: Für seine Arbeitskraft bekommt der Arbeiter Geld. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht, und diese Einspurigkeit macht die Arbeiter abhängig und führt schnell zu Ungerechtigkeiten. Mendras versucht in seiner Utopie dem Problem beizukommen, indem er die Fabrikarbeit in erster Linie als Nebenerwerbstätigkeit sieht, und so ihre negativen Auswirkungen abmildert.

6. Die politische Gliederung

Ursprünglich war die Präfektur des Departements für die öffentlichen Einrichtungen zuständig, und wegen der relativen Größe des Gebietes schwerfällig. Deshalb haben die PURen die Machtbefugnisse der Präfektur abgebaut und an seiner Stelle den für eine kleinere räumliche Einheit zuständigen Verwaltungsknotenpunkt gesetzt. Die in ihm vertretenen Gemeinden fällen die Entscheidungen und werden durch jährliche Vollversammlungen, denen eine längere Diskussionsphase vorgeschaltet ist, kontrolliert. Orte, die mit ihrem Verwaltungsknotenpunkt unzufrieden sind, haben die Möglichkeit, sich einem anderen anzuschließen. Vereine von Benutzern der Bibliotheken, Schulen, Krankenhäuser usw. treten an die Stelle von Verwaltungen und unterbreiten dem Gemeinderat oder Verwaltungsknotenpunkt ihre Finanzierungs- und sonstigen Vorschläge. Arbeiten die Vereine nicht verantwortungsbewußt, werden sie nicht anerkannt.

7. Ist eine beschauliche Entwicklung möglich?

In Mendras' Utopie läßt sich auskömmlich leben, obwohl Staat und Geld (vorläufig) nicht abgeschafft, sondern nur in ihre Schranken verwiesen worden sind. Dies ist eine realistische Annahme.

Was ist aber mit so lebensbedrohlichen Dingen wie Atomkraftwerken oder Gefängnissen? Würde der unbedingt notwendige Kampf hiergegen die im Großen und Ganzen friedlich-beschauliche Entwicklung zu seiner Utopie nicht gefährden? Vielleicht ist es von einer Utopie zuviel verlangt, daß sie auch darauf noch eine Antwort haben soll, besteht doch ihre tiefe Kraft darin, die Initiative der Menschen freizulegen und ihr eine Richtung zu geben. Die Gefahr, daß sich die Menschen in seiner ländlichen Utopie zu sehr selbst genügen, sieht Mendras allerdings auch:

"Ich fürchte, die Wärme, die sie im Gemeinschaftsleben erfahren, nimmt ihnen jegliche Kraft und Motivation, jegliche Fähigkeit, etwas Neues zu erfinden und zu kämpfen." (S.175)

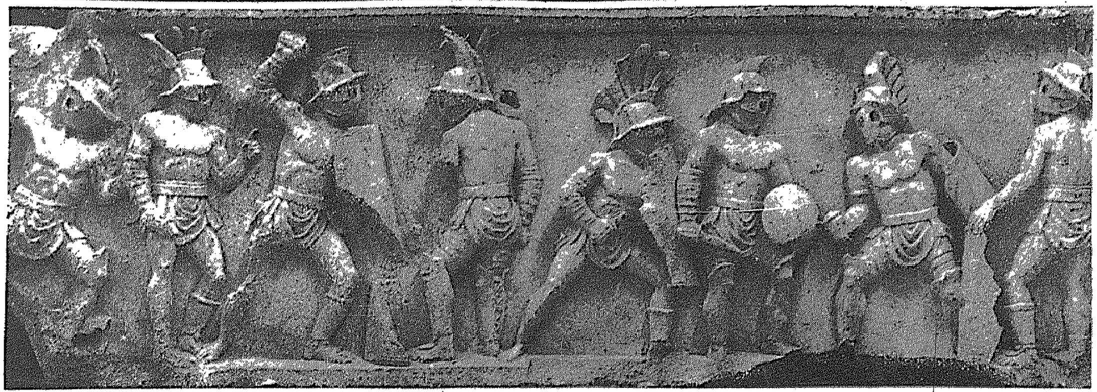
Henri Mendras: Eine Reise ins Reich der ländlichen Utopie, 180 Seiten, (teure, aber immerhin lohnende) 19 DM, Bezug: Verlag Wolf Mersch, Turnseestr. 15, 78 Freiburg.



SPARTACUS

von Wolfgang Haug

"Man muß sein Leben nicht für Schauspiele einsetzen, sondern für die Freiheit."
(Spartacus - Zitat laut Appian, röm. Historiker)



Gladiatorenkämpfe. Ausschnitt aus dem Fries vom Mausoleum des Lusius Storax in Chieti. 1. Jh. n. Chr. H 0,49 m. S. 168 f.

===

Michael Genner: Spartakus - eine Gegengeschichte des Altertums nach den Legenden der Zigeuner 2 Bde. 50.-DM TRIKONT-VERLAG; 1980

Werner Raith: Spartacus - Wie Sklaven und Unfreie den römischen Bürgern das Fürchten beibrachten 9,50DM WAGENBACH-Verlag, 1981

DER SPIEGEL, Nr.49: Enttäuschtes Vertrauen - Räuberhauptmann oder Revolutionsheld

===

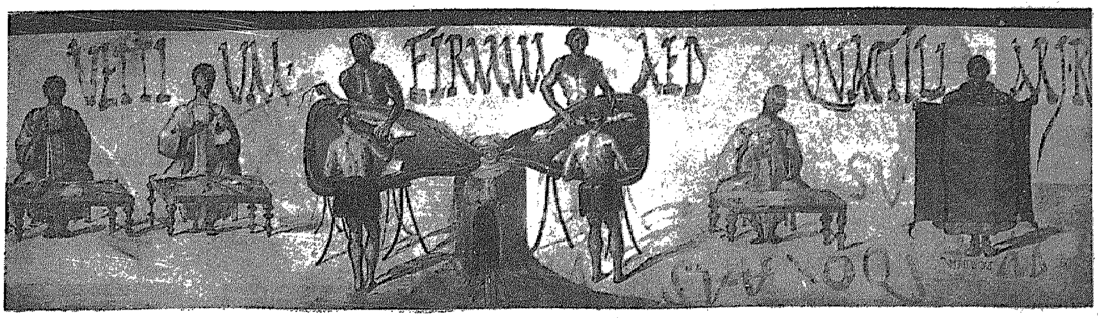
Titel und Untertitel decken beide nicht das Buch ab, das der österreichische Alt-68er Michael Genner geschrieben hat. Beide Bände handeln von sehr viel mehr (u.a. auch vom Christentum, was hier weggelassen werden soll) als nur von Spartacus. Auch benutzt Genner a l l e zugänglichen Quellen und die mündliche "Legende der Zigeuner" dient lediglich als manchmal notwendige Ergänzung.

Bevor es zum Spartacus- oder besser zum Sklaven aufstand mit Spartacus kam, zeichnet Genner die Geschichte der Zigeuner und anderer freier Nomaden nach. Er entwirft ein Bild von grundsätzlichen Unterschieden zu den seßhaften "Hochkulturen", die unsere Geschichtsauffassung prägen, - und zwar gerade weil diese auf Staat, Hierarchie, Priesterkasten und Unterwerfung aufgebaut waren. Denn nur festgefügte seßhafte Machtblöcke entwickelten Strukturen wie Tempel, Geld, Kasten etc., die zur Rechtfertigung ihres Machtanspruchs begannen, hierarchische Traditionen weiterzugeben. Sie entwickelten aus magischen Gebräuchen Vieler, religiöse und staatstragende Gesetze Weniger über Viele.

Genner verdeutlicht, daß z.B. Rassismus und Nationalitätenwahnsinn "Errungenschaften" der Hochkulturen sind; daß die Umwandlung einer zwar rollenspezifischen, aber gleichberechtigten Mann-Frau-Gesellschaftsform zum Patriarchat wesentlich mit der Seßhaftwerdung zusammenhängt und daß mit der Seßhaftwerdung die S K L A V E N-W I R T S C H A F T begann, die zum ökonomischen Kennzeichen der frühen staatlichen Hochkulturen wurde. Schließlich: daß die ersten überlieferten Gesetzbücher von eben diesen "Hochkulturen" stammen und vor allem Ehe-, Eigentums- und Sklavenhaltungsfragen "regelten" (vgl. Hammurabi). Daß deshalb allein Zahlen unser herrschendes Geschichtsbild, wonach z.B. Griechenland demokratisch war, in Frage stellen könnten, beweist die Volkszählung des Griechen Demetrios von Phaleron (308v.u.Zeitr.). Seine Zählung ergab, daß in Attika 400 000 Sklaven, 10 000 Metoiken (Freie ohne Bürgerrecht) und 21 000 Bürger lebten. Dies bedeutet, daß unter der massiven großwirtschaftlichen "Nutzung" der Sklaven, die Städte verarmten, der Mittelstand und die Handwerker nicht konkurrenzfähig blieben und zum Auswandern gezwungen waren. (Heute noch gültige Uni-Geschichtsschreibung (Bengtson) feiert diesen Vorgang als Durchdringung des Ostens mit kultiviertem griechischen Händlergeist.)

Bevor ich nun zum eigentlichen Kern der Bücher komme, noch einige kritische Bemerkungen zu Genners Schreibweise. Anstatt Fragen oder Thesen zu formulieren, stellt er Behauptungen auf, die er - nach 2000 Jahren - nicht beweisen kann. D.h. seine Stärke liegt darin, dort, wo die Quellen nichts mehr hergeben, Zusammenhänge herzustellen, politisch zu denken - etwas, das der "wertfreien" Wissenschaft fremd ist. Mit dieser Methode gelingt es Genner die herkömmliche Geschichtswissenschaft als Beschönigung

Links und halbrechts Wollkämmer am Arbeitstisch, in der Mitte Färber am Kocher, rechts der Geschäftsinhaber mit der fertigen Ware. S. 172, 173



oder Fälschung zu entlarven. Es werden nur parteiische Quellen zitiert, und man unterläßt es im allgemeinen die Fragen zu stellen, die die Beweggründe der untergegangenen Fraktionen erhellen könnten. Genner steht sich aber dort selbst im Weg, wo er auf pathetisch-revolutionäre Statements lossteuert. D.h. sein wichtiger Versuch, Geschichte wieder mit politisch-ökonomischer Motivation und nomadischer Tradition in Verbindung zu bringen, desavouiert sich mit Parolen wie

> "Die Internationalen Brigaden, die den Balkankrieg führten, haben Spartakus' Charakter geformt." (S.196)

Aber gerade die neuste Spartacus-Biographie von Werner Raith zeigt Genners Leistung zum Nachdenken anzuregen. Raith veranschaulicht die Rolle der Sklaverei, schildert und erzählt die Quellen nach; kurz: er beherrscht sein Handwerk als Historiker und ist im übrigen totlangweilig. D.h. er bietet kaum Fragen oder Thesen an, die als Erklärung für das Verhalten der aufständischen Sklaven dienen könnten. Alles bleibt vage Oberfläche. Bisweilen zeigt Raith, die aus seinem Forschungsansatz resultierende Hilflosigkeit, so z.B. wenn er erstaunt feststellt, daß es für Spartacus' Gleichheitsdenken keine "griechische philosophische oder staatstheoretische (!) Denkschule" gab, die ihm als Vorbild hätte dienen können. Indirekt avanciert Spartacus somit bei Historikern der Hochkulturen (von Rom bis heute) zum geheimnisvollen Genie - und alles nur, weil die Traditionen und Denkweisen von Nomaden unberücksichtigt bleiben bzw. nicht "existieren".

Genner hat den Vorteil seiner unwissenschaftlichen Zigeunerquelle genutzt. Und, -einmal mit anderen Erklärungsmodellen begonnen, erfindet er selbst auch dort welche hinzu, wo er gar keine Zigeunerquelle als Beleg angeben kann. Dies muß man wissen, wenn man die TRIKONT-Bücher liest, bevor einem die eigene Phantasie durchgeht und wenn man merkt, daß Genner nahezu alles auf den Gegensatz "FREIE MUTTERRECHTLICHE NOMADENVÖLKER" contra "SEßHAFTE PATRIARCHALISCHE SKLAVENSTAATEN" zurückführt. Trotz dieser Vereinfachung ist Genners Spartacus tatsächlich eine GEGENGESCHICHTE, die sich zu lesen lohnt.

Spartacus war keine Ausnahmeerscheinung als er 75 v.u.Z. mit seiner Frau Weina in römische Gefangenschaft geriet, als Sklave verkauft wurde, aber bereits 74 aus einer Gladiatorenschule in Capua ausbrach, um gemeinsam mit anderen den Sklavenaufstand zu beginnen. Rom hatte große innenpolitische Schwierigkeiten: bereits 60 und 30 Jahre zuvor, war es in Sizilien zu mehrjährigen Sklavenerhebungen gekommen; 15 Jahre zuvor scheiterten die italischen Stämme in ihrem Kampf gegen Rom's Privilegien ("Bundesgenossenkrieg") und 12 Jahre zuvor verriet die populare Marius-Partei nach siegreichem Kampf gegen den Senat, diejenigen Sklaven, die sich als "Freigelassene" am Krieg beteiligt hatten. Diese vorausgegangenen Niederlagen, die beispielsweise zur fast völligen Ausrottung der italischen Samniten führte, bringen Genner zu dem Schluß, daß Spartacus "für Italien um 10 Jahre zu spät kam." Die wichtigste Basis, die Spartacus noch vorfand, bildeten somit die Hirtensklaven, die in halbnomadischer Weise lebten und sogar Waffen tragen mußten. Da sie häufig den Auftrag hatten, sich 'selbst zu versorgen', kam es zu einem halb legalen, halb illegalen Räuber- und Guerillatum. Daß dieser Zustand über ganz Italien verbreitet war und von den Römern nicht mehr kontrolliert werden konnte, verdeutlicht ein Anti-Banden-Gesetz, das 1 Jahr vor Spartacus' Ankunft erlassen worden war.

Genner vertritt die These, daß Spartacus, der Gallier Crixus, Weina und die Zigeunergruppen, mit denen sich die entflohenen Gladiatorensklaven am Vesuv vereinigt hatten, ein Konzept entwickelten, das die Vereinigung aller freien Völker gegen Rom zum Ziel hatte. Nach ersten Siegen über römische Legionen, die einen Massenzulauf bewirkten, gründeten die Sklaven "Heliopolis" (Stadt der Sonne). Dort lebten ca. 40 000 Menschen nach für Römer unverständlichen "Gesetzen"; das Unverständlichste (und deshalb überliefert) war das Gold-,Silber-und Geldverbot, bzw. die Aufhebung des Privateigentums zugunsten des Kollektivbesitzes.
Die Bewohner von Heliopolis brachen 72 v.u.Z. nach Norden auf.

★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★

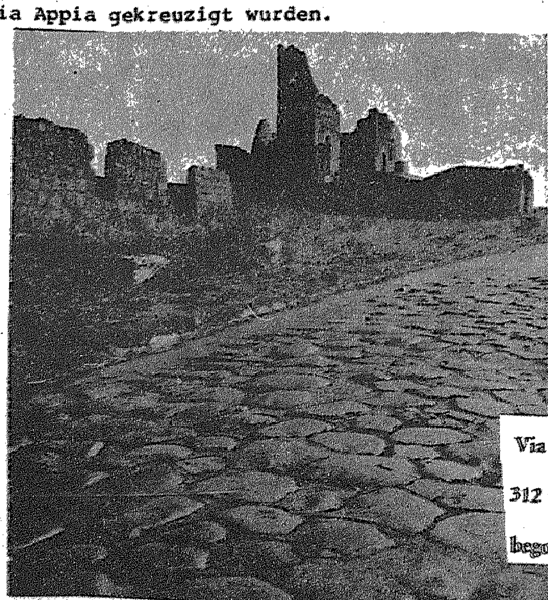
Ein Auszug aus dem SPIEGEL, 49 zeigt die offiziell unbefriedigende Lesart:

" "Nach seinen glänzenden Anfangserfolgen habe der Rebellenführer mit seinen Anhängern in ihre Heimatregionen abziehen wollen. Offenbar war es dabei zunächst zu Differenzen mit einer keltogermanischen Minderheit der Sklaven gekommen, die es mit der Rückkehr in den unwirtlichen heimatlichen Norden wohl weniger eilig hatte als die Kameraden aus den milderen Gefilden Kleinasiens. Ein Streit allerdings wurde daraus nicht. Das Hauptheer unter Spartacus zog im Frühjahr 72 v.Chr. nordwärts und schlug, in den Apenninen, nacheinander zwei römische Armeen - Roms letztes Aufgebot auf der Halbinsel.(...) Doch Spartacus verzichtete darauf, die Metropole zu erobern. Und noch überraschender: In der Poebene angelangt, kehrte er um und marschierte zurück nach Süditalien... Was ihn dazu bewogen hat, ist bis heute ungewiß..."

Es ist nicht nur Raiths Schuld (SPIEGEL bezieht sich auf ihn), wenn in diesem Abschnitt alles angezweifelt werden kann. Diese journalistische "Geschichtsschreibung" stellt keine Fragen, verschleiert mehr als sie erklärt, sieht keine Ursachen und gibt sich geheimnisvoll. Aber schon Bücher wie das von Raith (oder auch ein anderes aus der WAGENBACH-REIHE: Kreilers "Erich Mühsam") sind ärgerlich, weil sie ihren "Gegenstand" zwar billig, aber oberflächlich und konsumorientiert auf den literarischen Markt werfen und so weitaus besseren Publikationen die Leser nehmen bzw. ein Erscheinen solcher erschwert. Bei allem Flair verwenden diese Bücher noch nicht einmal die vorhandenen Informationen - eine Tatsache, die der Multipikator SPIEGEL weiter vereinfacht, so daß unser Geschichtsbild weiter aus bloßen Klischees besteht.

Es war keine Frage des Klimas, wenn es unter Galliern/Germanen einerseits und Thrakern/Griechen andererseits unterschiedliche Vorstellungen gab. Man kann mehrere Ursachen anführen: In Gallien herrschten romähnliche Sozialstrukturen, d.h. gallische Bauern gerieten in die wirtschaftliche Abhängigkeit ihrer Fürsten und wurden nicht selten an die Römer als Sklaven verkauft. Ein Zurückgehen in diese Gesellschaftsstrukturen hätte für Crixus und seine Gruppe also nichts verändert, - für sie lag es nahe Rom selbst anzugreifen. Die Germanen lebten noch vielfach in Stämmen ohne feste hierarchische Struktur, insofern trifft diese Argumentation für sie nicht in gleicher Weise zu. Zur Zeit des Spartacusaufstands stammte ein Großteil der versklavten Germanen von den Kimbern und Teutonen ab. Diese hatten ihre Heimat ja bewußt verlassen um gen Süden zu ziehen. Ihre Nachkommen zog es demzufolge nicht in die nördliche Heimat, weil sie dort "ihr" Volk gar nicht hätten finden können. Ganz anders die Situation der Thraker und anderer kleinasiatischer Sklaven. Sie waren in ihren Ländern zumeist im Kampf gegen Rom versklavt worden; bzw. mittels überzogenen Steuern in die Sklaverei gepreßt worden. Ihre Völker befanden sich noch im Kampf gegen Rom (Thraker, Mithidates) oder lebten zumindest in ihren Gebieten.

Es fand also durchaus ein Streit statt, der zur Trennung der 40 000 führte. Die Rolle der Italiker ist dabei noch nicht einmal bedacht! Crixus zog mit ca. 10 000 nach Apulien, wo seine Gefolgschaft schnell wieder anwuchs. Spartacus begab sich mit ca. 30 000 auf die Wanderung. Diese Zahlen dürften wie in römischen Quellen üblich "Kämpfer" angeben, so daß mit Frauen, Kindern und Älteren jeweils die drei bis vierfache Zahl angenommen werden muß. Nach Genner kämpft Crixus zwei Tage mit den Römern, bis der informierte Spartacus die Reste seines geschlagenen Heeres entsetzt, die Römer besiegt und nach einer Leichenfeier für Crixus mit allen gemeinsam weiterzieht. Nach Appian ziehen 120 000 nach Norden, - am schutzlosen Rom vorbei. Während die offizielle Geschichtsschreibung Spartacus an den Po ziehen, davor bei Mutina ein letztes römisches Heer besiegen und ihn dann umkehren läßt - nicht ohne ein halbes Jahr in Schweigen zu hüllen; versucht es Genner mit Fragen.
Wer dagegen, wie Raith, das Spartacusheer als alleinigen Vertreter des Sklavenaufstands sieht, beißt sich an einer eindeutigen Lösung des Problems fest, - was dann heißt: Niederlage der Sklaven gegen Crassus, nachdem die Übersetzung nach Sizilien am Verat der (von Crassus bezahlten) Piraten gescheitert war. Für Rom ein "Happy-End", bei dem ca. 5000 überlebende Sklaven entlang der Via Appia gekreuzigt wurden.



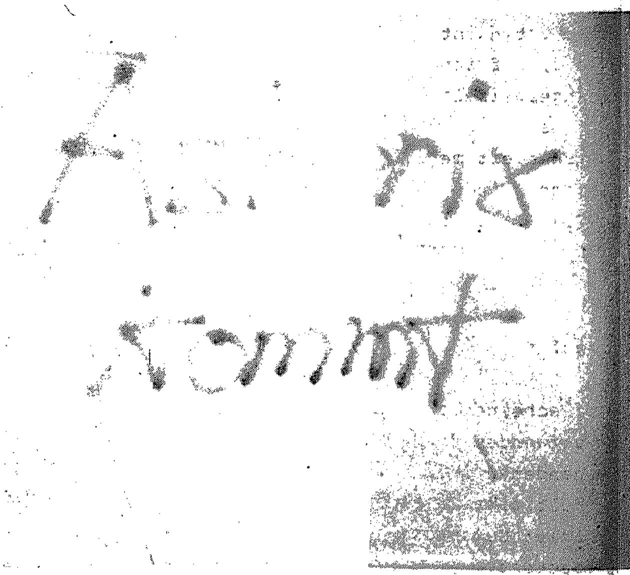
Via Appia 312 v. Chr. begonnen.

Eine solche Geschichtsschreibung ist zunächst einfach unwahrscheinlich; und es gibt genug Quellen, die weitere Fakten enthalten. Auch Genner, dem als aufrechtem Linken immer die "Einheitsfront" im Kopf rumspukt, bleibt wirr, weil er jede Trennung der Interessengruppen als für die Sache schädlich einstuft und am liebsten nicht wahrhaben will.



Richtig ist, daß die Italiker in Italien blieben; wohin hätten sie auch gehen sollen? In Etrurien und Süditalien übten die Römer nur noch in wenigen befestigten Städten die Kontrolle aus. Befanden sich aber große Teile Italiens im Aufruhr, so waren Abtrennungen vom großen Hauptheer keine Fehler in der Strategie, wie Genner behauptet, sondern entsprachen der Situation und der Vielfalt der Interessen.
Pompejus besiegte die Aufständischen in Etrurien als er mit seinem Heer aus Spanien zurückkam, - die Geschichtsschreibung erwähnt, daß sich Pompejus und Crassus um die Ehre gestritten hätten, wer nun die Sklavengefahr besiegt hätte. Da man den Aufstand mit dem großen Heer des Spartacus identifiziert, das nun einmal von Crassus geschlagen worden war, erklärt man die größere Ehrung des Pompejus einfach mit dessen größerer Beliebtheit. Auf die Idee, daß es sich beim "Spartacus-Aufstand" um einen weitgefächerten dezentralen Aufstand in einer innenpolitisch besonders günstigen Situation gehandelt haben könnte, kommt man offensichtlich nicht.
Für Süditalien belegen die Quellen (z.B.Orosius), daß 62 v.u.Z., also 10 Jahre später, immer noch römische Feldherrn in den Süden geschickt werden mußten, um für Ordnung zu sorgen. Für die Italiker war der Aufstand mit Spartacus' Tod demnach nicht zu Ende; - den Zug nach Norden haben sie wohl gar nicht erst mit gemacht. Viel logischer erscheint, daß keine einheitliche Lösung versucht wurde, - auch nicht für die anderen Völker.
Weshalb sollten 120.000 Menschen an den Po wandern und wieder zurück? Und weshalb erwähnen die römischen Quellen ein halbes Jahr kein Wort über die Sklaven?

Genner versucht zu rekonstruieren und nimmt an, daß Spartacus zur Überschwemmungszeit am Po anlangt. Unbedroht abwarten kann und mit einem Großteil des Zugs übersetzt, als der Fluß Normalstand erreicht hatte. Nach Genner beginnt die Auswanderung der Germanen, Gallier, Thraker und Griechen etc. Spartacus selbst kehrt ohne großen Troß um, in der Absicht den Aufstand in Italien weiter mitzuunterstützen. Waren die Römer ein halbes Jahr lang froh gewesen, das "Problem" los zu sein, so wurde Spartacus nach dieser Frist wieder interessant.
Nach Genners Argumentation geht es Spartacus nun darum über Sizilien mit Mithidates in Kleinasien Kontakt aufzunehmen, um die 'Einheitsfront' gegen Rom herzustellen. Gleichzeitig läßt er die Ausgewanderten Kontakt mit dem Sueben Ariovist aufnehmen, der folgerichtig Rom vom Norden her angreift. Rom soll also von der Peripherie her zerstört werden.



Grundsätzlich ist gegen eine Zielvorstellung einer Revolutionierung/Zerstörung Roms (des Sklavenhaltersystems) nichts einzuwenden. Daß es dabei nicht um die platte Zerstörung der Stadt Rom ging, macht es den herkömmlichen Historikern so schwer die Bewegung zu verstehen. Genner's Thesen wiederum kann man nicht folgen, weil der moderne Einheitsfrontgedanke bei ihm die Ereignisse zusehr zurechtrückt und den Einfluß des Spartacus überbewertet.



Trotzdem ist Spartacus umgekehrt; und Plutarch berichtet, daß er besonders schnell wieder in Süditalien war. Diese Andeutung kann als Beleg gelten, daß tatsächlich nicht mehr 120 000 Menschen mit Troß gen Süden zogen, sondern nur noch ein schnell marschierendes Heer. Eine weitere Quelle erwähnt, daß keine Neuen ins Heer aufgenommen wurden, d.h. wohl, daß kein Interesse daran bestand, wieder auf ähnlich unübersehbare Massen anzuwachsen, und daß es feste dezentralisierte Zukunftspläne gab. Eine Konzeption, die Spartacus angemessen wäre, da seine Anfangserfolge gegen römische Legionen auf einer überlegenen Beweglichkeit basierten; nimmt man das Interesse an einem italienweiten Aufstand an, so paßt die Ablehnung der Neuen ins Konzept. Daß Spartacus nach Sizilien wollte, darf als gesichert gelten. Lehnt man die Einheitsfrontidee mit Mithidates ab, so bleibt eher mehr Logik für diesen Plan als weniger; denn wenn Spartacus die Römer aus Süditalien verdrängt hatte, so hatte er sie auf Sizilien immer noch im Rücken. Zudem besaß die Insel Tradition im Sklavenkampf (z.B. Eunus, der von Enna aus weite Teile Siziliens beherrscht hatte). Rom selbst bleibt uninteressant - diese Stadt zu halten, hieße dort in ähnlicher Weise zu herrschen, wie die Römer, - daran sind im späteren 4./5. Jahrhundert auch die Germanen gescheitert. Ob man dabei Spartacus zuviel Voraussicht unterschiebt, kann nicht überprüft werden, daß er aber völlig andere Vorstellungen hatte, beweist die Organisation von Heliopolis oder der Vergleich mit Eunus, der sich selbst zum König ausrufen ließ, sich einen Hofstaat hielt und auch sonst die ehemaligen Herrscher zu kopieren wußte. Nichts dergleichen beim Spartacus-Aufstand; es findet sich noch nicht mal die Tendenz sich selbst als Staat zu etablieren bzw. sich irgendwo fest niederzulassen. Basis war die Gleichheit aller, was angesichts der von den Römern geschickt aufgebauten Hierarchien unter den Sklaven viel zu bedeuten hatte. Eine solche Basis verminderte die Gefahr des Gegeneinander-Ausgespieltwerdens und erlaubte gleichzeitig den Versuch allen Interessen gerecht zu werden. Man sorgte für den Exodus der heimkehrwilligen "Sklaven", kontrollierte das Land in vielen Gebieten und blockierte damit die direkte Lebensmittelzufuhr einer Millionenstadt wie Rom; man besaß ein größeres Heer, das die eventuell heimkehrenden Heere des Pompejus (Spanien) und Lucullus (Asien) erwarten konnte und plante konkret Sizilien zu befreien.

Daß es nicht gelang, lag am weitreichenden Geldarm des Crassus, dem Verrat der Piraten und der nahezu gleichzeitigen Rückkehr aller Grenzheere. Trotzdem benötigte Rom alle Reserven um sein bedrohtes System zu verteidigen; - gelungen ist es nur unter Preisgabe der alten aristokratischen Strukturen. Die Ära des Geldes (Crassus) und der Militärs (Pompejus und Cäsar) hatte begonnen.

GASTON LEVAL:

DER LIBERTÄRE HUMANISMUS

Verlag Die Freie Gesellschaft, Dormannstr.32
3000 Hannover 91

von Bernhard Schlage

So erfreulich die verstärkt aufkommende Beschäftigung mit dem Anarchismus ist, so erschütternd ist gleichzeitig, inwieweit sich Menschen, selbst jene, die sich als Anarchisten bezeichnen, in Unklarheit über eine anarchistische Theorie und Praxis sind. Diese Besprechung soll Anregung zu einer solchen Auseinandersetzung sein.

Wir brauchen mit unserer Veränderung nicht beim "Nullpunkt" anzufangen. Wir haben die Möglichkeit, an eine Tradition anzuknüpfen, aus historischen Erfahrungen zu lernen und sollten diese Möglichkeit nicht freiwillig ungenutzt lassen.

Die Broschüre ist Anregung zur Aktivität, Rückbesinnung auf Geschichtliches und außerdem schlichtweg leicht zu lesen.

Auf die Frage nach dem Weg zum Sozialismus (ich möchte hier nicht auf einen terminologischen Streit zwischen den Begriffen Sozialismus, Anarchismus oder libertären Humanismus eingehen; was gemeint ist, wird hoffentlich deutlich werden...) antwortet Leval:

"Für alle objektiv und frei denkenden Menschen findet sich der Sozialismus dort, wo gegen die wirtschaftliche Ungleichheit und für eine gleiche Möglichkeit des Genusses der Güter gekämpft wird, die von der sozialen Gemeinschaft für sie geschaffen werden."

Mit dieser Argumentation macht Leval gleichzeitig die Argumentation derjenigen zunichte, die ihre eigene Untätigkeit oder Anpassung an die gesellschaftliche Realität mit deren unangreifbarer Totalität zu entschuldigen suchen. (...)

Bei Ausbruch des 1. Weltkriegs ging Leval, der als überzeugter Pazifist nicht an ihm teilnehmen wollte, nach Spanien, trat dort der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CNT bei und schloß sich deren sozialem Kampf an. 1921 reiste er als ihr Delegierter zum 3.Kongreß der Roten Gewerkschaften nach Moskau. Schon vorher skeptisch gegenüber der russischen Revolution gewesen, erfuhr er nun die Rolle der Bolschewiki konkret: Verfolgung Andersdenkender, neue Kasten statt Gleichheit...

So versucht der heimgekehrte Leval sich an einer Kritik kommunistischer Vorstellungen. Leval über die Bolschewiki:

"So wie sie sich nur als Ausführende einer Gesetzmäßigkeit fühlen, deren Unfehlbarkeit nicht angezweifelt werden darf, so sehen sie ihre Mittel schon von vornherein durch ihr Ziel, die kommunistische Gesellschaft, gerechtfertigt.

Zu diesen Mitteln gehört auch der Staat. Obwohl seit seinem Entstehen ein Unterdrückungsinstrument - auch nach marxistischer Ansicht -, was z.B. Clemenceau , bevor er selbst zum Staatsmann wurde, folgendermaßen gekennzeichnet hat: "Der Staat, ah ja, ich kenne ihn. Er hat eine lange Geschichte vieler Morde und Blut. All die Verbrechen, die Meineide, die Verstöße gegen heilig geschworene Eide geschahen im Laufe der Jahrhunderte im Namen der Staatsräson."
Soll er nun dadurch, daß die bisher unterdrückte Klasse bzw. ihr fortgeschrittenster Teil, die kommunistische Partei, ihn übernimmt, zu einem Instrument der Befreiung werden? Bakunin schreibt zu zur Charakterisierung des Staates: "Der erste Zweck des Staates ist es, zu dauern. Wir sind überzeugt, daß jede politische Gewalt Quelle unvermeidlicher Verderbtheit für die ist, die regieren, und Ursache der Knechtschaft für die, die regiert werden."
Es ist wohl richtig, daß jede menschliche Einrichtung, die nicht vom Geist der Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit getragen ist, sich in ihr Gegenteil verkehren kann, aber es ist gewiß nicht richtig, daß dieser Geist sich auch in jeder Einrichtung verwirklichen kann, und überdies in einer, die in bewußtem Gegensatz zu ihm geschaffen wurde. Allein die Existenz des Staates widerspricht einem der wesentlichen Prinzipien des Sozialismus, nämlich dem der SELBSTVERWALTUNG, der eigenständigen Organisation aller die Gesellschaft betreffenden Angelegenheiten durch die direkte Verantwortlichkeit eines jeden. Auch das Prinzip der Klassen-und Herrschaftslosigkeit, ein wichtiges Kennzeichen der neuen Gesellschaft, mißachtet der "Übergangsstaat", und daß Macht korrumpiert, dafür gibt die Geschichte Beispiele in Fülle. Jeder Staat wußte sich des Wohlwollens seiner größten Feinde zu versichern, indem er an der Macht teilhaben ließ. So falsch es ist, Staat und Gesellschaft gleichzusetzen, so unwahr ist es, die Verstaatlichung des gesellschaftlichen Reichtums als Sozialisierung auszugeben. Die Wirklichkeit sieht so aus, daß wieder nur ein ausgewählter Teil der Gesellschaft davon profitiert, diesmal die Staatsfunktionäre und -bürokraten."

Auch die "nur-ökonomische" Gesellschaftsanalyse der Marxisten versucht Leval bezugnehmend auf den deutschen und italienischen Faschismus als verschleiernd darzustellen:

"In dem Mussolini und Hitler die Linksparteien bekämpften, die ihre Hauptgegner waren, scheinen sie den Interessen der besitzenden Klassen zu dienen, was sie auch tatsächlich taten. Dies bedeutet aber nicht, daß sie in ihrem Dienst standen. Es war ein stillschweigendes und von den Umständen abhängendes Bündnis: Zusammentreffen der Interessen, keine ausdrückliche Übereinstimmung und noch weniger gegenseitige Abhängigkeit. Das sachliche Studium zeigt, daß der Kapitalismus und die Bourgeoisie unter Vormundschaft gestellt wurden, daß sie ihre Gewinne durch den Profit des faschistischen und nazistischen Staats eingeschränkt sahen, daß sie so hohe Steuern, wie nie zuvor zahlten, und daß der Staatskapitalismus zum großen Teil auf ihre Kosten lebte, sich nach und nach an ihre Stelle setzend."

Und hier, im Konzept des Totalitarismus und der etatistischen Praxis,die zur "Aufhebung" der verschiedenen sozialen Klassen in eine, die des Untertans führt, trifft sich der Faschismus mit dem Bolschewismus. Zum Schluß möchte ich noch ein Zitat bringen, das meines Erachtens für sich spricht:

"Sowenig, wie allein die Zugehörigkeit zu einer proletarischen Klasse schon der Beweis ist, für eine Haltung oder ein Verhalten, das sich an den Prinzipien einer wahrhaft menschlichen Gesellschaft orientiert, - oder die Zugehörigkeit zu einer bürgerlichen Klasse jedes ihrer Mitglieder dazu verdammt, diesem Ziel entgegenzuarbeiten,- so unsinnig ist auch die Unterscheidung zwischen bürgerlicher und proletarischer Moral. Moralische Werte, wie Wahrheit, Redlichkeit, Mitmenschlichkeit, gegenseitige Achtung und Verantwortungsgefühl können weder von einem System, noch von einer Klasse für sich vereinnahmt werden. Eine Theorie also, die dennoch zur Verweigerung der Ansprüche der "bürgerlichen" Moral aufruft, und dies noch zur revolutionären Tat erklärt, trägt in keiner Weise dazu bei, den Kapitalismus zu überwinden, sondern unterstützt dessen Forderungen. Nichts wäre ihm z.B. gefährlicher, als ein Arbeiter, der seine Arbeit ernst nimmt und sich für deren Resultate verantwortlich fühlt."

Nach der blutigen Unterdrückung der spanischen Revolution, die Leval als großartigen Versuch zur Verwirklichung auch seiner eigenen Vorstellungen einer wirklichen sozialistischen Gesellschaft betrachtete, sah er nach seiner Flucht nach Frankreich nun seine wesentliche Aufgabe darin, die in Spanien durchgeführten Realisationen festzuhalten, bekannt zu machen und weiterzuentwickeln. Leval will "die hartnäckige Einbildung, nach der die wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Gesamtheit von der Regierung und dem Staat organisiert, geregelt und auf einander abgestimmt werden und daß das Verschwinden des letzteren allgemeines Chaos und Lähmung verursachen würde," zerstören. Die wirkungsvollste, aber auch schwierigste, weil anstrengenste Art, den Staat zu zerstören ist, wie Proudhon sagte, die, "nichts von ihm zu verlangen."
Leval macht in seiner Schrift deutlich, daß eine auf Dezentralisierung und Föderalismus basierende Gesellschaft von unten nach oben, nicht zu Chaos und Zusammenbruch führt, sondern zu einer Ordnung, die die des Kapitalismus und des realen Sozialismus nicht nur an wirtschaftlicher Leistung übertrifft, sondern auch durch "eine Ethik, die sie nicht haben, nie haben können."

"Aber es ist keineswegs sicher, daß die wirtschaftliche Umgestaltung automatisch die moralische nach sich zieht... Zahlreiche Revolutionäre haben sich mit den augenblick-

lichen und den zukünftigen Problemen beschäftigt, aber da sie nicht in sich selbst den neuen Menschen ausgebildet haben, sind sie unfähig, sich aus dieser Gesellschaft herauszubegeben."

In diesem Zitat lassen sich die beiden wesentlichen sozialen Voraussetzungen der von Leval angestrebten sozialen Veränderung ablesen. Zum einen, daß keine Form der Organisation, lägen ihr auch die freiheitlichsten Prinzipien zugrunde, für sich schon die Kraft zur grundlegenden Veränderung hat, d.h. nicht nur die Art der Ausbeutung und Unterdrückung ändert. Entscheidend dafür, ob die gewählte Form des menschlichen Zusammenlebens zur Verwirklichung der Ideale führt, an denen sich der Sozialismus messen muß, ist zuallererst der Geist und die Haltung des Menschen. Dieser Geist und diese Haltung können nicht Resultat eines Mechanismus sein, sondern sie müssen schon jetzt, und zwar in der konstruktiven Auseinandersetzung mit den bestehenden Verhältnissen innerhalb der Gesellschaft erarbeitet werden und die Form dieser Auseinandersetzung bestimmen! (...)

Gaston Leval starb, 82jährig, 1978 in Paris, wo er zusammen mit Marguerite Liegeois lange die Zeitschrift "La civilisation libertaire" herausgegeben hatte.

KURZMITTEILUNGEN

In Dorsten gibt es nicht viele Anarchisten und nicht nur deswegen fände ich eine engere Verbindung unter uns gut (nicht organisatorisch, sondern in erster Linie menschlich). Da dachte ich, es wäre möglich über den SF für mehr Kontaktmöglichkeiten zu sorgen. Adressen von Leuten, die daran interessiert sind zu veröffentlichen oder weiterzugeben (über uns an Abonennten in eurer Nähe, könnten wir machen, wer daran Interesse hat, soll es einfach mitteilen, SF-Red.), ist wahrscheinlich nicht der neuste Clou, aber was Besseres fällt mir im Moment nicht ein.
Udo Frerichmann, Freiherr vom Stein-Str.3, 4270 Dorsten-21



KNAST
"Mir ist durch die Inhaftierung jegliche Verbindung zur Außenwelt verloren gegangen." Reinhard Rentfleiß wünscht sich Zuschriften von Menschen, die "keine Angst vor dem Denken haben." seine "Adresse": JVA, Äußere Passauerstr.90, 8440 Straubing

KNASTARCHITEKTUR - Der längere SF-Artikel von Winfried Reebs kann - überarbeitet und erweitert - als Broschüre bestellt werden. Im Preis (4,50DM) ist 1.-DM Solidaritätsspende für eingeknastete Berliner Hausbesetzer enthalten. TROTZDEM-VERLAG, Obere Weibermarktstr. 7410 Reutlingen

INFOs, ANFRAGEN, VORSCHLÄGE...
================================

GEGENLICHT-FILMVERLEIH:

Am 22.9.81 wurde im Verlauf eines Poizeiangriffs auf eine Demonstration in Westberlin der 18jährige Klaus Jürgen Rattay getötet.

An diesem Tag hatte der Westberliner Innensenator Lummer 8 besetzte Häuser polizeilich räumen lassen; gegen Mittag hielt er in einem eben geräumten Haus, in der Bülowstr.89, eine Pressekonferenz ab. Die sich vor dem Haus versammelnde Protestkundgebung wurde von der Polizei aufgelöst, die Teilnehmer auf eine stark befahrene Kreuzung gedrängt und in den fließenden Verkehr hineingetrieben. Klaus Jürgen Rattay geriet unter das Vorderrad eines Linienbusses.

Zu diesen Ereignissen gibt es einen Film, der versucht, angesichts der widersprüchlichen Presseverlautbarungen eine Gegendarstellung zu sein. Der Film ist für 10.-DM auszuleihen bei: GEGENLICHT, Taborstr.22, 1000 Berlin 36

===========================

DFG/VK Berlin

Welche Kriegsdienstverweigerer und Wehrpflichtige wollen und können über ihre Erfahrungen im EXIL Berlin/Ausland berichten? Wir möchten alle Informationen zu diesem Thema sammeln und in einer Broschüre veröffentlichen. Wir brauchen: persönliche Einschätzungen - und zwar bald. Wenn es sein muß, auch anonym.
Kontakt: DFG/VK, Jochen Lange, Pacelliallee 61 1000 Berlin 33

===========================



"MANCHE HABEN'S MÜHSAM" - heißt eine biographische Revue in acht Szenen über den "verbrannten" Dichter und Anarchisten Erich Mühsam. Sie wird von Klaus Haag, Rosa Neugebauer und Matthias Ohler aufgeführt. Wer sich für Termine oder Textbücher und Plakate interessiert, wende sich an: Klaus Haag, Altlußheimerstr.49, 6831 Neulußheim

===========================

INTERNATIONALE KASERNENBLOCKADE in Großengstingen !?!
Die Vorstellung geht von 1000 Menschen aus, die die Eberhard-Finkh-Kaserne mehrere Tage lang blockieren sollen. Näheres zu dieser Idee die im Rahmen des 7. Internationalen Marsches für Entmilitarisierung realisiert werden soll, erfährt mann/frau bei: Jochen Buck, Wurmlingerstr.12, 7407 Rottenburg-Wendelsheim.

============================

FOLKEBLADET

Zeitung der anarchistischen Föderation Norwegens (ANORG) hat eine neue Redaktionsanschrift: Postboks 117 , Ankertorget, Oslo 1

============================

Redaktion "LIBERTE"
Postfach 86
A 1o33 Wien



CNT - RUNDREISE

von Wolfgang Haug und Friederike Kamann

"BIS NÄCHSTE WOCHE, FALLS DIE MILITÄRS NICHT VORHER PUTSCHEN"
- Madrider Verabschiedung 1981

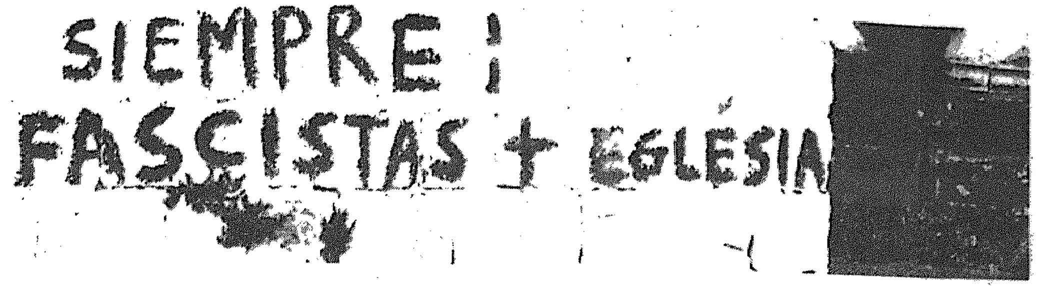
Auf Einladung der Initiative FAU bereisten vom 7.-16.11. die beiden Delegierten der spanischen anarchosyndikalistischen CNT Luis Andres Edo und Antonio Ribao die BRD. In der Tübinger Thiepval-Kaserne (jetzt Wohnheim und Asylantenlager) einigten sich die Interesssierten auf direkte Fragen anstelle eines Vortrags.
Als Einleitung erklärten die Spanier von sich aus, daß die CNT einen 2. Putschversuch der Militärs befürchtet.



Luis A. Edo (CNT).

Zwei Wochen später, nach dem 22.11.81, an dem 250 000 spanische Faschisten zu Ehren Francos und für die Freilassung Tejeros (er führte den Sturm auf das Parlament am 23.2.) auf die Straße gingen, fanden sich plötzlich auch in der deutschen Presse Putschgerüchte: "Von den sieben Personen, die die Gedächtnisfeier präsidierten, waren mindestens vier in den Putschversuch vom 23.2. direkt verwickelt: Blas Pinar, Raimundo Fernández Cuesta, José Utrera Molina und José Antonio Girón. Diese vier waren außerdem auch im Kollektiv "ALMENDROS" (Mandelbäume), das in Aufrufen in der rechtsextremen Tageszeitung "El Alcázar" die Militärs mehrfach und immer offener zur Intervention aufgerufen hatte. Und diese vier waren auch als Mitglieder der "Patriotischen Junta" vorgesehen, die... nach einem gelungenen Putsch hätte das Land anführen sollen." (Mario Vila, taz 24.11.)
Auch für die Stuttgarter Nachrichten vom gleichen Tag war die zuvor nie erwähnte Lage, fast eine Selbstverständlichkeit: "In Spanien und Portugal arbeiten Faschisten am gewaltsamen Umsturz. Von rechtsradikalen Kräften angezettelte Gerichtsverfahren gegen Sozialisten, Rückschritte in der Pressefreiheit, subversive Umtriebe von Militärs und ihren zivilen Hintermännern, offene Umsturzpropaganda sind an der Tagesordnung." (Hermann Deml) Sie berichten weiter, daß das Staatsfernsehen inzwischen von dem Faschisten Luis Lopes-Ballesteros geleitet wird, und daß vermutlich 60% des spanischen Machtapparats von Faschisten kontrolliert wird (bei einem Wahlanteil von ca. 2%).

Die CNT sieht als konkretes Ziel für einen Putsch, die Verhinderung der nächsten Wahlen 1983. Die regierende rechtskonservative UCD ist zerstritten; Verteidigungsminister Oliart tappt über die konkreten Vorgänge im Militär im Dunkeln; ein Wahlsieg der Sozialdemokraten (PSOE) unter Felipe Gonzáles erscheint möglich. Es ist zwar anzuzweifeln, ob die PSOE fähig wäre, sofort eine umfassende Umbesetzung in Armee, Polizei und Verwaltung durchzuführen, aber allein die Möglichkeit auf dem Misthaufen der Geschichte zu landen, dürfte die Faschisten zu einem Putsch vor 83 motivieren. Vielleicht sogar vor der Fußball-WM? - Dann hätte die Welt die Chance a la Argentinien gleich die Militärdiktatur mitzufeiern. Auch Spaniens Beitritt zur NATO wäre keinerlei Hindernis. - die CNT erwartet einen Putschversuch nach "türkischer Manier", d.h. einen "unblutigen" Putsch, der erst im Nachhinein seine volle Repression entfaltet. Daß dabei besonders die ca. 1000 politischen Gefangenen betroffen sein werden, wußte Edo, der im Februar selbst im Knast saß, aus eigener Erfahrung zu berichten.
Die Vertreter der außerparlamentarischen Linken bereiten sich auf die Jllegalität vor; die parlamentarische Linke versucht sich über die Gesetze abzusichern. Darunter allerdings auch Gesetze, die ihre eigenen Aktionskreise erheblich behindern.



GEWERKSCHAFTSPOLITIK DER CNT

Die wirtschaftliche Krise nach den Ölpreiserhöhungen, das Zurückgehen der Einnahmen aus dem Tourismus und der Emigrantenarbeiter sollte durch den EG-Beitritt aufgefangen werden. Dazu wurden und werden entsprechende (angleichende) Gesetze verabschiedet. Zu diesen vorbereitenden Maßnahmen zählte auch der 'Sozialpakt' (Pakt von Moncloa), der mit PSOE-UGT-Unterstützung und PCE-CCOO-Billigung zustande kam. An die Gewerkschaften UGT und CCOO gingen 2 400 Millionen Peseten für das Akzeptieren dieses Pakts. Im "Arbeiterstatut" dieser Vereinbarung wurde ua. festgelegt, daß Unternehmen jederzeit Arbeiter entlassen können, d.h. daß kein Kündigungsschutz existiert. Diesen Absicherungen für die Industrie stehen heute nach offiziellen Angaben 1,7 Millionen Arbeitslose (von 8-9 Millionen Arbeitern und -innen) gegenüber. Der Pakt regelt auch die Tarifverhandlungen, Betriebsratswahlen etc. - sein Ergebnis: 8-9% Lohnerhöhungen kontrastieren mit 15% Preissteigerungen. Linksradikale und anarchistische Organisationen boykottieren diese Betriebsratswahlen. Dies, deren mangelnder politischer Einfluß und dadurch entstandenes Desinteresse führten zu einer Wahlbeteiligung von 25%! Die CNT versucht als Alternative ein System von Betriebsversammlungen mit abrufbaren Delegierten zu schaffen; dies vor allem deshalb, weil die heutigen Delegierten über den Sozialpakt zur Schweigepflicht über Unternehmensinteressen "gezwungen" werden, was ihnen als einzigen Arbeitern den Kündigungsschutz eingebracht hat. Im Konfliktfall strebt die CNT direkte Verhandlungen des Unternehmens mit der Arbeitervollversammlung an. Dieses Konzept konnte die CNT bisher lediglich bei den Hafenarbeitern Kataloniens verwirklichen; überall sonst dominiert der Einfluß von UGT und CCOO.



ANDALUSISCHE LANDBESETZUNGEN 1981

Konkrete Ursache für den kurz zurückliegenden Landarbeiterkampf in Andalusien war der Hunger und die Arbeitslosigkeit. Nur so erklärt sich der breite Widerstand, obwohl nur ca. 15% der Landarbeiter politisch organisiert sind. Fast alle sind Saisonarbeiter; - auf dieser Basis hat sich in Spanien wieder das Tagelöhnerprinzip eingeschlichen. Der Großgrundbesitzer läßt antreten und wählt aus. Bevorzugt wird neben Kraft, Wohlverhalten etc. auch, ob der jeweilige Arbeiter motorisiert ist und selbst zur Arbeitsstelle kommen kann oder nicht. Zudem bleibt wieder ein Großteil des Landes ungenutzt, - dieses Land wurde symbolisch besetzt (die CNT propagierte, es wirklich zu besetzen). In Rathäusern kam es zu Hungerstreiks und im Verlauf der Auseinandersetzungen gingen mehrere Ernten der Großgrundbesitzer in Flammen auf. Die Beteiligung erreichte solche Ausmaße, daß oft ganze Dörfer in den Versammlungen anwesend waren; - trotzdem "übersah" die spanische und in ihrem Gefolge die internationale Presse die Ereignisse nahezu vollständig.



zur Veranschaulichung: Bereits 1978 berichtete Werner Herzog in der Frankfurter Rundschau, Nr.152:
"Das expolsivste Gebiet ist Andalusien. In der Industrie und den Dienstleistungsbetrieben sind es 140 000, in der Landwirtschaft 110 000 Arbeiter, die auf irgendeine Beschäftigung und manchmal vergeblich - auf Arbeitslosenunterstützung warten. (...) In großen blendendweißen Dörfern wie etwa Carmona, Utrera und Manchena stehen besitzlose Landarbeiter vor der Gemeindeverwaltung und warten auf ein Wunder. Für 30% aller Landarbeiter in Andalusien gibt es nichts zu tun. (...) Die Zuckerrüben; die Getreide-und die Sonnenblumenernte, alles wird heute von hochrationellen Maschinen mühelos geschafft. (...) Die Grundbesitzer sehen auch nicht ein, warum sie zusätzliche Arbeit schaffen sollen, etwa durch Bereitstellung von brachem Land oder durch Bewässerung von neuen Zonen. Das bringt nur Probleme mit den Gewerkschaften und den Löhnen. (...) Die Landarbeiter bekommen noch keine Arbeitslosenunterstützung, wie die Industrieangestellten, von denen wenigstens etwa 40% jeweils rund 250.-DM im Monat abholen können. Die Landarbeiter ("Jornaleros") sind unterprivilegiert..."

REGIONALISIERUNG CONTRA AUTONOMIE

Aufgrund eigener Autonomie-Vorstellungen lehnt die CNT das Programm der Regionalisierungen (Basken, Katalanen, Galizier etc.) ab. Die CNT strebt nach autonomen Kommunen, die sich in Konföderationen zusammenschließen. Dieses Konzept begreift sie international, staatenübergreifend und von unten nach oben. Den heutigen regionalistischen Konzepten unterstellt sie als Endziel den KLEINSTAAT. also die bloße Schaffung von "Grenzen in Grenzen". Nach Meinung der CNT ist diese Bewegung zutiefst bürgerlich, auch in ihrer katalanischen oder baskischen Form. Daß heute Linke und Ökologen die Regionalismusbewegung mitbeeinflußen, ändert am abzulehnenden Ziel "Kleinstaat" noch nichts.

(Anm.d.Red.:Obwohl wir mit der Autonomiekonzeption der CNT übereinstimmen, ist uns die Ablehnung des Regionalismus mit dem "Staatsargument" zu glatt und zu kurz; Gegenpositionen als Diskussionsbeitrag wären willkommen...)



ZUR KRISE DER CNT

Nach Francos Abgang 1975 wurden Treffen der CNT massenhaft besucht; 1977 waren alle bürgerlichen Medien über die Wiedergeburt bös erschrocken, eine Titelgeschichte jagte die andere. Aussteigergruppen, Minderheiten scharten sich um die CNT und Spanien schien seinen Nachholbedarf auszuleben. Mit den Wahlen der große Bruch - Gleichgültigkeit und Desinteresse führten zu Mitgliederverlusten aller linken Organisationen. Die CNT hatte gerade begonnen sich als "Arbeiterorganisation" zu reorganisieren und sich erneut mit den Grundsätzen der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA) auseinanderzusetzen. Durch die neuen Bewegungen kam es zur Umorientierung und zu Konflikten. Es bildeten sich Fraktionen und Machtintrigen heraus. Integration oder Ausschluß der neuen Gruppen? Zurückgehender Einfluß von betimmten traditionellen Interessengruppen zugunsten neuer?

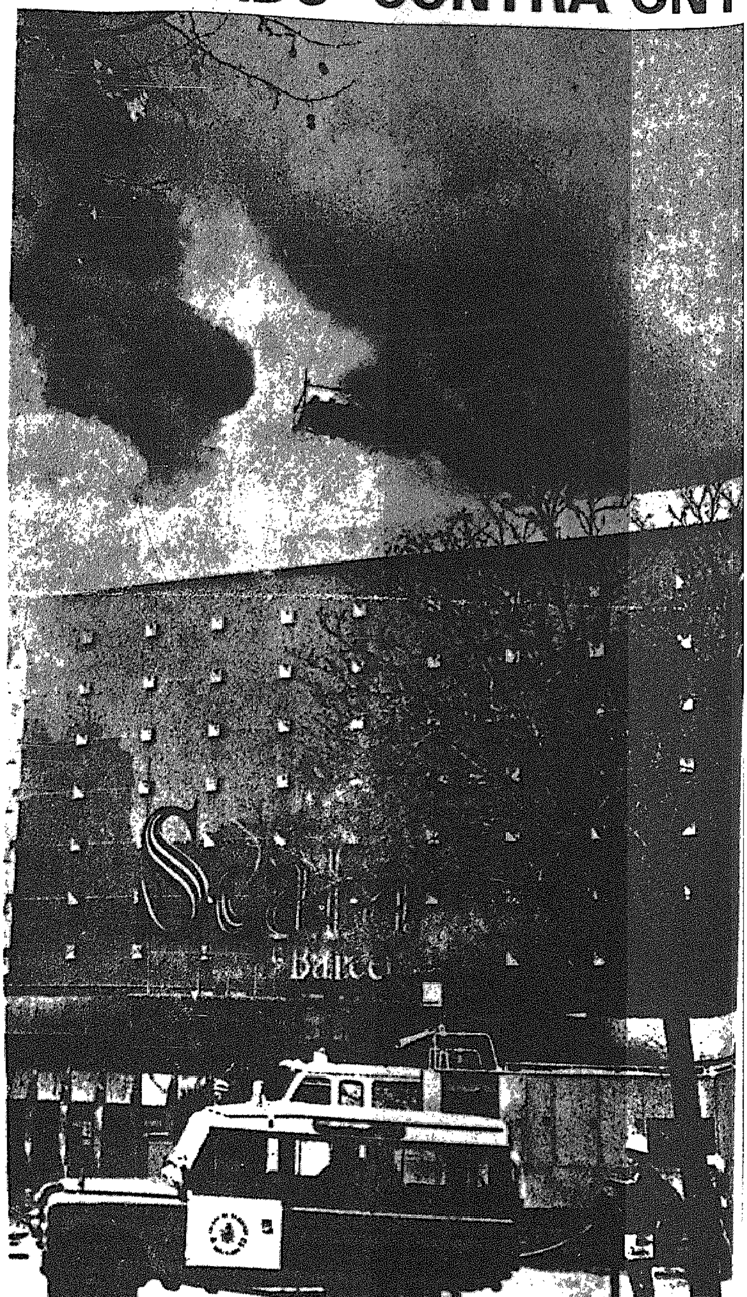
Dieser Prozeß ist, -trotz bereits erfolgter Abspaltungen (reiner Syndikalisten) und Austritten (reiner Minderheitenvertreter) noch nicht zu Ende. Während der eine Teil für die gemeinsame Arbeit aller argumentiert; befürchtet der andere, daß über die Aufnahme unterschiedlicher Gruppen die politische Orientierung und Überzeugungskraft verloren gehe. Weitere Abspaltungen ergaben sich auch an konkreten Fragen wie der Beteiligung an den Betriebsratswahlen.

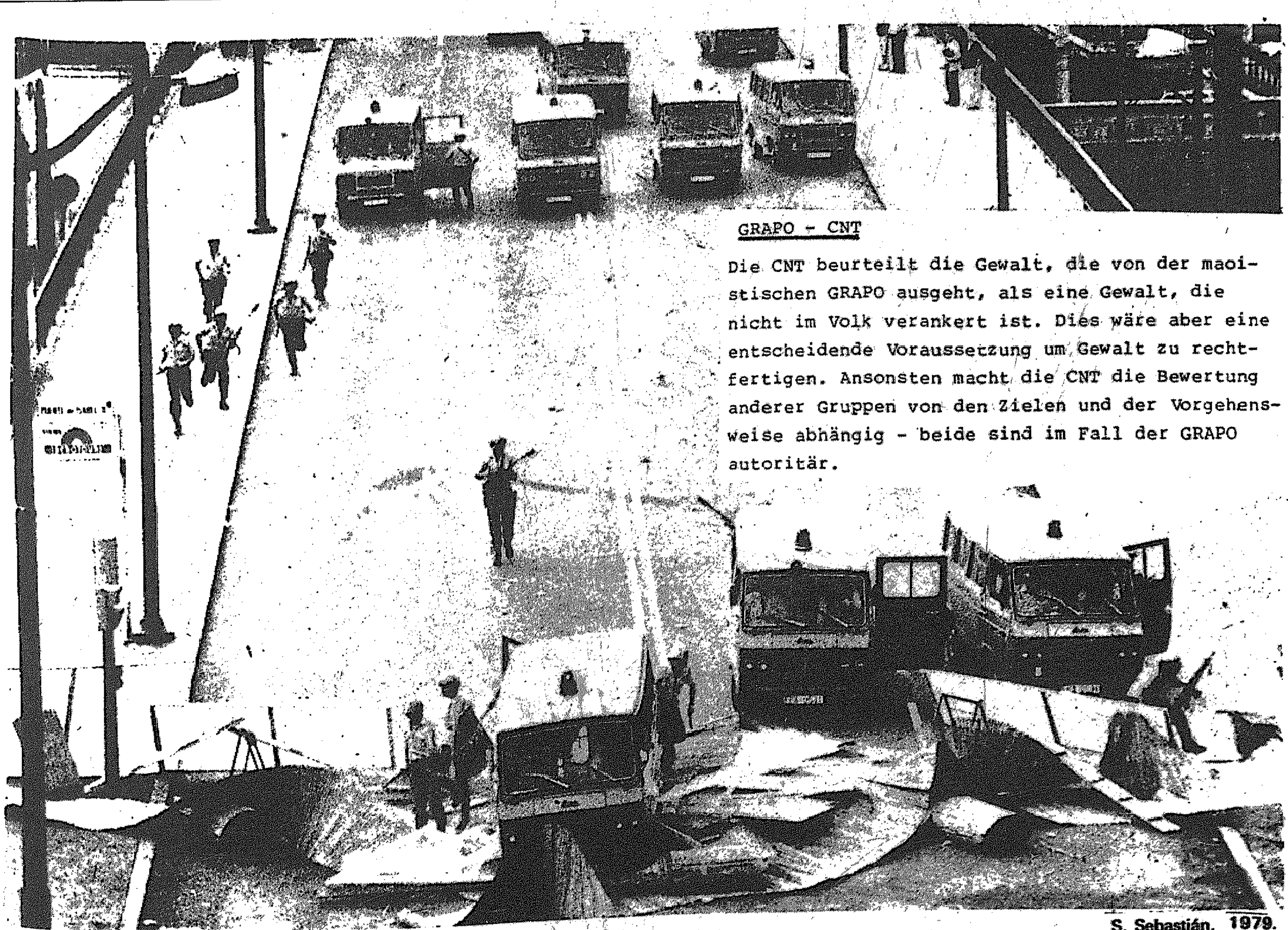
NATO-BEITRITT SPANIENS

Die CNT lehnt den Beitritt zur NATO ab und hat sich auch an den Demonstrationen beteiligt. Allerdings kommt es kaum zur Zusammenarbeit mit der übrigen Linken, weil diese das spanische Militär nicht in Frage stellt, die CNT die Kampagne auch zur Abschaffung der Armee benutzen will. Kleinere Aktionen, wie beim "Tag des Heeres" das Tragen von Kriegsdienstverweigererbuttons führten zu Verhaftungen.

(Anm.d.V.:Frage hier, ob eine zu grundsätzliche Forderung die Anarchisten nicht völlig ins Abseits drängt?)

SCALA:
ATENTADO CONTRA CNT





GRAPO - CNT

Die CNT beurteilt die Gewalt, die von der maoistischen GRAPO ausgeht, als eine Gewalt, die nicht im Volk verankert ist. Dies wäre aber eine entscheidende Voraussetzung um Gewalt zu rechtfertigen. Ansonsten macht die CNT die Bewertung anderer Gruppen von den Zielen und der Vorgehensweise abhängig - beide sind im Fall der GRAPO autoritär.

S. Sebastián, 1979.

ETA - CNT

Die ETA stellt nach Ansicht der CNT eine Verkörperung einer Volksbewegung dar, ihre Gewaltanwendung hält die CNT für begründet, die politischen Ziele der ETA lehnt die CNT allerdings ab. Die ETA ist eine hierarchisch-organisierte Gruppe, die sich als Avantgarde über das Volk begreift und ein neues wiederum autoritäres System in Staatsform einführen würde. Die 2.Linie der ETA orientiert sich jedoch zunehmend um auf autonome Gruppen; diese Lernprozeße machen sie für die CNT interessant. Die grundsätzliche Ablehnung der ETA-Zielsetzung bedeutet nicht, sie im Knast ohne Solidarität zu lassen. In den öffentlichen Debatten gegen die ETA, an denen sich alle Linken beteiligten, verteidigte die CNT als einzige die individuelle Gewalt der ETA als Antwort auf die systematische Gewalt des Staates.

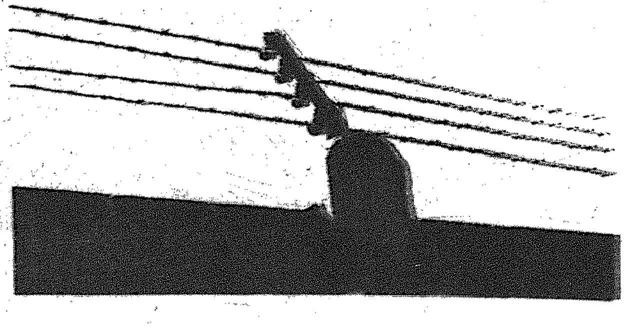
KNAST

Beim Hungerstreik im Knast kam es zu heftigen politischen Auseinandersetzungen zwischen CNT und ETA, wobei man sich aber trotzdem "gut" verstehe. Die "Counterschweinvorwürfe sind also weniger gefragt.

In Spanien gibt es zur Zeit 22 000 Gefangene, davon sind zwischen 800 und 1000 politische Gefangene. (Bis auf eine Handvoll Putschisten alles Linke!) Die Zust ände lassen sich hier nicht darstellen, als Beispiel: man kann ohne weiteres 10 Tage festgehalten werden - oder: pro Woche bringen sich im Durchschnitt 1,5 Gefangene selbst um.

Der Hungerstreik begann für die Amnestie politischer Gefangener (ETA-Zusatz: Verlegung ins Baskenland) und für die Wiedereinführung der Begnadigung, für die Abschaffung der Züchtigungszelle und die Überarbeitung des Strafgesetzbuches von 1874.

Dieser Hungerstreik wurde von 7000 Gefangenen mitgetragen, was der CNT-Position - keine Trennung zwischen politischen und sozialen Gefangenen - recht gibt. Bei aller Forderung nach "Modernisierung" des Strafvollzugs bleibt natürlich die Bedrohung durch "moderne" Bunkerhaftanstalten, Fernsehüberwachung, elektronische Kontrolle im Blickfeld. Zu dieser Art der "Germanisierung" paßt, daß Teile der spanischen Justiz in der BRD ausgebildet werden.



Fortsetzung von S. 16

KEINE STARTBAHN WEST UND NACHTFLUGVERBOT VON 22 BIS 6 UHR

Zurück zu den Ereignissen um die Verhinderung des Startbahnbaues: im Februar 1981 führte die hessische Landesregierung ein Landtagshearing zum Startbahnbau durch, um die schwindende politische Legitimation ihrer Handlungen in der Öffentlichkeit zu verschleiern. Das Hearing war nichts weiter als eine Farce. Schon vor dem Beginn hatte Wirtschaftsminister Karry erklärt: die Startbahn werde gebaut, egal wie das Ergebnis des Hearings aussehen werde!
Trotzdem nahm ein Vertreter der BI daran teil. Dies wurde damit begründet, daß ein Boykott in der Öffentlichkeit nicht zu vermitteln gewesen wäre. Das Hearing bot aber auch Anlaß für zwei große Demonstrationen in Wiesbaden. Während einer dieser Demonstrationen gelang es den schwerbewachten Landtag mit einer LKW-Ladung Bäume einzudecken.

Im Allgemeinen aber waren die Monate von Dezember 1980 bis September 1981 eher von politischen Aktivitäten geprägt, als von direkten Aktionen der Startbahngegner.
Da waren zunächst die hessischen Kommunal - Wahlen im Frühjahr, die im Zeichen des Durchbruchs der grünen Partei und der grünen Listen standen. Die Grüne Liste erhielt in Mörfelden-Walldorf 25% der Stimmen. Im Kreistag von Groß-Gerau erhielten die Grünen 12% der Mandate. Ähnliche Erfolge konnten sie in Frankfurt, Offenbach, Marburg, Kassel und zahlreichen anderen hessischen Gemeinden erzielen. In Wiesbaden gelang der Wiesbadener Liste (WiLi) ein derartiger Durchbruch nicht, da ihr mögliches Wählerpotential antiparlamentarisch eingestellt ist und die Wahlen weitgehend boykottierte.
Für die Mehrzahl der Startbahngegner aber demonstrierten diese Wahlen, daß sie nicht grundsätzlich diese "Demokratie", sprich die "repräsentative Demokratie" zu Grabe tragen wollten, sondern lediglich einige ihrer Repräsentanten der drei etablierten

UNSER WIDERSTANDS - KONZEPT

BÜRGERINITIATIVE GEGEN DIE FLUGHAFENERWEITERUNG RHEIN-MAIN

"Wir sind die Bürger des Rhein-Main-Gebietes, die den Bau der Startbahn West verhindern wollen, und die sich zu diesem Zwecke in örtlichen Bürgerinitiativen zusammengeschlossen haben. Wir versuchen durch zentrale Treffs, (...), die Meinungen aller am Widerstand beteiligten Personen zu sammeln, um daraus ein Konzept des Widerstandes zu entwickeln, das ein geschlossenes Handeln ermöglicht.
Wer die Breite des Widerstandes kennt, wird sich nicht wundern, daß dies ein schwieriges Unterfangen ist.
Das reicht von denen, die glauben, sie können mit einer Hand voll Leuten, wenn sie nur militant genug auftreten, die Startbahn und den Apparat, der sie vertritt, zu Fall bringen.
Das reicht bis zu denen, die meinen, mit ihren guten Argumenten könnten sie die Umweltzerstörer zurückhalten.
(...)
Unsere Stärke ist gerade, daß sich Menschen unterschiedlichster Weltanschauung und unterschiedlicher Lebensformen zusammengefunden haben zur Erreichung eines ganz konkreten Zieles.

EIN GRUNDLEGENDER KONSENS DER STARTBAHNGEGNER IST NOTWENDIG

Zur Erreichung dieses Zieles ist allerdings ein Konsens in ein paar ganz grundlegenden Fragen erforderlich. Ohne diesen werden wir uns gegenseitig lahmlegen und nichts wünschen sich unsere Gegner mehr. Dieser Konsens, (...), hat folgenden Inhalt:

1.
Ein Erfolg gegen die Startbahn West und damit ein Schlag gegen die Umweltzerstörende Politik der Landesregierung.
Er ist möglich, wenn es gelingt, die Mehrheit der Bevölkerung in dieser Region in unsere Aktivitäten einzubeziehen.
(...)
Ein Erfolg gegen die Startbahn West wird uns nicht beschieden sein und die Folge für weitere Umweltzerstörungen ist nicht abzusehen, wenn wir glauben, wir könnten auf die Mehrheit pfeifen und in einigen Scharmützeln der Landesregierung und ihrem Apparat militärische Niederlagen beibringen, und dies ohne Rückhalt in der Bevölkerung. Oder wenn wir glauben Methoden anwenden zu müssen, die diesen Rückhalt und die Bereitschaft mit hinauszugehen schwächen und gefährden.
Jeder muß sich fragen: ist sein Handeln geeignet, andere zum Widerstand zu ermuntern und zu befähigen, oder ist er geeignet andere zu gefährden, abzuschrekken und sich selbst zu isolieren.
(...)
Einen Brandsatz werfen und zu verschwinden ist leicht, 50 Leute dazu befähigen einer Polizeikette standzuhalten ist schwieriger, der politische Nutzen aber ein ganz anderer. Die Erfahrung der 50 wird sich multiplizieren, Abenteuerertum wird uns auseinanderdividieren. Nur durch dieses Multiplizieren, durch das Anwachsen des Widerstandes, während eines langen Kampfes um unseren Wald, werden wir politisch gewinnen, anders nicht.

2.
(...)
Jetzt, wo die Auseinandersetzung sich zuspitzt, wo für einige die berufliche Existenz, die politische Karriere auf dem Spiel stehen, wo die Gegenseite keine Gelegenheit ausläßt, einzelne Personen und Teile unserer Bewegung zu kriminalisieren und zu dif-

Fortsetzung nächste Seite

Parteien.
Gegenüber diesem, die direkte Demokratie negierenden Legalismus, waren und sind die Libertären zahlenmäßig in der Minderheit und politisch in der Defensive. Da die Voraussetzungen für eine politische Gegenpropaganda fehlen, bestehen zunächst nur zwei Möglichkeiten der indirekten Einflußnahme. Sie bestehen einmal darin die Ansätze direkter Demokratie in der BI - Struktur selbst zu fördern um über die direkte Erfahrung mit dieser Art von Demokratie auf ihre allgemein politische Notwendigkeit aufmerksam zu machen. Zum anderen, um über den poltischen und militanten Widerstand die Illusionen über das herrschende System Punkt für Punkt aufzubrechen.

Es könnte nun den Anschein erwecken daß die Bestrebungen den Startbahnbau per Volksbegehren und Volksentscheid zu stoppen, für die Mehrheit der BI-Mitglieder und der Sympathisanten einen Schritt hin zur direkten Demokratie bedeutet. - Ist dem so ?

In ihrem Artikel 116 sieht die hessische Landesverfassung aus dem Jahre 1946, Volksentscheide zur Verabschiedung von Gesetzen vor. Eingeleitet wird das Verfahren zur Durchführung eines Volksentscheides mit einem Volksbegehren. Das Volksbegehren ist ein Verfahren dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Verabschiedung vorzulegen. Lehnt der Landtag der Entwurf ab, kann ein Volksentscheid stattfinden, bei dem alle Wahlberechtigten Hessens dem Entwurf direkt Gesetzeskraft verleihen, oder dies auch ablehnen können.

Alle Wahlberechtigten, aber nicht immer selbst Betroffenen in ganz Hessen, können also für die unmittelbar Betroffenen im Rhein-Main-Gebiet, die aber nicht alle wahlberechtigt sind "demokratisch entscheiden, ob die häßliche Betonpiste gebaut wird oder nicht.

Mit direkter Demokratie hat das aber wenig zu tun, da diese Art von Demokratie immer unmittelbare Selbstbestimmung der direkt betroffenen Menschen meint. Welches Recht hat z.B. ein Kasseler darüber zu entscheiden, ob diese Startbahn das Leben der Menschen im Rhein-Main-Gebiet wesentlich stört oder nicht ?

Fortsetzung von Vorseite

famieren, wachsen Ängstlichkeit, Wankelmut und Versöhnungswille. Wir müssen darauf vorbereitet sein, daß dieses zunimmt. Es wird Gerüchte, Distanzierungen und Verleumdungen geben. Randerscheinungen unseres Widerstandes werden zum wesentlichen Inhalt.
Vorschläge werden kommen, die Auseinandersetzung irgendwo zu suchen, nur nicht im Wald oder an der Baustelle (...).
Die einen brauchen einen Grund, sich rechtzeitig absetzen zu können und andere meinen, es müßte doch auch ohne Konfrontationen gehen, es müßte eine Geste des Widerstandes den Widerstand ersetzen.
Wir lassen uns aber auch von dieser Seite nicht das Handeln diktieren.



WIR GEHEN AN DEN PLATZ, WO WIR AM MEISTEN STÖREN

(...)
Wir bekunden unsere Meinung und demonstrieren unsere Kraft nicht irgendwo, wo dies vielleicht besonders leicht ist oder von Staatswegen gerade noch erlaubt wurde.
Wir gehen auf den Platz, wo wir am meisten stören, wo die Betreiber ihr Vernichtungswerk mit Sägen, Bulldozern und Betonmischern beginnen wollen, wo es einem Eigentümer von Boden und Natur erlaubt ist, diese zu zerstören. Dies Gesetz, das dies erlaubt, ist ein menschenfeindliches Gesetz, ein Gesetz, das wir nicht akzeptieren und das wir verletzen.
Wir bleiben solange am Platz, wie es uns irgend möglich ist.
Dazu ist notwendig, daß wir uns schützen. Diesen Schutz will uns die Gegenseite madig machen, in dem sie von "Bewaffnung" und "Vermummung" spricht. Diese Worte sollen uns isolieren.
Der Schutz und damit die Dauerhaftigkeit unseres Widerstandes hat zwei Seiten. Den gemeinsamen Schutz bzw. Zusammenhalt, der aus einem Seil bestehen kann, aus einem Graben, bis hin zu Barrikaden aus Stämmen. Wir wollen uns nicht abhalten lassen, uns diesen Schutz zu schaffen, wir werden also das dabei haben, was uns befähigt, diesen Schutz herzustellen.

Die andere Seite ist der Schutz unserer Gesundheit. Wer weiß, wie brutal die Gegenseite Chemikalien einsetzt, der stört sich nicht an einer Schutzbrille oder einem Tuch vor dem Mund, der ist vielleicht auch froh, wenn sein Nachbar die Wasserflasche dabei hat, mit der er sich die Augen spülen lassen kann.
Der eine oder andere hat schon Bekanntschaft mit Knüppelhelden gemacht und setzt sich deshalb einen Helm auf.
Für andere ist dies vielleicht Ausdruck dessen, was ich vorhin als militantes Abenteuerertum bezeichnet habe. Laßt Euch durch solche Erscheinungen nicht auseinanderdividieren.
Nichts wäre denen willkommener.
(...)
(Aus: Umwelt Express, Walldorf, September 1981)

Die Entscheidung die Startbahn 18 West zu bauen oder nicht zu bauen, kann nach basisdemokratischen Grundsätzen nur ein Akt regionaler Selbstbestimmung sein Hinzu kommt, daß die Bestrebunge für ein Volksbegehren etwas anderes erfordern, als die basisdemokratischen Versucne einer Bürgerinitiative. Sie verlangen vielmehr einen Kopf politischer und juristischer Spezialisten. Dann erfordert sie eine Organisation von Verbänden, die geeignet ist durch ihre fachliche und politische Kompetenz, die Werbekampagnen für dieses Unternehmen auf die Beine zu stellen. Schließlich benötigt dieses Unterfangen die Masse de Engagierten, bei denen oft nich klar ist, in wie weit sie sich selbst engagieren, bzw, in wie weit sie engagiert werden. Sie bilden das Fußvolk, das die Kleinarbeit vor Ort im Rahmen der 'oben' ausgetüftelten Kampagnen erledigt.

Genau diese hierarchisierende Arbeitsteilung findet sich bei der im Mai 1981 gegründeten "Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren":

- da sind die politisch-juristischen Theoretiker, allen voran der Frankfurter Magistratsdirektor und Amtsjurist Alexander Schubart;

- weiterhin die Verbände, die die "Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren" bilden:

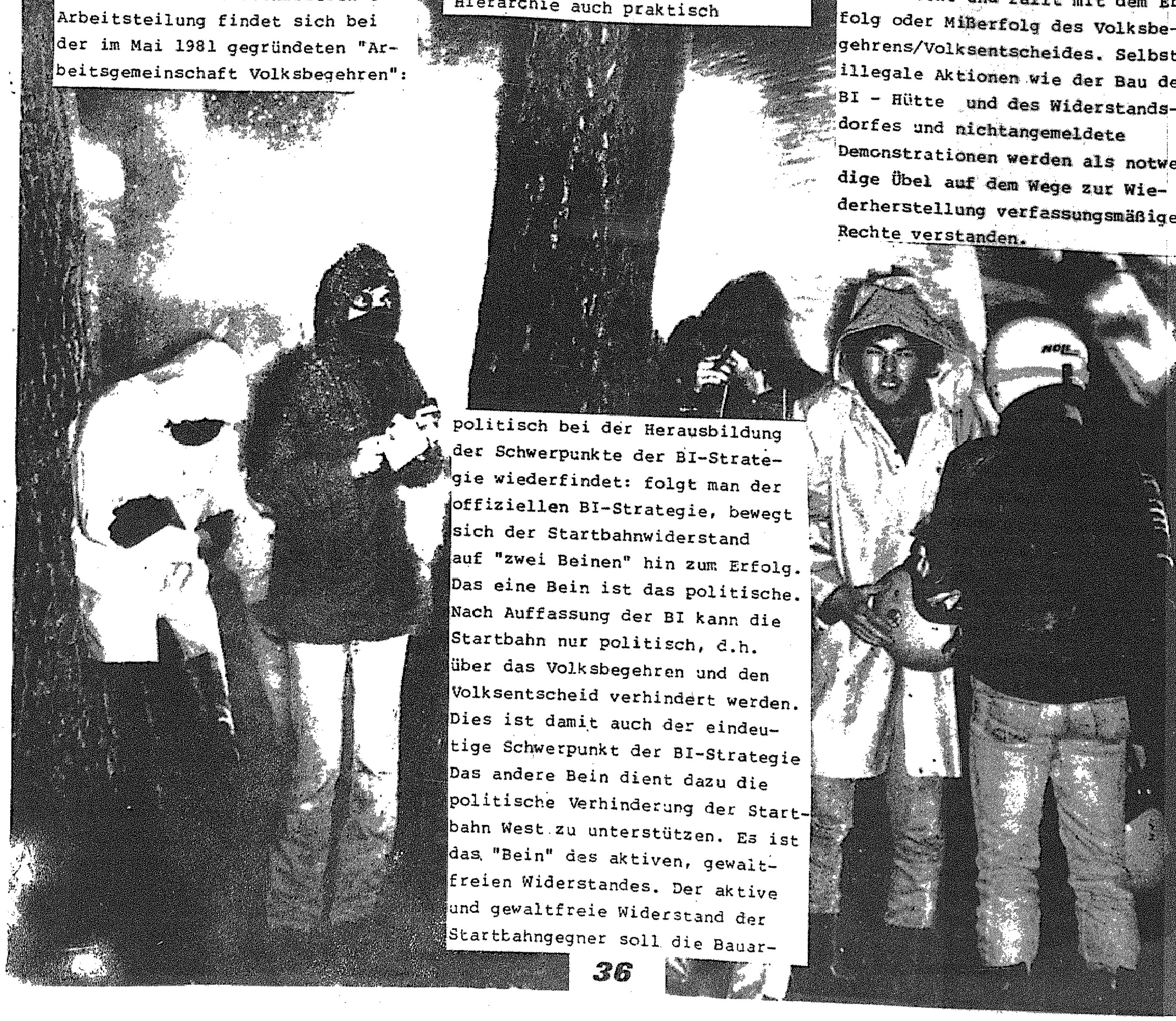
1. Gemeinnütziger Verein zur Förderung des Volksbegehrens e.V.
2. Deutscher Bund für Vogelschutz Landesverband Hessen
3. Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz
4. Bund für Umwelt und Naturschutz
5. Bundesverband der Bürgerinitiative Umweltschutz e.V.
6. Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein/Main

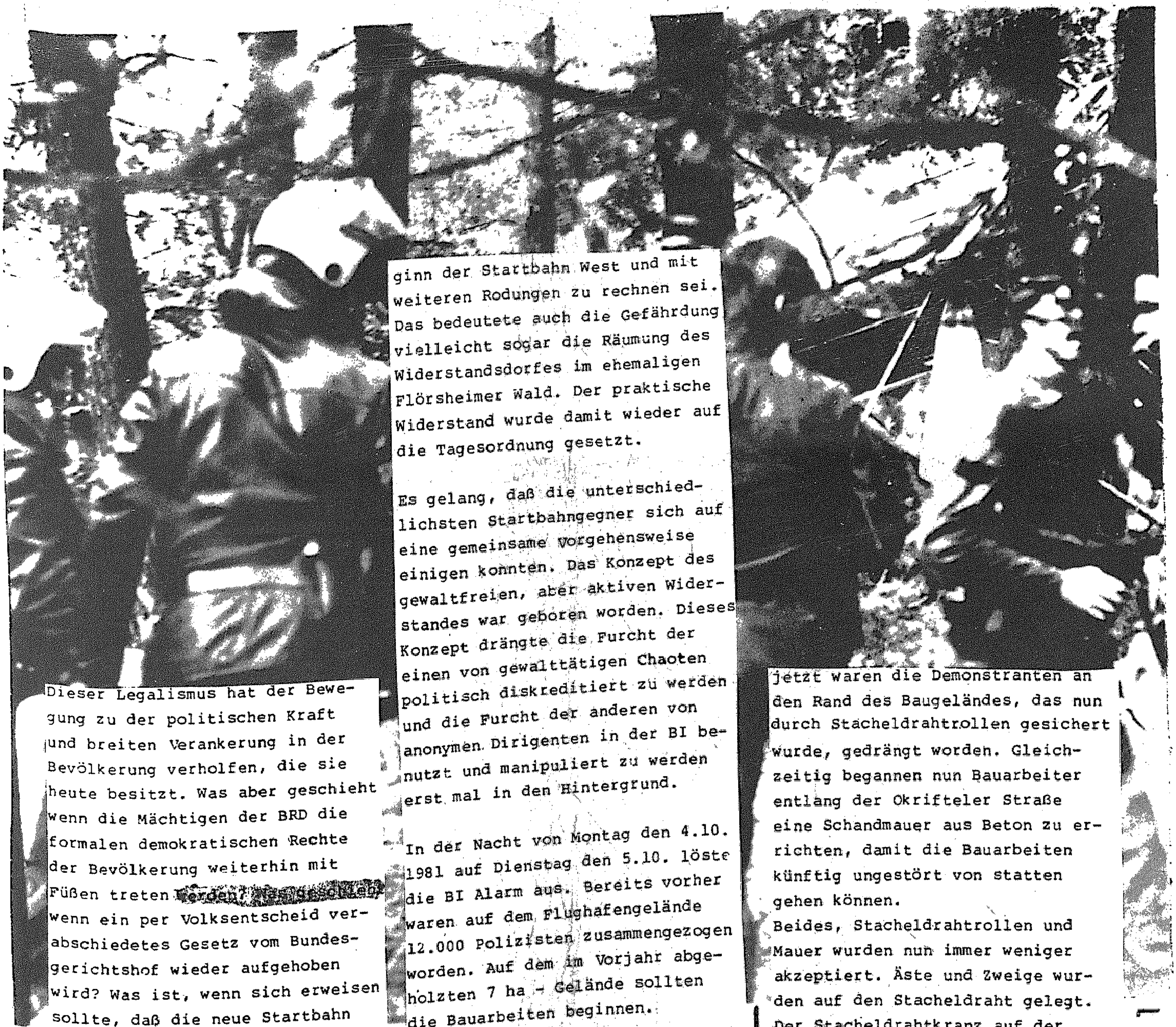
- die Masse der aktiven Startbahngegner ist natürlich in der BI organisiert.

Es liegt auf der Hand, daß sich diese organisations-politische Hierarchie auch praktisch politisch bei der Herausbildung der Schwerpunkte der BI-Strategie wiederfindet: folgt man der offiziellen BI-Strategie, bewegt sich der Startbahnwiderstand auf "zwei Beinen" hin zum Erfolg. Das eine Bein ist das politische. Nach Auffassung der BI kann die Startbahn nur politisch, d.h. über das Volksbegehren und den Volksentscheid verhindert werden. Dies ist damit auch der eindeutige Schwerpunkt der BI-Strategie Das andere Bein dient dazu die politische Verhinderung der Startbahn West zu unterstützen. Es ist das "Bein" des aktiven, gewaltfreien Widerstandes. Der aktive und gewaltfreie Widerstand der Startbahngegner soll die Bauarbeiten im Wald direkt behindern, die FAG durch finanzielle Einbußen direkt Treffen und auch die Landesregierung durch ständige massivste Polizeipräsenz und -ausschreitungen finanziell und politisch schädigen.

Der Widerstand legitimiert sich für die meisten Startbahngegner als ein Akt der Empörung über die Aushöhlung von in der Verfassung verbrieften Rechten - nach dem Motto: "wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht". Das über die Startbahn-Verhinderung hinausweisende politische Ziel ist damit angedeutet: die Verfassung soll wiederhergestellt werden. Die Landesregierung und der Landtag sollen wieder die Interessen ihrer Wähler repräsentieren und umsetzen.

Die politischen Vorstellungen der Starbahngegner bewegen sich durchweg in legalem Rahmen. Der Widerstand steht und fällt mit dem Erfolg oder Mißerfolg des Volksbegehrens/Volksentscheides. Selbst illegale Aktionen wie der Bau der BI - Hütte und des Widerstandsdorfes und nichtangemeldete Demonstrationen werden als notwendige Übel auf dem Wege zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Rechte verstanden.





Dieser Legalismus hat der Bewegung zu der politischen Kraft und breiten Verankerung in der Bevölkerung verholfen, die sie heute besitzt. Was aber geschieht wenn die Mächtigen der BRD die formalen demokratischen Rechte der Bevölkerung weiterhin mit Füßen treten werden? Was geschieht wenn ein per Volksentscheid verabschiedetes Gesetz vom Bundesgerichtshof wieder aufgehoben wird? Was ist, wenn sich erweisen sollte, daß die neue Startbahn vornehmlich wegen der US Air Force gebaut wird? Die Amerikaner besitzen die Möglichkeiten, unter Umgehung aller für den Zivilbereich geltenden Beschränkungen, die Startbahn selbst zu bauen, wenn sie dies für erforderlich halten und der politisch geschicktere Umweg über die FAG nicht mehr gangbar ist.

Dem Startbahn-Widerstand wird über kurz oder lang die Luft ausgehen, wenn es ihm nicht gelingt dem Scheitern seiner legalen politischen Mittel, das zu befürchten ist, ein politisches Konzept entgegenzustellen, das über das gegenwärtige ökologische und gesellschaftliche System hinausweist.

Zurück zu den Ereignissen: gegen Sommerende verdichteten sich die Gerüchte, daß mit baldigem Baubeginn der Startbahn West und mit weiteren Rodungen zu rechnen sei. Das bedeutete auch die Gefährdung vielleicht sogar die Räumung des Widerstandsdorfes im ehemaligen Flörsheimer Wald. Der praktische Widerstand wurde damit wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Es gelang, daß die unterschiedlichsten Startbahngegner sich auf eine gemeinsame Vorgehensweise einigen konnten. Das Konzept des gewaltfreien, aber aktiven Widerstandes war geboren worden. Dieses Konzept drängte die Furcht der einen von gewalttätigen Chaoten politisch diskreditiert zu werden und die Furcht der anderen von anonymen Dirigenten in der BI benutzt und manipuliert zu werden erst mal in den Hintergrund.

In der Nacht von Montag den 4.10. 1981 auf Dienstag den 5.10. löste die BI Alarm aus. Bereits vorher waren auf dem Flughafengelände 12.000 Polizisten zusammengezogen worden. Auf dem im Vorjahr abgeholzten 7 ha - Gelände sollten die Bauarbeiten beginnen.

Der Bauplatz wird jedoch vorher von den Startbahngegnern in eine Festung des aktiven und gewaltfreien Widerstandes verwandelt: ein dreieckiges Gelände wurde mit Wall, Wassergraben und Turm gesichert - dahinter hockten dichtgedrängt die Startbahngegnerinnen und -gegner.
Pkw-Blockaden verhinderten zunächst das Vorrücken der Bullen. Als sie schließlich das Dreiecksgelände abriegelten, hatten sie keine Chance, ob der Menschenleiber, auch nur einen Fuß darauf zu setzen. Durch die zahlreich vertretene Presse war es für sie unklug mit brutaler Gewalt vorzugehen. Erst am darauffolgenden Tage, an dem nicht mehr so viele Startbahngegner anwesend sein konnten, gelang ihnen die vollständige Besetzung des 7 ha - Geländes. Erst jetzt waren die Demonstranten an den Rand des Baugeländes, das nun durch Stacheldrahtrollen gesichert wurde, gedrängt worden. Gleichzeitig begannen nun Bauarbeiter entlang der Okrifteler Straße eine Schandmauer aus Beton zu errichten, damit die Bauarbeiten künftig ungestört von statten gehen können.
Beides, Stacheldrahtrollen und Mauer wurden nun immer weniger akzeptiert. Äste und Zweige wurden auf den Stacheldraht gelegt. Der Stacheldrahtkranz auf der Mauer abmontiert. Stöcke und Farbbeutel auf die andere Seite geworfen. Auch von dem zweiten BI - Turm am Waldrand tönte es allmählich anders. Dominierten am Anfang eher die pauschalen Besänftiger, so wurden immer mehr all' die Störaktionen gutgeheißen, die dem aktiven und gewaltfreien BI-Konzept entsprachen, die keinen Menschen verletzen konnten und trotzdem Bauarbeiten und Bullenstrategie störten.

Dies reichte aus, daß die Bullenführung die militärische Eskalation suchten. Brutalste Ausfälle gegen die Demonstranten mit vielen Schwerverletzten (Schädel-, Knochenbrüchen und inneren Verletzungen) zu deren Legitimation immer dieselbe Lüge von den gewalttätigen

Radio Luftikus – auf 102 MHZ gegen Startbahn West

Am Tag X nahm der Sender des Freien Radios Luftikus seinen Betrieb auf, um Startbahngegner und Öffentlichkeit mit aktuellen Informationen, ungefälschten Lageberichten und vor allem Verkehrsinformationen zur Erreichung des Hüttendorfes zu versorgen. Damit soll auch die Diskussion über die Legalisierung nicht kommerzieller, lokaler Rundfunkstationen gefördert werden.

Zur Unterstützung des Senders, seiner Finanzierung und der Öffentlichkeitsarbeit hat sich ein Freundeskreis „Radio Luftikus" gebildet, der über die Adresse: Freundeskreis Radio Luftikus, 6082 Walldorf, postlagernd, zu erreichen ist.

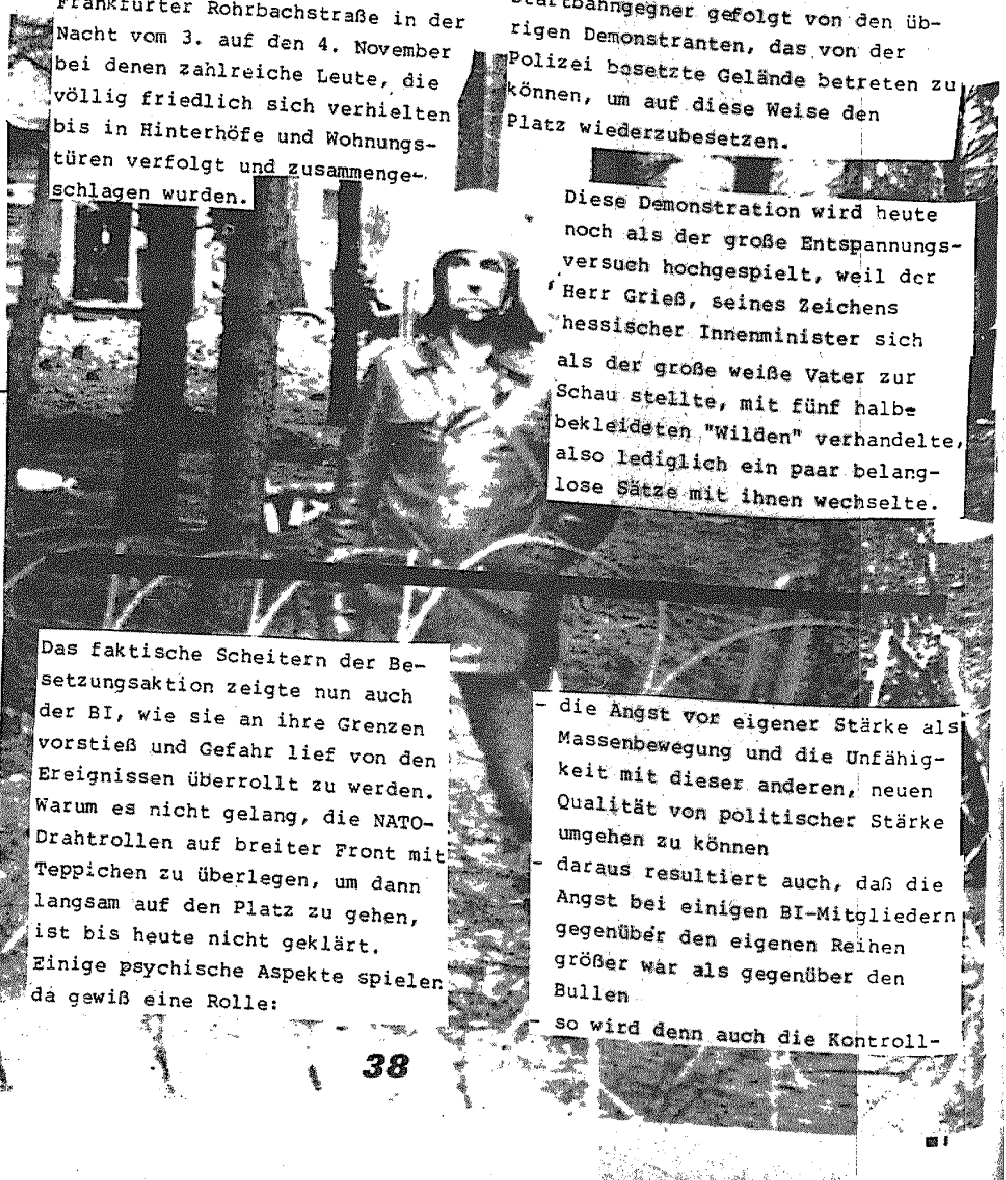


Chaoten herangezogen wurden, um die eigenen Schreckenstaten zu bagatellisieren, waren die politische Bankerotterklärung der Landesregierung und aller Landtagsparteien.
Am 12. Oktober wurde dann der Holzturm am Waldrand ebenfalls geräumt. Trotzdem nahmen die Proteste am Rande des Baugeländes kein Ende.

Zur bisher entscheidendsten Zuspitzung im Startbahnkonflikt kam es dann mit der Räumung des Widerstandsdorfes, die zufällig am selben Tag erfolgte als die AG Volksbegehren ihren Gesetzentwurf der Öffentlichkeit vorstellte. Nun war plötzlich die ganze Region in Aufruhr. Tägliche Demonstrationen in Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden, am Bauplatz; Demonstrationen in fast allen Städten und Dörfern im Einzugsbereich des Flughafens – Demonstrationen auch in vielen Städten der BRD.

Vor allem in Frankfurt gab es nun auch wieder Bullenübergriffe, bei denen sie beweisen konnten, was für perfide Sadisten dort ihr Unwesen treiben dürfen. Genannt werden müssen hier die Ereignisse in der Frankfurter Rohrbachstraße in der Nacht vom 3. auf den 4. November bei denen zahlreiche Leute, die völlig friedlich sich verhielten bis in Hinterhöfe und Wohnungstüren verfolgt und zusammengeschlagen wurden.

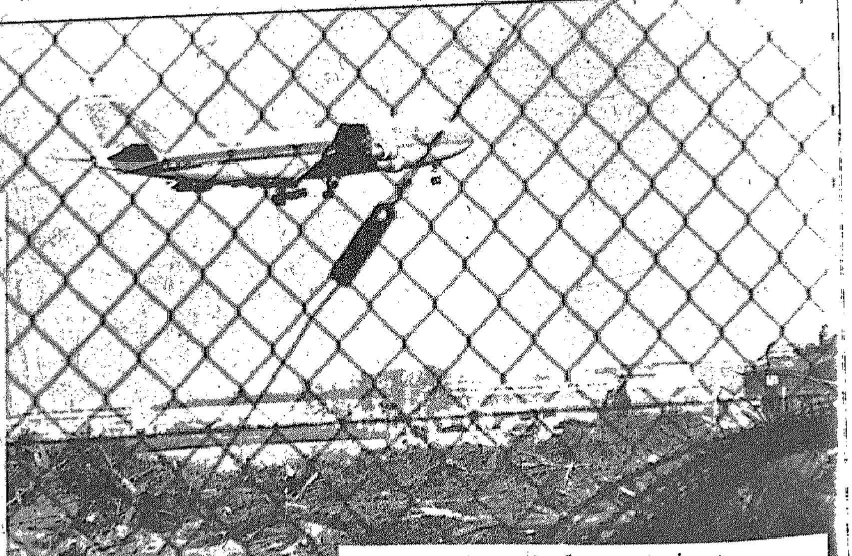
Für den folgenden Samstag hatte die BI eine Großdemonstration mit 30.000 Teilnehmern am Bauplatz initiert. Es sollte versucht werden, daß weitgehend entkleidete Startbahngegner gefolgt von den übrigen Demonstranten, das von der Polizei besetzte Gelände betreten zu können, um auf diese Weise den Platz wiederzubesetzen.



Diese Demonstration wird heute noch als der große Entspannungsversuch hochgespielt, weil der Herr Grieß, seines Zeichens hessischer Innenminister sich als der große weiße Vater zur Schau stellte, mit fünf halbbekleideten "Wilden" verhandelte, also lediglich ein paar belanglose Sätze mit ihnen wechselte.

Das faktische Scheitern der Besetzungsaktion zeigte nun auch der BI, wie sie an ihre Grenzen vorstieß und Gefahr lief von den Ereignissen überrollt zu werden. Warum es nicht gelang, die NATO-Drahtrollen auf breiter Front mit Teppichen zu überlegen, um dann langsam auf den Platz zu gehen, ist bis heute nicht geklärt. Einige psychische Aspekte spielen da gewiß eine Rolle:

- die Angst vor eigener Stärke als Massenbewegung und die Unfähigkeit mit dieser anderen, neuen Qualität von politischer Stärke umgehen zu können
- daraus resultiert auch, daß die Angst bei einigen BI-Mitgliedern gegenüber den eigenen Reihen größer war als gegenüber den Bullen
- so wird denn auch die Kontroll-



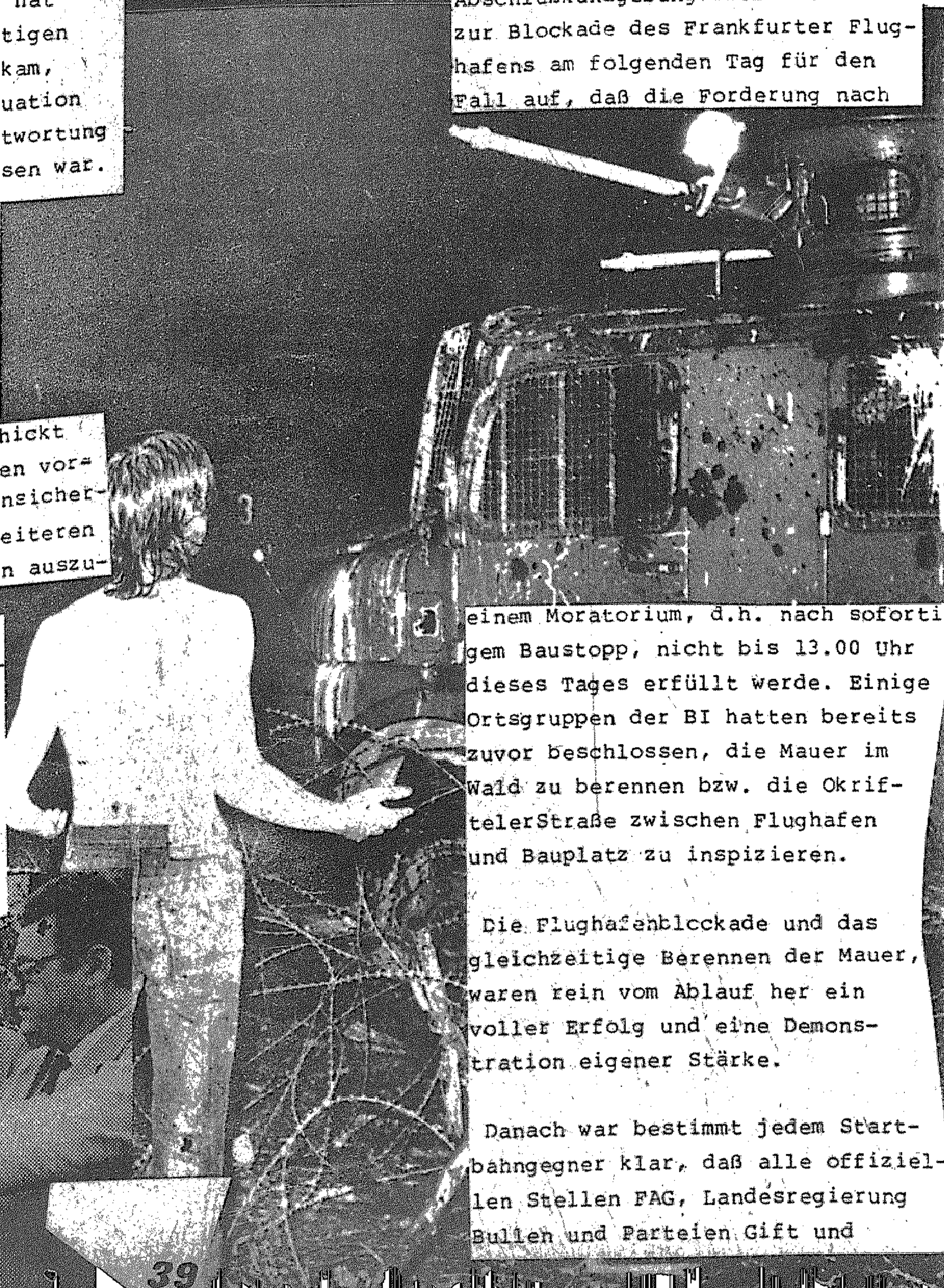
sucht dieser BI'ler bei allen gemeinsamen Aktionen verständlich Diese Negierung der Eigenverantwortlichkeit und der Eigeninitiative der Mehrzahl der Startbahngegner entspricht nicht gerade den Grundsätzen einer Basisbewegung.

Fest steht weiterhin, daß es vor der Aktion im Wald Gespräche zwischen BI-Vertretern und der Polizei gab. Fest steht auch, daß BI - Vertreter sich um diese Gespräche selbst bemüht hatten zumindest zeitweise. Allerdings ist nicht erwiesen, ob es bei den Gesprächen zu irgendwelchen Absprachen gekommen ist. Die betreffenden BI'ler hatten das bestritten. Zweifel und Mißtrauen hat hat das nicht völlig beseitigen können, obwohl klar herauskam, daß einigen Leuten die Situation und ihre persönliche Verantwortung dabei über den Kopf gewachsen war.

Weiterhin war die BI, und hier insbesondere der Teil, der voll und ganz hinter der Idee stand, mit nacktem Oberkörper über den Zaun zu gehen, nicht in der Lage das eigene Konzept in die Tat umzusetzen.

Schließlich haben es geschickt eingesetzte "Zivile" in den vorderen Reihen verstanden, Unsicherheit und Verwirrung zum weiteren Chaotisieren der Situation auszunutzen.

Das klägliche Scheitern dieser Aktion hat der Bewegung der vorangegangenen Woche seit der Hüttendorfräumung die Luft genommen. Für viele Startbahngegner kam diese Verarschung von Grieß einer offenen Rechnung gleich. Ihre Begleichung sollte denn auch nicht zu lange auf sich warten.



Zunächst jedoch demonstrierten 200.000 Menschen am 14.11. zur Abgabe der Unterschriften für das Volksbegehren. Allein bei der Zahl der Demonstranten wurde wohl auch dem letzten hessischen Regierungsmitglied klar, daß es allmählich Zeit wird nach einem neuen Job Ausschau zu halten. Auf der Abschlußkundgebung rief die BI zur Blockade des Frankfurter Flughafens am folgenden Tag für den Fall auf, daß die Forderung nach einem Moratorium, d.h. nach sofortigem Baustopp, nicht bis 13.00 Uhr dieses Tages erfüllt werde. Einige Ortsgruppen der BI hatten bereits zuvor beschlossen, die Mauer im Wald zu berennen bzw. die Okriftelerstraße zwischen Flughafen und Bauplatz zu inspizieren.

Die Flughafenblockade und das gleichzeitige Berennen der Mauer, waren rein vom Ablauf her ein voller Erfolg und eine Demonstration eigener Stärke.

Danach war bestimmt jedem Startbahngegner klar, daß alle offiziellen Stellen FAG, Landesregierung Bullen und Parteien Gift und

Galle spucken werden.
Illusionen dagegen gab es über die Reaktionen in der Presse, die in den letzten beiden Wochen meist recht positiv berichtet hatte. Nicht nur daß sie nun die offiziellen Versionen über die Ereignisse rund um den Flughafen übernahm. In ihren Kommentaren bescheinigte sie der Anti-Startbahnbewegung ihr politisches Kapital zu verspielen.



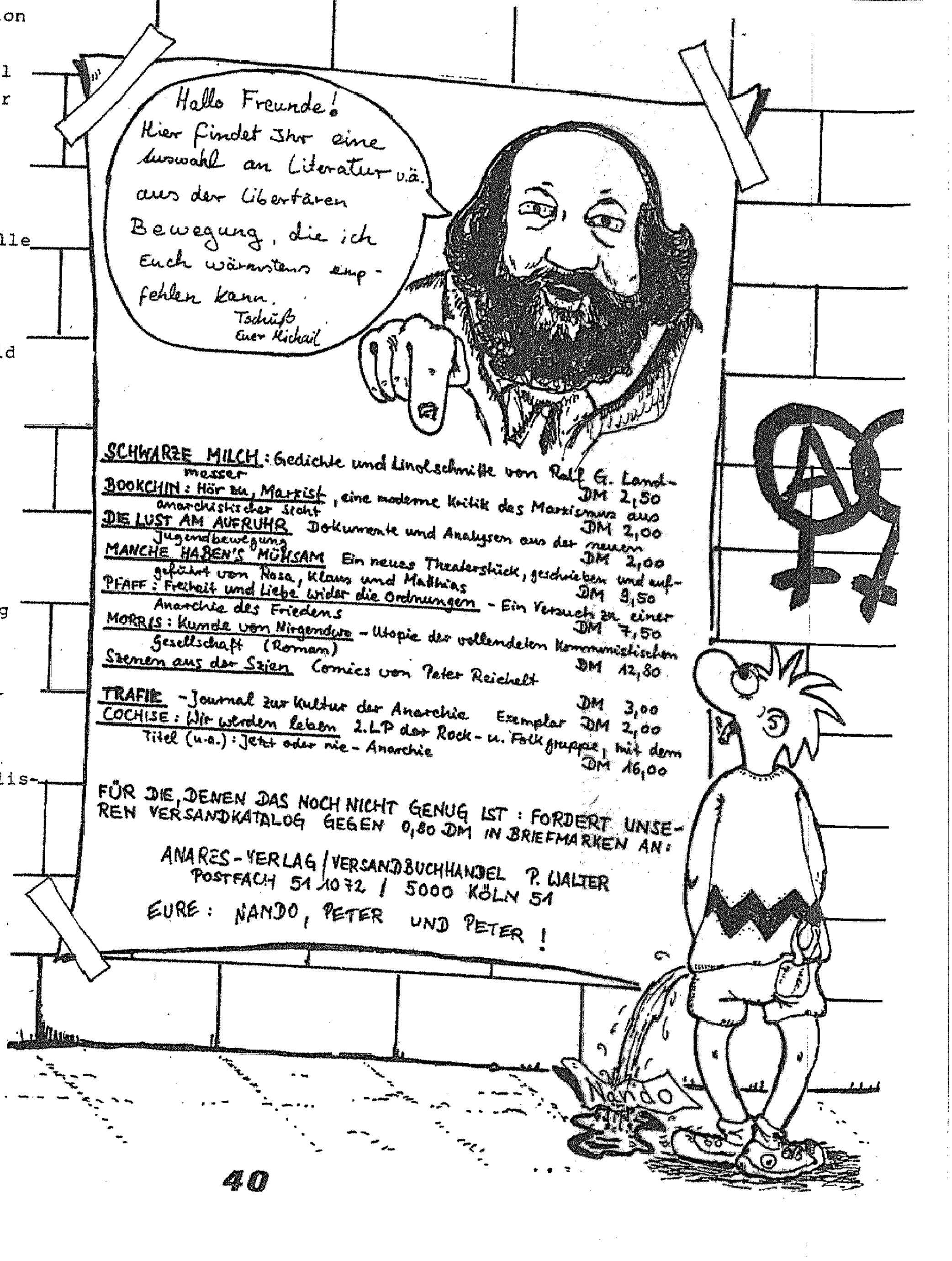
Die allseits negativen Reaktioner auf die Ereignisse um den Flughafen ließen auch in der BI die alten Gegensätze und Ängste wieder zu Tage treten. Entsprechend war dann auch die Art und Weise, wie die BI offiziell ihr Verhältnis zu dieser Aktion gefunden hat - alles in allem nicht sehr überzeugend. Man kann eine Aktion nicht gleichzeitig als Fehler und als Erfolg werten - nur weil die Öffentlichkeit Sympathie für Opfer hat und die Blockade ein erfolgreicher Angriff war.

Sieht man die Flughafenblockade im Nachhinein nur durch die Brille des Volksentscheides erscheint sie zweifellos als ein Schuß, der nur nach hinten losgegangen ist. Wenn aber der Volksentscheid das einzige Mittel von uns ist die Startbahn zu verhindern, wird die Startbahn gebaut, egal ob das hessische Volk ein Gesetz verabschiedet, das dies verbietet oder nicht.

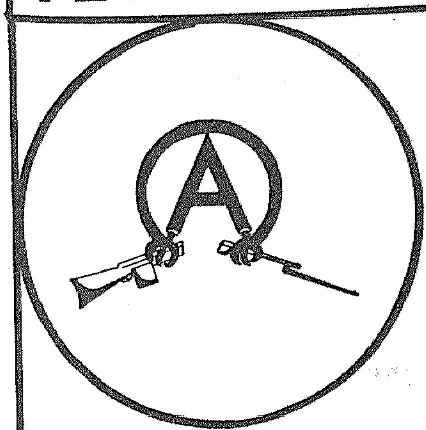
Der Startbahnwiderstand hat dagegen dann eine Chance auf Erfolg wenn alle Menschen die am Widerstand beteiligt sind die legalen politischen Maßnahmen, die direkten Aktionen, die Organisation beider als Lernprozeß verstehen. Ein Lernprozeß, der, wenn er realistisch und konsequent betrieben wird, unser aller Leben verändert.

Knut Kuhl
Rudi Harm

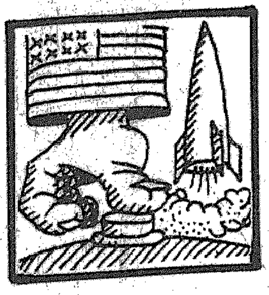
Keine Startbahn West!
NACHTFLUGVERBOT!



ANARCHISTEN UND FRIEDENSBEWEGUNG







Die Beteiligung von Anarchisten an großen Bewegungen verläuft oft unbefriedigend; der Versuch eigenständige Positionen einzubringen (Blockaden der Graswurzler; Demosprühaktionen aus "Schwarzen Blocks"), bleibt häufig ohne die gewünschte Resonanz. Stellvertretend und als Ansatz für eine bundesdeutsche Diskussion unter Anarchisten drucken wir einige kontroverse Meinungen ab, die sich in den letzten Nummern der englischen Anarchozeitung FREEDOM fanden. (Die Beiträge sind nicht wörtlich wiedergegeben, sondern nur dem Sinn nach, weil sie sonst zu lang geworden wären.)

Nicholas Walter (7.11.81):

Nach der CND-Demonstration im Oktober 81 erwarten die Anarchisten zwei Hauptaufgaben: Einmal eine destruktive Haltung zur Friedensbewegung zu vermeiden und zum anderen, eine konstruktive Rolle in ihr zu übernehmen. Die destruktive Haltung gegen die Friedensbewegung wird durch die widersprüchliche Koalition von Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberalen, Christen, Humanisten, Pazifisten, Ökologen und Frauen geradezu herausgefordert. (...) Aber nichts wird sich für unsere Ziele erreichen lassen, wenn wir diskriminierend Redner niederschreien oder Demonstrationen stören. Es ist leicht zu sagen, daß Märsche allein nichts verändern, daß systemimmanente Methoden nichts erreichen werden, daß die Bombe dadurch nicht abgeschafft wird; es ist viel härter etwas zu verändern, etwas zu erreichen und damit zu beginnen, den Staat abzuschaffen.(...)

Pat Thorne (7.11.81):

Ich war im Hyde Park und teilte mit den Trägern der schwarzen Fahnen die Gefühle von Ungeduld und Skepsis über die Auslassungen der Politiker. Aber warum mußten sie um Ruhe gebeten werden, damit man einem Überlebenden aus Hiroshima zuhören konnte? (...) Es erscheint mir etwas ironisch, wenn (von da wo ich stand) ihr Geschrei das Recht auf Redefreiheit in Frage stellte, während sie später dasselbe Recht für einen ihrer Sprecher forderten. Persönlich hätte ich gern gehört, was ihr junger Mann zu sagen versuchte, - das Wenige, was ich auffing, (bevor er unsanft von der Bühne gedrängt wurde) war, daß wir durch bloßes Marschieren nichts erreichen werden; etwas, das in den nachfolgenden Reden nirgends angesprochen wurde.

Ein Genosse des Glasgower Buchladenkollektivs (7.11.81):

Anarchisten haben immer eine wichtige Rolle in den Kampagnen für Frieden und Abrüstung gespielt, (...) wir haben vielen Leuten gezeigt, daß unsere Analyse weitergeht, als die der CND oder der Labour Party, indem wir nicht nur ein spezifisches Symbol der Hierarchie angreifen, sondern alle hierarchischen Systeme. Unsere Forderung nach direkten Aktionen gegen das Militär beginnt sich auszuwirken.

Aber was war am 24.10. im Hyde Park? Aus dem Vorschlag eines vereinigten anarchistischen Blocks, der vielleicht hätte etwas erreichen können, wurde nichts. Kleine Gruppen standen isoliert in der riesigen Menge und schwangen ihre pathetischen schwarzen Fahnen. Eine größere Gruppe (ca.250) versammelte sich bei der Rednertribüne und machte die 200 000 durch ihr andauerndes Dazwischenschreien glauben, daß alle Anarchisten hirnlose Idioten seien!

Donald Rooum (7.11.81):

Kann mir einer der Zwischenrufer erklären, was eigentlich bezweckt war?

Stuart Burnley (21.11.81):

Donald Rooum fragte nach einem Zwischenrufer beim CND-Marsch und nach dem Zweck. (...) Die "Stützen der Gesellschaft" sind zusammengekommen, weil die Atomkraft für ihr Leben eine persönliche Bedrohung darstellt, sie sehen kein Stück weiter als bis dahin. Diese Politiker haben uns dann erzählt, wie sie die Dinge ändern werden, wenn sie erst mal an der Macht wären...

Bill Wells (21.11.81):

Ich war einer der Anarchisten an der Spitze der CND-Demo... Einige Punkte:

1. Es stimmt, daß wir wenigstens einigen der Redner freie Rede hätten gewähren sollen, aber man sollte von uns nicht verlangen, daß wir ruhig bleiben, wenn scheinheilige Labourleute uns versprechen, daß sie, wenn wir sie vorher gewählt haben, alles regeln werden.
2. Unsere Parolen waren nicht nur "Langweilig, Langweilig", sondern z.B.:
   "Was ist mit der Labour-Bombe?"
   "Ihr habt einen Platz im Bunker!" an die Adresse der Labour-Führer und Parlamentsmitglieder.
3. Ich glaube auch, daß wir etwas organisierter hätten vorgehen können, aber andererseits müssen wir die Dinge so nehmen, wie sie kommen. Wir sind schließlich keine Avantgarde.

John aus Wakefield (21.11.81):

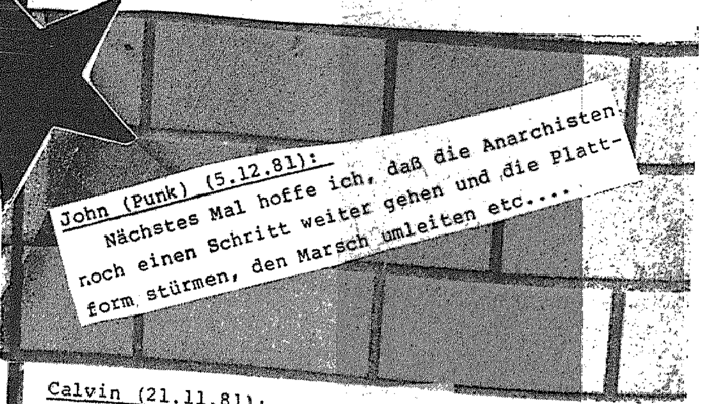
Wir wissen, daß die Politiker niemals den Frieden bringen, warum sollte also eine Viertelmillion Menschen fünf Stunden in der Kälte stehen um ihren falschen Versprechungen zuzuhören? Wir wollten Aktion. Ein riesiger Marsch bekam ganze 2 Minuten Fernsehzeit, die dann dazu noch zeigten, daß die CND die Labour Party unterstützt. Die Zwischenrufer mit den schwarzen Fahnen waren bereit dafür, daß sie glauben

Staat + Bombe = Atomisierung

ins Gefängnis zu gehen und zusammengeschlagen zu werden. Vielleicht sollten sich alle CND-Teilnehmer überlegen, wie weit sie zu gehen bereit sind. Drei Millionen friedliche Marschierer werden genausowenig eine einseitige Abrüstung erreichen wie drei Millionen Arbeitslose eine Veränderung der herrschenden Wirtschaftspolitik.

D.M. (21.11.81):

Friedens-(CND-)Demos: nichts als friedliche Ventile um Leute davon abzuhalten, wirkliche Aktionen zu starten.



John (Punk) (5.12.81):

Nächstes Mal hoffe ich, daß die Anarchisten noch einen Schritt weiter gehen und die Plattform stürmen, den Marsch umleiten etc....

Calvin (21.11.81):

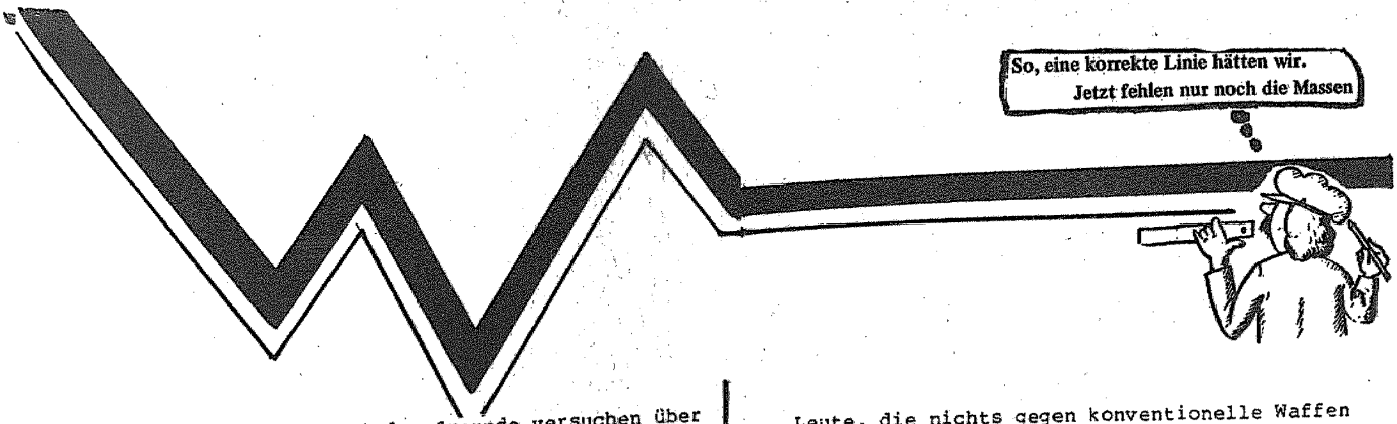
Ich explodierte aus völliger Verachtung, Verachtung für die typische Auswahl des Staats und seiner Lakaien, die da vor uns paradierten. Ich haßte jeden Moment von dieser Falschheit,...

Sicherlich erkennt Pat Thorne, daß Redefreiheit nur für die gilt, die dafür bezahlen; - nicht für die, die das System herausfordern. Eine Phrase wie Redefreiheit ist in dieser Gesellschaft doppelzüngig; eine Interpretation für SIE, die andere für uns.

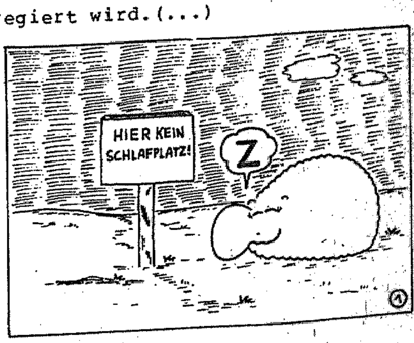
Pat Flanagan (21.11.81):

Wenn der CND-Marsch vom 24.10. überhaupt was gezeigt hat, dann zeigte er die Impotenz von pazifistischen Methoden auch pazifistische Ziele zu erreichen. (...)

An wen richtet man den Protest und die Demonstration? Die Antwort der CND-Führer und Unterstützer ist in diesem Fall eindeutig: an die Machthaber in jeder Nation. Weil diese "Gentlemen" die atomaren Waffen besitzen und kontrol-

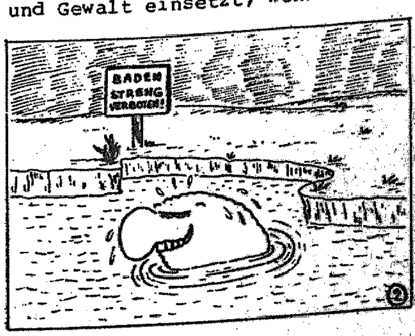


lieren, müssen die Friedensfreunde versuchen über friedlichen Protest Druck und Einfluß auf die Staatsgewalt auszuüben, damit abgerüstet und in einer "gesünderen, sichereren und weisereren" Weise regiert wird.(...)



Es ist das Problem der MACHT, das die CND und andere Friedensbewegungen aus ideologischen Gründen (dem Pazifismus) nicht sehen können und wollen. Für den Nicht-Pazifisten ist der entscheidende Ansatz, daß es <u>keinen</u> Grund gibt, daran zu glauben, daß die ökonomischen, militärischen und politischen Machtapparate einer jeden Nation freiwillig dem Druck einer friedlichen öffentlichen Meinung nachkommen und den Gang ihrer Geschäfte aufgeben. (...)

Wir können nur dann damit beginnen eine Volksbewegung aufzubauen, die sich für die Abschaffung aller institutionellen Ursachen von Krieg, Militarismus und Gewalt einsetzt, wenn wir alle



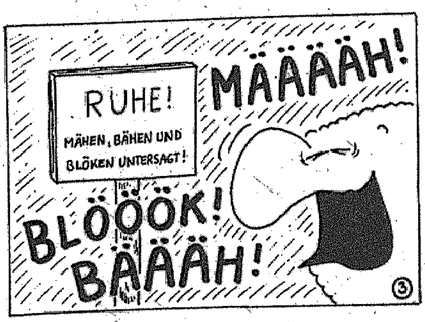
Jllusionen über das Problem und seine Lösung aufgeben(...) d.h. wir brauchen eine libertär-sozialistische Revolution!

<u>D.Dane(5.12.81):</u>

1. Die CND ist gar keine rein pazifistische Bewegung; es gibt eine breite Basis, darunter Leute, die nichts gegen konventionelle Waffen haben bis hin zu Pazifisten.
2. Flanagans Artikel übersieht den anarcho-pazifistischen Standpunkt, der die gewaltfreie direkte Aktion betont, die zwischenmenschlichen Beziehungen und die Schaffung einer gewaltfreien Gesellschaft anstrebt.

<u>Dafydd Moon (5.12.81):</u>

Ich denke es ist wirr vom gleichen Recht auf Redefreiheit zu reden, wenn es Politiker miteinschließt, die andauernd Gelegenheit bekommen vor Millionen zu reden, in Presse, TV und Radios. Während wir am 24.10. kein gleiches, sondern überhaupt kein Rederecht bekommen haben.



Eine Gruppe Anarchisten versuchte tatsächlich die CND-Organisatoren höflich zu fragen, ob eine kurze - vorher eingesehene - Rede gehalten werden dürfe - dies wurde kurzangebunden abgewiesen. Eine Person schaffte es auf die Bühne zu kommen und sagte durch, daß Märsche ohne direkte Aktionen nutzlos bleiben, aber er wurde sofort auf eine Art runtergestoßen, die uns darüber belehrte, daß die CND weniger pazifistisch ist als die vorgibt.





FREEDOM-Leitartikel (5.12.81):



Die Bewegung für atomare Abrüstung ist reformistisch und systemimmanent, jedenfalls eher als revolutionär und libertär. (...) Wie auch immer, wir stehen nicht vor einer Wahl zwischen zwei Extremen: nichts Effektives für die gegenwärtige Situation zu tun, - oder an einer libertären sozialistischen Revolution zu arbeiten, die dann alle Probleme der gegenwärtigen Situation löst, - sondern vor einer ganzen Serie von Alternativen. Eine wäre, an der Bewegung teilzunehmen, nicht um sie zu übernehmen, sondern um sie so weit wie möglich in eine revolutionäre und libertäre Richtung zu drängen. Dies bedeutet nicht, daß wir unsere Meinung verstecken oder unsere Kritik unterdrücken. Es bedeutet, daß wir unsere Meinung mit Fakten belegen und unsere Kritik relevant machen. In diesem Sinn ist es uneffektiv, die CND als staatsloyal oder pazifistisch abzustempeln, wenn es für die Mehrzahl der Beteiligten nicht stimmt; und es bringt nichts, ihre Sprecher niederzuschreien, wenn unsere Meinung nicht hörbar wird. Keiner ist gezwungen zu einer Friedensdemo zu gehen, und es bedeutet keinen Erfolg, eine solche zu stören. Anarchisten, die diese Kampagnen ablehnen, sollten ihre eigene Propaganda umsetzen und effektive Aktionen sonstwo durchführen und Anarchisten, die mitarbeiten, sollten dies ernsthaft tun und an den richtigen Punkten ihre Meinung ausdrücken. Aber kein Anarchist sollte sich einbilden, daß es irgendetwas für die anarchistische Sache bringt, die Friedensbewegung anzugreifen.



HAUTNAH

Stell dir vor, es gibt ALLES, und keiner bezahlt...

Stehlen als „proletarischer" Einkauf

Die drei Gruppen der Züricher anarchistischen „Bewegig"

Von Marcel Bucher

Mit dem „Opernhauskrawall" in Zürich
vom 30. Mai 1980 wurde nach Meinung der
meisten Beobachter die neueste europä-
ische Jugendrevolte eingeläutet. Bei den
wilden Straßenschlachten in Zürich ging es
bald – wenigstens vordergründig – um ein
„selbstverwaltetes" Autonomes Jugendzen-
trum (AJZ), sozusagen eine „herrschafts-
freie" anarchistische Insel ohne die
Zwänge, Paragraphen und Verordnungen
des „Verwaltungs- und Verordnungsstaa-
tes". Diesem wird nur noch großzügig ge-
stattet, den „Schutz" (das Geld) für den Be-
trieb der antistaatlichen Kolonie zu liefern.
Nach der Wiedereröffnung des AJZ im
Frühling 1981 hörten Krawalle und Sach-
beschädigungen allerdings nicht auf. Jetzt
waren sie begleitet von aggressiven Flug-
blättern der „Bewegig", die zum Beispiel zu
Aktionen „mit Molotowcocktails gegen
Banken" aufriefen. Da diese Flugblätter in
der von der Stadt Zürich finanzierten
AJZ-Druckerei hergestellt wurden, forder-
ten im September 1981 die Jugendsektio-
nen der bürgerlichen Parteien Zürichs die
sofortige Schließung dieser Druckerei, weil
die Bewegung damit „anarchistisches Ge-
dankengut auf Kosten der Steuerzahler"
verbreite. Mit dem Auftauchen der „Bewe-
gig" scheint in Zürich die Fähigkeit zu ra-
tionalem Denken in der Politik über Bord
gegangen zu sein. Abgesehen davon, daß
viele Mauersprüche das Lob der Anarchie
singen, können auch die meisten anderen
„Signale" aus der Bewegung ganz eindeutig
anarchistischem Gedankengut zugeordnet
werden, nicht zuletzt die totale Verweige-
rung gegenüber der normalen Parteipoli-
tik. Man ist vor allem „dagegen", wie es das
Programm für einen „Gegenfilm" im AJZ-
Kino am 4. September 1981 verkündete:
„Gegen den Staat, die Totalüberwachung,
die Hinterhältigkeit, die Militaristen, die
Verbetonierung, gegen alle Rekruten, die
Nationalisten, die Mächtigen, die Manipu-
lation, die Faschisten, die Parteien, die De-
generation, die Folterung, die Fließbandar-
beit, die Kriminalisierung, die Marxisten,
die Polizeidiktatur, die Scheuklappenbür-
ger, die Disco, die Unterdrücker, die
Kriegsspielzeuge, die Ausbeutung und ge-
gen alle Dreckschweine." Schon allein das
Programm dieses Gegenfilms zitiert einige
klassische anarchistische Feindbilder:
Staat, Militär, Nationalismus, Parteien und
– die Marxisten, eingedenk der bitteren
Feindschaft, die den antiautoritären Anar-
chisten Bakunin und den autoritären Mar-
xisten Karl Marx entzweite.

In Zürich besteht die Führung der sozial-
demokratischen Stadtpartei vorwiegend
aus Vertretern der Neuen Linken. Viele
Jungsozialisten sympathisieren offen mit
dem Anarchismus und damit natürlich
auch mit der heutigen Bewegung. Da sich
aber andererseits viele Bewegungsmitglie-
der stolz als „Nichtarbeiter" deklarierten
und Parolen wie „Arbeit ist Verrat am Pro-
letariat" oder „Arbeit ist die Zuflucht der
Feiglinge" von sich gaben, stellen sich bei
den Linksparteien allmählich gewisse Be-
denken gegenüber den anarchistischen en-
fants terribles ein, dies auch mit Rücksicht
auf die älteren Veteranen der Arbeit in den
eigenen Reihen, die mit Abscheu auf das
„arbeitsscheue Lumpenpack" der Chaoten
blickten. Mit ihrem Kampf gegen das „Pak-
keis" gelang es der Bewegung bis jetzt ei-
gentlich nur, die Züricher Sozialdemokra-
ten gründlich zu spalten und deshalb die
Chancen für einen bürgerlichen Sieg bei
den nächsten Züricher Gemeinderatswah-
len sozusagen zur Gewißheit zu machen.

Die „Thesen zu den Jugendunruhen
1980" der Eidgenössischen Kommission für
Jugendfragen enthalten unter anderem
den Satz: „Allgemeinere Schlagworte wie
‚Autonomie' und ‚Anarchie' bezeichnen
nicht rational und ideologisch abgeleitete
Ziele, sondern vorwiegend emotionale, we-
nig bestimmte Vorstellungen von einer
Welt ohne gesellschaftlichen, staatlichen
und wirtschaftlichen Druck." Ein Vergleich
von Bewegungstexten mit jenen des „klas-
sischen" Anarchismus zeigt aber erstaun-
lich viele Übereinstimmungen. Der Anar-
chismus hat im Unterschied zum Marxis-
mus ohnedies immer eine starke emotio-
nale Komponente: Nach dem Zusammen-
bruch der Autoritäten Staat, Kirche und
Kapital erwartet man automatisch die Ent-
stehung der herrschaftsfreien Anarchie als
Wonnezustand.

Während sich die Wandervogel-Jugend-
bewegung im ersten Viertel dieses Jahr-
hunderts zwar auch dem bürgerlichen Li-
beralismus und Materialismus verweigerte,
aber die Autorität einer Führerfigur durch-
aus bejahte, lehnen die heutigen Autono-
men alle Autoritäten ab, seien es nun Per-
sonen oder verpflichtende Satzungen. Das
Ziel ist eine schrankenlose persönliche Au-
tonomie. Gleichgültig ob sich der einzelne
„Bewegte" in Zürich als Anarchist versteht
und über ein entsprechendes theoretisches
Wissen verfügt – als Ganzes zeigt die Züri-
cher Bewegung ausgesprochen anarchisti-
sche Züge. Es lassen sich, etwas vereinfa-
chend, drei Typen unterscheiden:

Gruppe eins: Ein vages Schwärmen für die unbeschränkte Freiheit eines alternativen Aussteigerlebens, vergleichbar mit den Kolonien friedlicher Alternativler der Vergangenheit, wie die des Monte Verità bei Ascona. Dieser Typ hat wohl am meisten Anhänger und verursacht am wenigsten Probleme, weshalb er hier nicht weiter behandelt werden soll.

Gruppe zwei: Verweigerung jeder konstruktiven politischen Mitarbeit, statt dessen aktiver Kampf gegen das System durch Agitation, Sabotageakte und passiven Widerstnd mit dem Endziel, daß schließlich der Zusammenbruch des Systems zur Anarchie führt.

Gruppe drei: Alternatives Parasitendasein ohne offenen Kampf, indem man mittels Tricks wie Ladendiebstahl und Schwarzfahren das System sabotiert und zugleich ein möglichst müheloses Lebenskünstlerdasein führt, wie das um die Jahrhundertwende bei den französischen Diebkommunen von Anarchisten in ähnlicher Weise der Fall gewesen war.

Die zweite Spielart macht natürlich der Polizei am meisten zu schaffen. Eine Gelegenheit zum Widerstand gegen den alten Erbfeind der Anarchisten, den Kapitalismus, bietet der „Häuserkampf" durch Hausbesetzungen, der in Zürich allerdings bis jetzt eher erfolglos war. In einem zum „Wohnungskampf" als Klassenkampf aufrufenden Flugblatt wird die herrschende Wohnungsnot als logische Folge des Kapitalismus erklärt, dessen Sturz die Vorbedingung für eine endgültige Lösung sei. „Was können wir aber hier und heute gegen das Spekulantenpack tun?" Darauf gibt das Flugblatt eine anarchistische, zur „direkten Aktion" aufrufende Antwort: „Nicht mehr an Parlamentarier und Initiativen (Volksbegehren) glauben, sondern sich zusammentun und sich selbst wehren. Besetzen wir Häuser! Sperren wir die Straßen! Reißen wir die Parkplätze auf!" Dasselbe Flugblatt weist den Vorschlag der Sozialdemokraten zur Enteignung privaten Grundbesitzes in der Züricher City unter Entschädigung der Besitzer mit einem typisch anarchistischen Argument heftig zurück: Die bestehende ungleichmäßige Verteilung des Besitzes wird erst möglich gemacht durch den bürgerlichen Staat und seine Gesetze, die nach Ansicht aller Anarchisten nur Instrumente in der Hand der privilegierten Klassen sind, deren Befolgung also nur den Reichen selbst nützt. Daher wird mit den Worten des Anarchisten Stirner zur Selbsthilfe aufgefordert: „Mit einer Handvoll Gewalt kommt man weiter als mit einem Sack voll Recht."

Die Anhänger der dritten Variante ziehen den Härten des „militärischen" Kampfes im Untergrund ein parasitäres Lebenskünstlerdasein als „Katzen im Asphaltdschungel" vor. Über das Tessin und die große italienische Kolonie Zürichs hatten diese Leute immer Kontakte zu den italienischen „Autonomi", die 1977 die Bezeichnung „spesa proletaria" (proletarischer Einkauf) für Ladendiebstahl in großem Stil erfanden. Kein Wunder, wenn im Bewegungsblatt „Hurrania" auf der „Seite für alternatives Sparen" verkündet wird: „Geklaute Freude ist doppelte Freude." Es folgt die Feststellung, daß es sich in Gruppen bequemer und sicherer klaut, weshalb der

Ein Mauerspruch der Amsterdamer Kraaker zeigt auch die für die Züricher Bewegung typische Einstellung zum Grundeigentum: „Eigendom is diefstal" (Eigentum ist Diebstahl). Kein Wunder, daß sich das Wohnungskampf-Flugblatt heftig gegen die Entschädigung der „Diebe", das heißt der Hausbesitzer, wendet. Die anarchistische Feindschaft gegen Staat, Gesetze und Geld (Kapital) geht drastisch aus einem „Bekenntnis" in der Bewegungszeitschrift „Brecheisen" hervor: „... wer Geld hat, reich ist, mißt seinem Reichtum mehr Wert zu als der Freiheit jedes einzelnen Menschen. Ihr tretet unsere angeborenen Rechte mit Füßen. Ihr organisiert eure Macht durch ein System, Staat genannt. Ihr kanalisiert diese Gewalt und nennt dies ‚Gesetze'. Wir haben euch nicht um diesen Staat gebeten, ihr aber zwingt ihn uns auf. Wir wollen zusammenleben aus freiem Willen und Rechten, die uns die Natur gegeben hat." Bei solchen Bekenntnissen fühlt man sich an das „Naturrecht" des Genfer Philosophen Rousseau erinnert, dessen Überzeugung, „daß die Früchte allen, die Erde aber niemand gehört" sich auch im bewegten Zürich als Mauerinschrift findet. Wenn Gesetze „kanalisierte Gewalt" (der Besitzenden) sind, dann verwundert es nicht, daß Gewalt im Kampf gegen diese „primäre Gewalt" gerechtfertigt wird, so in Zürich, Berlin, Amsterdam oder in Frankfurt.

heroische Einzelkämpfer eine historisch überholte Form des „Einklaus" sei. Modernen Liebhabern des proletarischen Einkaufs wird deshalb empfohlen, ihren „Einklau" in Läden zu besorgen, wo sich möglichst viele lohnende Waren in unmittelbarer Nähe eines sicher passierbaren Ausgangs befinden. Während ein bis zwei Leute Schmiere stehen und zugleich für Deckung sorgen, wetteifern weitere Mitglieder des Klau-Klubs darin, wer in 10 Sekunden am meisten Dinge in seine Taschen stopfen kann – ein rarer Fall von Leistungswettbewerb in der Bewegung.

Wichtig ist, daß man bei dieser Tätigkeit „cool" bleibt und sich nicht von den bar zahlenden Einkäufern unterscheidet. Für den Fall einer Behinderung bei der Flucht, empfiehlt der gewissenhafte Klau-Ratgeber das Mitführen von Selbstverteidigungsmitteln. Um den proletarischen Einkauf noch effizienter und risikoloser zu gestalten, erwägt man die Delegation eines ganzen Einklau-Kollektivs von 100 Mann in ein Kaufhaus an der Züricher Bahnhofstraße. In Analogie zum heutigen proletarischen Einkauf verliehen auch französische Diebanarchisten der Jahrhundertwende ihrer Klau-Tätigkeit schönfärberische Bezeichnungen. Sie sahen sich als „Enteigner", die durch „Umverteilung" des Besitzes für eine gerechtere soziale Ordnung kämpften.

Auch im Schwarzfahren mit der Straßenbahn sind nach Meinung alternativer Sparkünstler die Tage heroischen Einzelkampfes zugunsten von Gruppenreisen gezählt. Während ein Mitglied es Gratisfahrkollektivs den sprachunkundigen Ausländer mimt und den Kontrolleur endlos lange aufhält, können seine Begleiter die Flucht ergreifen. Die Buße teilt man nachher brüderlich.

Die neuen Formen des „alternativen Sparens" sind auch Gegenstand gründlicher wirtschaftlicher Analysen, gemäß welchen sich Schwarzfahren auch dann noch lohnt, wenn man 25mal im Jahr ertappt wird. Daß der Leistungsaufwand bei normalem statt proletarischem Einkauf größer ist, geht aus folgender Analyse hervor: „Für ein paar Schuhe arbeitest du sechs Stunden, da sind zwei Stunden Klau-Pirsch angenehmer. Wir werden billiger leben so und weniger jobben müssen ..."

Abonniert!

DER SCHWARZE FADEN HAT IM MOMENT (1.1.82) 878 ABONENNTEN. DAMIT TRÄGT SICH DIE ZEITSCHRIFT SELBST, ALLERDINGS NUR WEIL SIE BISHER MEIST VON DER REDAKTION UND SEIT NR.5 DANKENSWERTERWEISE VON KÖLNER GENOSSEN UMSONST WEITERVERARBEITET (GELEGT, GEHEFTET UND GESCHNITTEN) WIRD! DA DIE PAPIERKOSTEN UND DIE PORTOKOSTEN SICH ERHÖHT HABEN BZW. SICH IM APRIL ERHÖHEN WERDEN, STREBEN WIR MÖGLICHST SCHNELL EINE AUFLAGE VON 1500 AN, UM DEN ABOPREIS BEIBEHALTEN ZU KÖNNEN! NACH UNSEREM LETZTEN AUFRUF ZUM WIEDERVERKAUF GAB ES BEREITS EINIGE RESONANZ, SO DAß WIR WEITER DAFÜR WERBEN! (30% RABATT GIBT'S AUCH).
FÜR FREUNDE, DIE ES FINANZIELL VERKRAFTEN KÖNNEN, HABEN WIR EIN FÖRDERABO (20.-DM) EINGERICHTET, DAMIT WIR AUCH EXTRAKOSTEN (PHOTOS, WERBUNG, KNASTFREIABOS) BEGLEICHEN KÖNNEN! ALSO HELFT WEITERHIN, SOWEIT IHR WOLLT UND KÖNNT!

ANZEIGEN: SOFERN DIE ABGEDRUCKTEN ANZEIGEN NICHT AUF AUSTAUSCHBASIS ABGESPROCHEN WERDEN, KOSTET EINE SPALTE 80.-DM; GRÖßERE VORLAGEN WOLLEN WIR NICHT VERÖFFENTLICHEN, UM KEIN WERBEBLATT ZU WERDEN, KLEINERE KOSTEN IM VERHÄLTNIS WENIGER. WIR FÜHLEN UNS ABER NICHT GEZWUNGEN JEDE ART VON ANZEIGEN ABZUDRUCKEN.

ALTE NUMMERN:

NR.0 ist vergriffen. Von Nr.1 und 2 gibt es noch wenige Nummern.
NR.3 enthält Artikel zu: REAGAN, NACHRÜSTUNG, BERLINER UND ZÜRICHER HÄUSERKAMPF, ANARCHAFEMINISMUS, ANARCHISTISCHES SUBJEKT, "ÖSTERR.ÖKONOMIE-SCHULE", ALEMANTSCHEN'ÖKOLOGIE; BETONZEIT u.a.
NR.4 enthält: KRONSTADT-KONGREß, HUNGERSTREIK, B.TRAVEN, GUATEMALA, MIGROS-GENOSSENSCHAFT, ATOMWAFFENVERSUCHE, ÖKONOMIE-DISKUSSION, BUCHBESPRECHUNG..
NR.5 enthält: SCHWARZER BLOCK, SELBSTVERWALTUNG UND ÖKONOMIE, ANARCHISMUS IM ZEITALTER DER NEUTRONENBOMBE, NADGE UND AWACS, ANARCHISTEN IN PORTUGAL, LESERDISKUSSIONEN ETC.

REDAKTIONS-UND ABOANSCHRIFT: SCHWARZER FADEN
OBERE WEIBERMARKTSTR.3
7410 REUTLINGEN

4 Nrn. ABO: 10.-DM
8 Nrn. ABO: 20.-DM
FÖRDERABO (4 Nrn.): 20.-DM
POSTSCHECKKONTO STUTTGART
FRIEDERIKE KAMANN
KTONR. 574 63 - 703

name ______________________

STR. ______________________

ORT ______________________

"STELL DIR VOR ES IST KRIEG UND KEINER GEHT HIN" - ganz stimmt die Sache nicht, denn wenn erst mal Krieg IST, spielt es keine Rolle mehr ob wir hingehen. Vorher ist wichtig.

DIREKTE AKTION, NR.31

enthält:
- Heinz O.Vetters Sozialpakt
- Nachrichten aus der Arbeitswelt
- Die Roboter kommen, 3.Teil
- CNT-Rundreise
- Interview mit Luis A.Edo/CNT
- Anti-US-Woche in Mainz verboten
- Ausländererlaß
- AKW-Gegner und Bauarbeiter gemeinsam
- Interview mit Eden Pastora ("Comandante Cero"), Nicaragua
- Türkeibericht

Redaktion und Vertrieb: IFAU Dortmund, Postlagerkarte Nr.073654 A; 4600 Dortmund; Preis: 1.-DM

ÜBERSETZER GESUCHT

Der SF sucht eine(n) Genossin/en, die/der Lust hat, von uns regelmäßig und gratis die französische "LE MONDE LIBERTAIRE" (Federation Anarchistes) zugeschickt zu bekommen. Unsere "Bedingung wäre, daß sie/er die einzelnen Nummern liest, uns auf Wichtiges aufmerksam macht und nach gegenseitiger Absprache ab und zu einen Artikel übersetzt. Wer lieber direkt bestellen möchte: le monde libertaire
145, rue Amelot
F - 75011 Paris



EIGENTUMSVORBEHALT:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalt. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden;



